



Plenarprotokoll

64. Sitzung

Freitag, 21. Juni 2019

„Upskirting“ strafrechtlich sanktionieren	4879	Lars Harms [SSW].....	4884
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP		Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung.....	4885
Drucksache 19/1539		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/1539.....	4886
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	4879	Bundeswehr in der Schule ist gelebte politische Bildung	4886
Kathrin Wagner-Bockey [SPD].....	4880	Antrag der Fraktion der AfD	
Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4881	Drucksache 19/1416	
Anita Klahn [FDP].....	4882		
Claus Schaffer [AfD].....	4883		

Rolle der Bundeswehr in der Schule	4886	Lebensmittelverschwendung wirksam begrenzen - Lebensmittelrettung unterstützen	4917
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1542		Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1537	
Dr. Frank Brodehl [AfD].....	4886, 4896	Lebensmittelverschwendung wirksam entgegenzutreten	4917
Tobias von der Heide [CDU].....	4887, 4901	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1553	
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4889, 4900	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	4917, 4927
Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4891	Anette Röttger [CDU].....	4919
Christopher Vogt [FDP].....	4893	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4920
Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	4895	Dennys Bornhöft [FDP].....	4921
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4896	Volker Schnurrbusch [AfD].....	4922
Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur.	4897	Flemming Meyer [SSW].....	4923
Tobias Koch [CDU].....	4899	Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4925
Martin Habersaat [SPD].....	4902	Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung.....	4925
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1416		Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1537	
2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/1542.....	4903	2. Annahme des Alternativantrags Drucksache 19/1553.....	4927
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes - Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren	4903	Das einige Europa bleibt das Ziel! ..	4928
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 19/1533		Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1567	
Beate Raudies [SPD].....	4903, 4910	Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	4928
Hans Hinrich Neve [CDU].....	4904	Für eine erfolgreiche Elektrifizierungsoffensive im Schienenverkehr	4928
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4905	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1442	
Christopher Vogt [FDP].....	4906	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4928
Claus Schaffer [AfD].....	4908	Kai Vogel [SPD].....	4929
Lars Harms [SSW].....	4909	Lukas Kilian [CDU].....	4930
Lukas Kilian [CDU].....	4911	Kay Richert [FDP].....	4931
Martin Habersaat [SPD].....	4912		
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	4913		
Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration.....	4914		
Beschluss: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 19/1533 an den Innen- und Rechtsausschuss....	4917		

Volker Schnurrbusch [AfD].....	4933	Hartmut Hamerich [CDU].....	4946
Flemming Meyer [SSW].....	4933	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	4946
Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus.....	4934	Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4948
Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/1442.....	4935	Stephan Holowaty [FDP].....	4950
Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Januar 2019 bis 31. März 2019	4935	Jörg Nobis [AfD].....	4951
Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 19/1482		Jette Waldinger-Thiering [SSW]....	4952
Hauke Göttisch [CDU], Berichter- statter.....	4935	Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Mi- nisterin für Justiz, Europa, Ver- braucherschutz und Gleichstel- lung.....	4953
Beschluss: Kenntnisnahme des Be- richts Drucksache 19/1482 und Bestätigung der Erledigung der Petitionen.....	4937	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/1567.....	4954
Mehr Hilfen für wohnungs- und obdachlose Bürgerinnen und Bür- ger	4937	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schles- wig-Holsteinischen Richtergesetzes (Landesrichtergesetz - LRiG)	4954
Beschlussempfehlung des Sozialaus- schusses Drucksache 19/1531		Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 19/1543	
Werner Kalinka [CDU], Berichter- statter.....	4937	Beschluss: Überweisung des Gesetz- entwurfs Drucksache 19/1543 an den Innen- und Rechtsausschuss....	4955
Werner Kalinka [CDU].....	4937	Freie Theater im Land unterstüt- zen - Förderstrukturen modernisie- ren	4955
Wolfgang Baasch [SPD].....	4938	Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1540	
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	4939	Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 19/1540.....	4955
Dennys Bornhöft [FDP].....	4941	Gesunde Ernährung und Wert- schätzung von Lebensmitteln an Schulen voranbringen	4955
Claus Schaffer [AfD].....	4942	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1344	
Flemming Meyer [SSW].....	4943	Beschluss: Überweisung des Berichts Drucksache 19/1344 an den Bil- dungsausschuss zur abschließen- den Beratung.....	4955
Dr. Heiner Garg, Minister für So- ziales, Gesundheit, Jugend, Fa- milie und Senioren.....	4944		
Beschluss: Übernahme und Zustim- mung der in der Beschlussfassung Drucksache 19/1531 enthaltenen Entschließung.....	4945		
Das einige Europa bleibt das Ziel! ..	4945		
Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1567			

**Sammeldrucksache über Vorlagen
gemäß § 63 Absatz 1 a der Ge-
schäftsordnung des Schleswig-Hol-
steinischen Landtags**

* * * *

Drucksache 19/1549 (neu)

Beschluss: Annahme mit Änderung
zu Tagesordnungspunkt 26.....

4955

4955

Reden zu Protokoll

**Freie Theater im Land unterstüt-
zen - Förderstrukturen modernisie-
ren**

4956

Antrag der Fraktionen von CDU,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
FDP

Drucksache 19/1540

Anette Röttger [CDU]..... 4956

Martin Habersaat [SPD]..... 4956

Marlies Fritzen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 4957

Anita Klahn [FDP]..... 4958

Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 4958

Jette Waldinger-Thiering [SSW].... 4959

**Gesunde Ernährung und Wert-
schätzung von Lebensmitteln an
Schulen voranbringen**

4959

Bericht der Landesregierung

Drucksache 19/1344

Anette Röttger [CDU]..... 4959

Kai Vogel [SPD]..... 4960

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]..... 4961

Anita Klahn [FDP]..... 4961

Dr. Frank Brodehl [AfD]..... 4962

Jette Waldinger-Thiering [SSW].... 4962

Jan Philipp Albrecht, Minister für
Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt, Natur und Digitalisie-
rung..... 4963

Regierungsbank:

Daniel Günther, Ministerpräsident

Monika Heinold, Finanzministerin und Erste
Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-
ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für
Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstel-
lung

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen-
schaft und Kultur

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres,
ländliche Räume und Integration

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie-
wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita-
lisierung

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Ich eröffne die heutige Sitzung, und wir setzen die Tagung fort.

Erkrankt sind folgende Abgeordnete: von der CDU-Fraktion Barbara Ostmeier, von der SPD-Fraktion Regina Poersch und von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dr. Marret Bohn. Wir wünschen allen Kolleginnen gute Besserung!

(Beifall)

Der Abgeordnete Professor Dr. Dunkel hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung verhindert ist. Der Abgeordnete Knöfler hat nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme an der heutigen Sitzung ab 12 Uhr verhindert ist. Der Abgeordnete Vogel hat ebenfalls nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Nachmittagssitzung ab circa 14.30 Uhr verhindert ist.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, begrüßen Sie mit mir bitte gemeinsam auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Holstenschule Neumünster. - Seid uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

„Upskirting“ strafrechtlich sanktionieren

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/1539

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Somit eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion die Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Guten Morgen Frau Präsidentin! Guten Morgen meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Upskirting - das werden die meisten sicherlich nicht gekannt haben. Was ist das eigentlich? Was haben wir damit zu tun? Warum wollen wir das gleich verbieten? - Das möchte ich Ihnen heute erklären und Sie dafür sensibilisieren, dass das ein wichtiges Thema ist, über das wir uns heute hier unterhalten wollen.

Der Begriff Upskirting - man könnte es fast schon erraten - kommt aus dem Englischen und heißt „unter den Rock“. Gemeint ist das Filmen und Fotografieren von - meistens - Frauen unter dem Rock, dass also mit einem Smartphone oder mit einer Spionagekamera Aufnahmen gemacht werden, um zu sehen, wie die Frau unter dem Rock aussieht.

Das klingt befremdlich - ist es auch. Mit diesen Bildern vergnügen sich dann Männer mit diesen Neigungen - ich würde sagen: perversen sexuellen Neigungen. Sie werden auch auf einschlägige Pornoseiten geladen, sodass andere Benutzer sich so etwas angucken und sich daran ergötzen können - und das alles meistens ohne das Wissen der Frauen. Frauen werden so missbraucht.

Das ist besonders perfide, da es die Frauen nicht wissen und auf den Bildern auch nicht erkannt werden. Sie können sich überhaupt nicht wehren, weil sie meistens nicht erkannt werden. Die Würde der Frau wird hier mit Füßen getreten.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Es ist ein ekelhafter und abstoßender Gedanke, dass in allen möglichen Lebenslagen Frauen so abgebildet werden und diese Aufnahmen dann durchs Netz geistern. Ich finde es unerträglich. Rein vom Gefühl her würde doch jeder von uns sagen: Das gehört verboten, oder das sollte verboten sein.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Eigentlich gilt in Deutschland § 201 a Strafgesetzbuch: Strafbarkeit bei Verletzung des höchst persönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen. Das ist eigentlich strafbar; das gilt allerdings nur im privaten und geschlossenen Raum wie etwa der Umkleidekabine oder der Toilette, aber - und das ist das Schlimme - eben nicht im öffentlichen Raum. In Nordrhein-Westfalen erfasste die Polizei 2018 2.000 solcher Fälle, die unter diesen Paragrafen fielen.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: 2.000?)

- 2.000, ja.

Im Noch-EU-Land Großbritannien hat der Gesetzgeber bereits reagiert und Upskirting unter das Sexualstrafrecht gestellt: Seit April ist es im Vereinten Königreich verboten, und es drohen bis zu zwei Jahre Haft.

Wir wollen mit diesem Antrag sensibilisieren, aufklären und die hiesigen gesetzlichen Lücken schließen. Das ist wichtig, denn die Dunkelziffer in die-

(Katja Rathje-Hoffmann)

sem Bereich ist riesig groß. Viele Frauen melden sich nicht, weil sie es nicht wissen, aber auch aus Scham. - Deswegen müssen wir gegen diese Schande handeln!

(Beifall im ganzen Haus)

Dafür, dies zu überwinden, hilft auch eine aktuelle Petition an den Deutschen Bundestag: In kürzester Zeit haben sich 80.000 Menschen gefunden, die unterstützen, dass das verboten wird. Dieses Thema wird dadurch auch in die große Öffentlichkeit gerückt. Diese juristischen Schlupflöcher müssen endlich geschlossen werden.

Juristisch problematisch ist, dass die Frauen es oft nicht bemerken - das sagte ich bereits -, wenn solche Aufnahmen gemacht werden. In mehreren Urteilen wurde der Tatbestand der sexuellen Beleidigung abgelehnt. In der Urteilsbegründung heißt es oftmals - das muss ich ablesen -, dass die bloße sexuelle Beleidigung nicht als ehrverletzend bestraft werden könne. Das ist doch skandalös!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

In anderen Fällen fällt ein Urteil nur im Rahmen der Belästigung der Allgemeinheit nach § 118 Ordnungswidrigkeitengesetz. Es ist nur eine Ordnungswidrigkeit und wird so bestraft wie Falschparken. - Das kann doch auch nicht sein!

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Auch hilft der Tatbestand nach § 184 i Strafgesetzbuch kaum weiter, denn hier wird die sexuelle Belästigung unter Strafe gestellt. Strafbar macht sich hiernach aber nur, wer eine andere Person in sexueller Art und Weise berührt. Das wird beim Filmen aber nicht passieren; insofern hilft das auch nicht richtig weiter.

Wir wollen diese Lücke schließen, den Frauen mehr Sicherheit geben und die Frauen vor diesen perversen Neigungen schützen. Wir sollten uns heute einig sein und ein Signal senden, dass das mit den Frauen und den Männern hier in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik nicht zu machen ist. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Kathrin Wagner-Bockey.

Kathrin Wagner-Bockey [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich 2017 in den Landtag gewählt wurde, habe ich mich gefreut, denn ich wusste: Diese Erfahrung erweitert meinen Horizont. Ich bin ehrlich: Beim Thema Upskirting ist die Horizonterweiterung auf eine ganz besondere Art und Weise gelungen.

Glauben Sie mir: Ich habe in meinem Berufsleben schon viel gesehen; trotzdem war mir Upskirting kein Begriff. Das Thema hat mich überrascht. Meine erste Reaktion war: Das ist doch völlig absurd und krank. - Ich dachte auch: Das können doch nur Einzelfälle sein.

Im zweiten Moment war ich fassungslos, dass dieses Phänomen nicht strafbar ist. Frauen - egal ob in Rock oder Hose - sind heute selbstbewusster und wehrhafter denn je. Aber Frau kann sich natürlich nur wehren, wenn sie merkt, dass ihr jemand im wahrsten Sinne des Wortes nicht an, sondern unter die Wäsche geht.

Die Vorstellung, heimlich und unbemerkt an intimsten Stellen fotografiert oder gefilmt zu werden, löst Wut aus - okay -, aber vor allem auch Beklemmungen. Es versteht sich von selbst: Niemandem - egal welchen Geschlechts - darf es erlaubt sein, einen anderen Menschen derart zu demütigen und zu beschämen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, wer eine Frau auf diese Weise zur Beute macht und die Bilder womöglich auch noch als Trophäe ins Netz stellt, gehört bestraft; da sind wir uns alle einig. Daher ist es logisch, dass wir diesem Antrag zustimmen.

Ich persönlich hätte mir angesichts dieses Themas gewünscht, dass wir darüber vielleicht schon vorher ins Gespräch gekommen wären, denn das wäre der Sache angemessen gewesen. Es ist aber auch kein Problem, zu einem wichtigen und guten Punkt einfach - in Anführungszeichen - „nur“ seine Zustimmung zu geben.

Das Dilemma der aktuellen Rechtslage haben Sie umfassend geschildert.

Ich möchte aber noch einmal an einem tatsächlichen Beispiel deutlich machen, das zeigt, wie unfassbar diese Vorgänge eigentlich sind. Ein ehemaliger Bürgermeister einer Gemeinde aus dem Landkreis Pfaffenhofen hat im Sommer 2013 einer 25-

(Kathrin Wagner-Bockey)

jährigen Frau unter den Rock fotografiert. Sie bemerkte dies, und der Verkäufer eines Obdachlosenmagazins alarmierte die Polizei. Der Täter wehrte sich gegen die Überprüfung durch die Polizisten unter anderem mit einem Ellenbogencheck. Die Polizei fand später 99 belastende Bilder und 27 Filme auf seinem Handy. Nur eine Frau hat offensichtlich tatsächlich bemerkt, was ihr passiert ist.

Das rechtliche Fazit, über mehrere Instanzen geklärt, war dann in der Tat so, wie Frau Rathje-Hoffmann es auch geschildert hat. Es gab keine Beleidigung der Einzelperson, aber eine Belästigung der Allgemeinheit, und das wiederum wurde als Ordnungswidrigkeit „abgestraft“ - in Anführungsstrichen.

Im Ergebnis wurde der Täter zur Zahlung eines Bußgeldes in Höhe von 750 € wegen Belästigung der Allgemeinheit verurteilt, und gleichzeitig musste er 4.200 € zahlen, weil er sich gegen die Beamten gewehrt hatte. Das eine wie das andere ist verwerflich. Ich finde auch eine Geldstrafe in Höhe von 4.200 € durchaus angemessen. Ich hätte sie aber auch für den anderen Fall und das Delikt, das ursprünglich behandelt wurde, für angemessen gehalten.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viel getan hat sich bis heute nicht. Frau Hoffmann-Rathje hat die Rechtslage umfassend dargestellt.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD]: Frau Rathje-Hoffmann!)

- Rathje-Hoffmann? Was habe ich gesagt?

(Zuruf Martin Habersaat [SPD]: Hoffmann-Rathje!)

- Das Leid mit den Doppelnamen.

(Heiterkeit)

Diese Gesetzeslücke muss geschlossen werden. In diesem Sinne stimmen wir diesem Antrag gerne zu.

Upskirting trifft - das ist auch festgestellt worden - junge Frauen genauso wie alte Frauen. In jedem Fall stellt es eine Erniedrigung dar, und es verstößt ganz offensichtlich gegen das sexuelle Selbstbestimmungsrecht von Frauen. Dementsprechend ist klar, dass hier unbedingter Handlungsbedarf besteht.

Das Ganze als eine Ordnungswidrigkeit zu behandeln, halte ich für zynisch. Das ist, glaube ich, auch nicht im Sinne des Gesetzgebers. In diesem Sinne werden wir natürlich dem Antrag zustimmen.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zu guter Letzt sei mir in einem letzten Satz noch ein Hinweis erlaubt. Ich will es nicht skandalisieren, ich möchte nur zu einem sensibleren Umgang mit der allgemeinen Thematik Sexismus kommen. Ich fand das Sharepic der CDU-Fraktion zum Thema Upskirting - gelinde gesagt - etwas unglücklich. Wer eine Sexismusdebatte ernsthaft führen will, sollte nicht mit Bildern von extrem kurz bekleideten Frauen dafür werben.

(Beifall SPD - Zuruf Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Aminata Touré das Wort.

Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Der Sachverhalt, um den es geht, ist durch meine Vordrönerin ziemlich klar geworden. Die Tatsache, dass man bislang unbestraft davonkommt, wenn man Menschen - vornehmlich Frauen - unter den Rock filmt oder fotografiert, ist nicht tragbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Meine Kollegin Katja Rathje-Hoffmann kam zu Anita Klahn und mir und hat uns auf das Thema aufmerksam gemacht, und ich bin darüber froh. Es herrschte sofort Einigkeit darüber, dass wir da etwas tun müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Deshalb finde ich es absolut folgerichtig, dass wir eine Bundesratsinitiative einbringen werden, damit der Bund diese strafrechtliche Lücke schließt.

Jetzt könnte man natürlich denken: Ist das ein so relevantes Phänomen? Passiert das denn so oft? - Leider passiert es erschreckend oft. Weil es eben nicht strafrechtlich verfolgt wird, sind die Dunkelziffern sehr hoch. Es wird nur in Kombination mit anderen Straftaten strafrechtlich verfolgt. Es muss aber auch als einzelne Straftat verfolgt werden.

Es ist für Opfer einer solchen Tat ein wichtiges Signal, dass man sich darum kümmert und es eben nicht ignoriert wird. Deshalb ist es mir vor allem wichtig, ein sehr deutliches Signal in die Gesellschaft zu senden, dass es verdammt noch mal nicht

(Aminata Touré)

in Ordnung ist, Körper, vornehmlich von Frauen, ohne ihr Einverständnis zu fotografieren, zu filmen und online zu stellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und vereinzelt FDP)

Zu diesem Thema gibt es hier im Haus zum Glück keine Kontroverse. Man ist sich einig, dass ein Handlungsbedarf besteht. Deshalb bleibt mir nichts weiter zu sagen, als dass es nicht nur daneben, sondern frauenfeindlich und abstoßend ist. Es ist höchste Zeit, dass Upskirting in Deutschland strafrechtlich verfolgt werden kann, so wie zum Beispiel in Finnland oder Neuseeland, und deshalb bitte ich Sie zum Schluss einfach, diesem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die FDP-Fraktion hat die Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Viele haben es bereits versucht zu erklären und haben es auch schon erklärt: Upskirting ist nüchtern betrachtet das Unter-den-Rock-Fotografieren. Es beschreibt aber eine Handlung, die nicht nur ohne das Wissen, sondern auch ohne das Einverständnis der fotografierten Person vorgenommen wird. Wie gesagt, man greift damit fundamental in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen ein.

Diese Handlungen - das ist die Krux dieser Debatte - sind in einigen Fällen einfach nicht strafbar. Da besteht also an dieser Stelle eine Strafbarkeitslücke, die wir mit diesem Antrag jetzt dringend schließen möchten. Es mir genauso wie Ihnen gegangen, Frau Wagner-Bockey. Als ich das erste Mal von der Kollegin Katja Rathje-Hoffmann davon gehört habe, habe ich gesagt: Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Wir haben uns damit beschäftigt und leider festgestellt: Ja, es gibt eine Lücke. Es ist zwar zivilrechtlich möglich, Aufnahmen im Internet löschen zu lassen, wenn diese auftauchen. Auch kann man auf Unterlassung klagen. Doch ein strafrechtliches Verfahren zu initiieren, ist schwer und in einigen Fällen derzeit leider nicht erfolversprechend.

Gerade in Fällen, in denen die Täter entsprechende Fotos machen, um diese - für was auch immer - privat zu nutzen, ist eine Verurteilung nach dem Straf-

gesetzbuch derzeit leider ausgeschlossen. Weder der neue § 201a StGB, der die Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereiches durch Bildaufnahmen schützen soll, noch der § 184 i StGB oder der § 185 StGB sind tatbestandlich erfüllt - das sind die Paragraphen „Sexuelle Belästigung“ und „Beleidigung“.

Damit kommt es in vielen Fällen leider nur zu einer Ordnungswidrigkeit. Ich sage ganz klar und deutlich: Das darf so nicht bleiben.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wie auch Aminata Touré eben schon gesagt hat, hat der Gesetzgeber in anderen europäischen Ländern - ich habe mir Großbritannien herausgesucht - an dieser Stelle eine deutliche Klarstellung gefunden. Es gibt die Möglichkeit, bis zu zwei Jahre Haft zu verhängen.

Ich muss an dieser Stelle Kritik Richtung Berlin äußern. Bislang war Bundesjustizministerin Barley zuständig. Sie hätte tätig werden können. Ich setze jetzt auf die designierte neue Bundesjustizministerin, Frau Lambrecht.

Meine Damen und Herren, Upskirting ist schlicht und einfach kein Phänomen und auch keine Modeerscheinung. Es ist die Tat von Personen, die meines Erachtens dringend psychologische Hilfe benötigen. Upskirting beschreibt Handlungen, die fundamental in die verfassungsrechtlichen Rechte jener Menschen eingreifen, die in der Öffentlichkeit einen Rock, ein Kleid oder eine andere kurze enge Beinbekleidung tragen. Das sind meistens Frauen. Ganz ehrlich, meine Damen, wollen wir uns diese Freiheit nehmen lassen,

(Zurufe: Nein!)

dass wir uns so anziehen können, wie wir wollen? Ich sage Nein.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ihre Antwort hier bestätigt mich. Ich bin auch froh darüber, dass ich hier das Signal wahrnehme, dass wir uns gemeinsam auf den Weg machen wollen, diese Bundesratsinitiative zu starten. Ich hoffe auch, dass wir eine breite Unterstützung bekommen.

Ich möchte insbesondere den Initiatoren der Online-Petition meinen Dank aussprechen, denn diese haben dieses Thema verantwortungsbewusst und sachlich in die öffentliche Diskussion getragen und

(Anita Klahn)

sorgen jetzt dafür, dass Upskirting in Zukunft mit der vollen Härte des Gesetzes verfolgt wird.

Diesen Damen und allen Unterzeichnerinnen möchte ich sagen: Wir haben Ihren politischen Auftrag verstanden. Wir werden handeln. Das bloße Reden um die Schließung einer Gesetzeslücke und das Upskirting hat ein Ende. Wir gehen voran, und wir wollen die Rechte jener Personen schützen, die den Schutz der Rechtsordnung bedürfen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Claus Schaffer das Wort.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Der Gesetzgeber hat in den zurückliegenden Jahren einiges getan, um Lücken in der Strafrechtsgesetzgebung zu schließen. In der Überlappung, insbesondere im Sexualstraftatenbereich, sind jedoch Lücken geblieben, die übersehen wurden. Vieles davon ist bereits benannt, und wer glaubt, dass das Upskirting bereits umfassend vom Strafrecht sanktioniert werde, der irrt.

Die Regelung bei Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen - das ist das, was in § 201 a Strafgesetzbuch seit 2014 strafbar ist - ist neu geschaffen und sollte vieles erfassen. Dieser vergleichsweise neue Straftatbestand zum Schutz des persönlichen Lebens- und Geheimnisbereichs vor unbefugten Bildaufnahmen und vor der Möglichkeit eines Bildtransfers sollte eine Lücke schließen. Er umfasst jedoch ausschließlich Bildaufnahmen, welche von Betroffenen in deren persönlichem Rückzugsbereich, insbesondere in der Wohnung oder einem besonders geschützten Raum, hergestellt werden. Der Begriff des höchstpersönlichen Lebensbereichs ist im Strafgesetzbuch recht neu und beschränkt nach dem Willen des Gesetzgebers den Straftatbestand auf private oder geschlossene Räume wie beispielsweise Wohnungen, öffentliche Toiletten oder Umkleidekabinen.

Der höchstpersönliche Lebensbereich orientiert sich mangels Legaldefinition inhaltlich an dem durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verwendeten und näher ausgeformten Begriffs der Intimsphäre. Der Begriff des öffentlichen Raums fällt danach keinesfalls in den höchstpersönlichen Lebensbereich. In § 201 a Strafgesetzbuch ist in

Bezug auf Bildaufnahmen das Herstellen, Übertragen, Gebrauchmachen oder einem Dritten Zugänglichmachen verboten. Die bloße unbefugte Beobachtung ist dabei nicht unter Strafe gestellt.

Wenn also jemand auf der Straße oder bei einem Konzert unter den Rock fotografiert und das Bild einfach behält, dann ist dieses Vorgehen nicht strafbar. Ein solches Handeln verstößt zwar immer noch gegen das allgemeine Persönlichkeitsrecht, kann aber strafrechtlich nicht ohne Weiteres geahndet werden.

Ja, es ist bereits strafbar, ein Foto, das geeignet ist, dem Ansehen der abgebildeten Person erheblich zu schaden, einer dritten Person zugänglich zu machen. Für das Veröffentlichen dieser Upskirting-Fotos im Internet oder die Weitergabe des Fotos an Dritte kann man also belangt werden. Für die Speicherung auf dem eigenen Smartphone gilt das aber nicht.

Es gibt weitere Paragraphen, die man anführen könnte, in der Hoffnung, sie würden Upskirting erfassen. Die Strafbarkeit der sexuellen Belästigung nach §184 i Strafgesetzbuch, ein Straftatbestand, der nach den Taten der Silvesternacht 2015 in Köln eingeführt worden ist, setzt voraus, dass eine andere Person in sexuell bestimmter Weise körperlich berührt und dadurch belästigt wird. Wir hörten es bereits: Mangels körperlicher Berührung kommt in diesem Fall eine Strafbarkeit nicht in Betracht.

Nehmen wir die kriminalistische Variante der Beleidigung. Das ist die Beleidigung auf sexueller Grundlage gemäß § 185 Strafgesetzbuch. Tatbestandliche Voraussetzung ist eine Kundgabe der Missachtung, und die Kundgabe setzt voraus, dass der Betroffene - zumeist die Betroffene - davon erfährt. Diese Kundgabe liegt beim heimlichen Spannen nach der Rechtsprechung eben nicht vor. Nicht selten bekommt das Opfer nämlich nichts von der Upskirting-Handlung mit. Zivilrechtlich sind aufgrund der Verletzung Persönlichkeitsrechtsansprüche nach dem BGB denkbar. Das Opfer kann also Schadenersatz, Unterlassung und Schmerzensgeld geltend machen. Aber ist das ausreichend oder gar praktikabel? - Ich meine nicht. Entspricht das Ihrem Rechtsempfinden? - Meinem jedenfalls nicht.

Ein wirksamer strafrechtlicher Schutz gegen Upskirting ist nach der derzeitigen Rechtslage in Deutschland nicht gegeben, und dieser Zustand ist auch für uns in der AfD-Fraktion nicht hinnehmbar.

(Vereinzelter Beifall AfD)

(Claus Schaffer)

Der BGH hat bereits 1966 festgestellt, dass der Staat seinen Schutzpflichten den Bürgern gegenüber nachkommen muss und dass das Recht sich in diesem Punkt der technischen Entwicklung nicht beugen darf. Der Gesetzgeber hat wiederum die Aufgabe, der sich aus den neuen technischen Möglichkeiten ergebenden erhöhten Verletzbarkeit der Persönlichkeit entgegenzutreten. Meine Damen und Herren, damit liegt der Ball zunächst auch in unserem Feld. Die AfD-Fraktion unterstützt diesen Antrag. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW erteile ich das Wort dem Vorsitzenden Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um ehrlich zu sein, auch mir ging es so wie manch anderem, ich musste googeln, was es mit Upskirting überhaupt auf sich hat. Nun weiß ich, es ist das ungefragte voyeuristische Fotografieren oder Filmen unter den Rock einer anderen Person.

Dass das tatsächlich weit verbreitet ist, war mir so nicht bekannt. Aber wie allgegenwärtig dieses Problem ist, wurde mir klar, als ich mich mit den Frauen in meinem Umfeld darüber unterhalten habe. Alle waren verschiedenen Alters, aber keiner von ihnen war dieses Phänomen unbekannt. Einige hatten sich sehr bewusst bereits Handlungsstrategien überlegt, um möglichst nicht in diese Situation zu kommen. Einige tragen immer Shorts unter Röcken, andere ziehen sich nicht in Schwimmbadumkleiden um. Wieder andere schauen sich schon aus Gewohnheit sehr genau in öffentlichen Toiletten um, bevor sie diese überhaupt nutzen.

Derzeit werden Handlungen dieser Art auf vielen verschiedenen Ebenen diskutiert. Es gibt eine Online-Petition, die bis heute fast 55.000 Menschen gezeichnet haben. Am Rande der Justizministerkonferenz sollen sich Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern geeinigt haben, eine entsprechende Bundratsinitiative vorzubereiten. In Großbritannien wurde dieses Jahr auf die Kampagne einer jungen Britin hin ein Gesetz gegen das Fotografieren unter Röcken und Kleidern verabschiedet.

In Deutschland ist es nach geltendem Recht so, dass Belästigungen dieser Art nur dann über Ordnungswidrigkeiten hinausgehen und strafrechtlich rele-

vant sind, wenn sich die gefilmte Person in privaten und geschlossenen Räumen aufhält. Draußen ist es so, dass im Fall der Fälle große Unsicherheit vorherrscht, wie man reagieren kann und darf.

Das sogenannte Upskirting findet aber typischerweise in der Öffentlichkeit statt. Die rechtlichen Möglichkeiten hängen also davon ab, wo die Aufnahmen gemacht worden sind, was genau auf ihnen zu sehen ist und vor allem, ob sie verbreitet worden sind. Ich möchte aber gar nicht so sehr auf zivilrechtliche Einschätzungen, die ich gelesen habe, eingehen. Wichtig für uns als SSW ist einfach, dass hier klare Regeln eingeführt werden, die im Interesse der Betroffenen sind,

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und FDP)

und dass wir politisch festhalten, dass es sich hier nicht um einen harmlosen Scherz handelt, sondern um Aktionen, die schnell gemacht sind, aber lang nachwirken.

Es geht nicht nur um die Verletzung von Persönlichkeitsrechten. Es geht um all das, was mit so einem Foto einhergehen kann: Das Mobbing in den Schulen, das Ausgeliefertsein, wenn solche Bilder erst einmal im Internet landen, und die psychischen Belastungen, denen Frauen ausgesetzt sind, wenn sie von Übergriffen dieser Art betroffen sind, das Gefühl von Scham, das sich unweigerlich bei den Betroffenen einstellt, auch wenn gar nicht sie es sind, die etwas falsch gemacht haben.

Eines der Probleme, vor denen wir in diesem Zusammenhang stehen, ist es ja, dass die meisten Betroffenen es nicht bemerken, wenn sie ungewollt fotografiert werden. Hier kommt es auf die Umstehenden an. Wer bemerkt, dass unerlaubt fotografiert wird, sollte die Betroffene darauf hinweisen, was gerade geschieht, denn nur so kann man direkt dazu auffordern, dass die Aufnahme gelöscht wird. Wenn Sie sich vorstellen, ein anderer Mensch hat intime Aufnahmen von Ihnen, ohne dass Sie Ihr Einverständnis gegeben haben, dann werden Sie alle, die Sie hier in diesem Saal sitzen, merken, wie belastend eine solche Vorstellung ist. Oft bleibt es aber - wie gesagt - nicht allein dabei, dass jemand unberechtigtweise intime Aufnahmen besitzt, sondern sie werden - ebenfalls ohne Einverständnis - auf Pornoseiten oder in anderen Foren verbreitet.

Für mich und den SSW ist die Entscheidung in dieser Sache glasklar. Einer anderen Person ohne Einverständnis unter den Rock zu fotografieren oder zu filmen, ist eine unmissverständliche Grenzüberschreitung. Das ist mehr als eine Ordnungswidrigkeit. Falsch Parken ist eine Ordnungswidrigkeit.

(Lars Harms)

Upskirting aber ist sexuelle Belästigung, und die ist zum Glück seit 2016 ein Straftatbestand.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD und FDP)

Da sollte es völlig egal sein, ob diese im öffentlichen oder im privaten Raum stattfindet. Solche Handlungen sind nach unserer Auffassung wirklich scharf zu bestrafen. Sie sind konsequent zu unterbinden, und dazu können wir heute zum Glück einen Beitrag leisten. Deshalb finde ich es gut, dass wir uns hier im Landtag einig sind und uns dafür einsetzen wollen, dass hier ein bisschen schärfer gearbeitet wird, sodass so etwas am besten verhindert wird und ansonsten Menschen entsprechend geholfen werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack, das Wort.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Leben ist bunt. Die fortschreitende Digitalisierung und Vernetzung aller Lebensbereiche macht vieles einfacher, schneller und schöner. Manch einen verleitet es aber dazu, die in der analogen Welt etablierten Regeln des menschlichen Zusammenlebens infrage zu stellen. Das sogenannte Upskirting ist ein Beispiel dafür.

Ich gebe zu, dass mir - wie allen anderen hier auch - dieser Begriff und das Phänomen, das er beschreibt, bis vor Kurzem noch relativ unbekannt waren. Es gibt also Menschen - meist wahrscheinlich Männer -, die Frauen heimlich unter den Rock filmen, diese Filme anschließend ins Netz stellen und mit anderen teilen. Über die sexuellen Motive muss man, glaube ich, nicht lange rätseln. Klar ist auch, dass das Ganze für die betroffenen Frauen nicht bloß eine Belästigung ist, sondern ein massiver Eingriff in ihre Intimsphäre. Leider bemerken die Opfer den Übergriff regelmäßig erst dann, wenn es schon zu spät ist. Was einmal im Netz ist, kriegen Sie nicht wieder heraus.

Als ich zum ersten Mal von dieser bizarren Spielart menschlicher Verirrungen hörte, konnte ich mir nicht vorstellen, dass es sich um ein verbreitetes

Phänomen handelt. Leider musste ich mich eines Besseren belehren lassen.

Ich denke, wir sind uns darüber einig, dass das Strafrecht nicht dazu da ist, jedes moralisch oder sittlich fragwürdige Verhalten zu sanktionieren. Ebenso einig sollten wir uns aber auch sein, dass mit dem Upskirting die Grenze zu einem bloß fragwürdigen Verhalten mehr als überschritten ist.

(Beifall)

Das geltende Recht stellt Handlungen wie das Upskirting erst dann unter Strafe, wenn sie in einer Wohnung beziehungsweise in einem gegen äußere Einblicke besonders geschützten Raum begangen werden. Im öffentlichen Raum hingegen - wir haben es heute schon gehört -, wo solche Übergriffe regelmäßig stattfinden, ist ein strafrechtlicher Schutz bisher nicht vorhanden.

Natürlich muss man bedenken, dass solche Taten in der Regel heimlich begangen werden. Eine Überführung des Täters wird deshalb in vielen Fällen schwierig, wenn nicht gar unmöglich werden. Dies kann aber kein Argument dafür sein, auf eine Strafandrohung zu verzichten, zumal es eben nicht nur um das Herstellen solcher Filmaufnahmen und Fotos geht, sondern auch und gerade um den anschließenden Besitz und die Verbreitung. Die Strafbarkeit hätte zur Folge, dass die kursierenden Aufnahmen durch die Strafverfolgungsbehörden beschlagnahmt werden könnten und dass Internetplattformen dazu verpflichtet wären, entsprechende Einträge zu löschen.

Ich freue mich sehr darüber, dass sich alle in diesem Hohen Haus für ein rasches Schließen dieser offensichtlichen Lücke im Strafrecht einsetzen, und hoffe auf breite Unterstützung des gemeinsamen Antrags zur strafrechtlichen Sanktionierung des Upskirtings.

Lars Harms hat es schon angedeutet: Mein nordrhein-westfälischer Kollege Peter Biesenbach hat in diesen Tagen bereits angekündigt, gemeinsam mit Baden-Württemberg und Bayern an einer entsprechenden Gesetzesinitiative für den Bundesrat zu arbeiten. Ich versichere Ihnen schon hier und heute, dass ich diesen Vorstoß voll unterstützen werde.

(Beifall)

Bei der Erarbeitung eines möglichen Gesetzestexts werden noch manche Detailfragen zu klären sein, insbesondere, wie man die strafwürdigen Fälle lückenlos erfasst, ohne gleichzeitig die Strafbarkeit des Fotografierens und von Filmaufnahmen im öf-

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

fentlichen Raum ins Uferlose auszudehnen. Solche Detailfragen lassen sich aber lösen; das wissen wir. Mein Haus wird deshalb das Gesetzgebungsverfahren konstruktiv begleiten. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Damit erübrigt sich die Gegenprobe. Der Antrag Drucksache 19/1539 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Bundeswehr in der Schule ist gelebte politische Bildung

Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 19/1416

Rolle der Bundeswehr in der Schule

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1542

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Ich eröffne somit die Aussprache. Das Wort für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schüler! Die Bundeswehr steht als Parlamentsarmee für Frieden und Freiheit. Sie ist dem Prinzip des Bürgers in Uniform verpflichtet, und sie ist Teil der Gesellschaft.

(Beifall AfD)

Aber das Bewusstsein genau dafür geht leider mehr und mehr verloren. Denn seit die Wehrpflicht ausgesetzt wurde und öffentliche Gelöbnisse immer seltener stattfinden, gibt es gerade für jüngere Menschen kaum mehr direkte Berührungspunkte mit unserer Armee. Wir sollten also überlegen, wie wir diesen Trend umkehren können, damit das Bewusstsein über die Rolle der Bundeswehr wieder zunimmt.

Hierzu trägt seit über 50 Jahren die Arbeit der Bundeswehr-Jugendoffiziere wesentlich bei. In Unterrichtsstunden, durch Planspiele und Exkursionen werden Schüler altersgerecht an die Fragen der Sicherheitspolitik und der Friedenssicherung herangeführt. Hier wird im wahrsten Sinne des Wortes ge-

lebte politische Bildung - ich betone: politische Bildung - betrieben; denn es geht hier nicht etwa darum, Nachwuchs zu werben.

Um genau diese Arbeit der Bundeswehr in unseren Schulen weiter zu forcieren, schlagen wir den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen Bildungsministerium und Bundeswehr vor - so, wie es in vielen anderen Bundesländern schon der Fall ist. Eine solche Vereinbarung schafft Rechtssicherheit und ist vor allem ein klares Bekenntnis zu unserer demokratisch verfassten Bundeswehr.

(Beifall AfD)

Bei ihrer Arbeit mit Jugendlichen kooperieren die Jugendoffiziere häufig mit Partnern, etwa dem Landesbeauftragten für politische Bildung oder der Hermann-Ehlers-Akademie. Auf diesem Weg konnten im vergangenen Jahr 4.700 Schüler erreicht werden. Übereinstimmend bewerten alle Beteiligten die Zusammenarbeit als durchweg positiv.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, einen kleinen Moment bitte! - Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich um ein bisschen mehr Aufmerksamkeit bitten! Oder Sie führen die Gespräche außerhalb des Plenarsaals fort. - Danke schön.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Umso mehr verwundert die permanente Kritik daran gerade aus linker Ecke. Sie alle kennen den Parteitagsbeschluss der Berliner SPD, nach dem die Bundeswehr aus den Schulen verbannt werden soll. Kevin hat dafür natürlich auch seine Hand gehoben.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Der Vollständigkeit halber muss ich aber auch Thomas Oppermann zitieren, der klipp und klar sagte:

Wer so einen Unsinn beschließt, sollte sich selbst von unseren Schulen fernhalten.“

(Beifall AfD)

Eine solche Klarheit hätte ich mir auch von der hiesigen SPD-Fraktion gewünscht. Das Gegenteil war aber der Fall. Laut „Kieler Nachrichten“ erklärten Sie, Herr Dr. Dolgner, dass Jugendoffiziere zwar in Schulen tätig sein könnten, dort aber auch Kritiker der Bundeswehr zu Wort kommen müssten.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Dr. Frank Brodehl)

Solche Äußerungen relativieren jedes Bekenntnis zur Bundeswehr; das wissen Sie selbst ganz genau.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Außer Ihrer Fraktion tut sich aber auch Herr von Pein regelmäßig mit Kleinen Anfragen zu dem Thema Bundeswehr in Schulen hervor. Deren Tenor lautet ebenfalls: Die Landesregierung muss sicherstellen, dass neben der Bundeswehr auch stets Vertreter der Friedensbewegung eingeladen werden.

(Zuruf SPD: Richtig!)

Diese Forderung macht die ambivalente Einstellung der SPD-Fraktion und anderer Teile dieses Hauses gegenüber der Bundeswehr überdeutlich. Denn wer Angst davor hat, dass die Arbeit von Jugendoffizieren einseitig und nicht neutral sei, der sieht in der Bundeswehr eben nicht die Parlamentsarmee, die einen verfassungsmäßigen Auftrag erfüllt.

(Beifall Jörg Nobis [AfD])

Aber nicht nur deshalb besteht Handlungsbedarf. Dieser besteht vor allem auch deshalb, weil es für viele Schüler reine Glückssache ist, ob sie von der Arbeit der Jugendoffiziere profitieren können. Hierzu ein Beispiel aus der Praxis: Um über das Angebot der Bundeswehr zu informieren, schrieb ein Jugendoffizier mehr als 80 Schulen in Kiel und Umland an. Er bekam daraufhin lediglich drei Antworten - von über 80! Lassen Sie mich hierzu Folgendes anmerken:

Erstens kommt das Vorgehen des Jugendoffiziers Bittstellen und Klinkenputzen gleich. Das ist vollkommen unangemessen.

Zweitens dürfte die geringe Rücklaufquote gerade auch mit der fehlenden Rechtssicherheit der Schulen zusammenhängen.

Und drittens: Durch den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung könnten beide Probleme leicht gelöst werden.

(Beifall AfD)

Aus der Antwort auf die letzte Anfrage von Tobias von Pein geht hervor, dass man im Bildungsministerium eine Kooperationsvereinbarung - immerhin - prüfe. Gerade vor diesem Hintergrund ist es überhaupt nicht nachvollziehbar, warum sich die Jamaika-Koalition in ihrem Alternativantrag nicht eindeutig positioniert.

(Christopher Vogt [FDP]: Wie bitte?)

Vielmehr stellen auch Sie die Jugendoffiziere auf eine Ebene mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die

Sie nicht einmal benennen. Der Begriff „Kooperationsvereinbarung“ wird nicht einmal erwähnt. Sagen Sie das doch einmal Offizieren, die 77 von 80 Briefen umsonst schreiben!

Wer in Ihrer Koalition einmal mehr den Hut aufhat, ist für alle offensichtlich: Das sind die Grünen, sonst niemand.

Wir plädieren für eine Überweisung unseres Antrags an den Bildungsausschuss, um dort zu beraten, wie ein solches Abkommen im Einzelnen aussehen könnte. Eines ist schon jetzt klar: Die Bundeswehr hat Vorbildcharakter, und Vorbilder gehören in die Schule. Bundeswehr in Schule, das ist gelebte politische Bildung.

(Beifall AfD)

Geben Sie sich im Verlauf der Debatte einen Ruck und denken darüber nach, sich doch unserem Antrag anzuschließen. Morgen ist Tag der Bundeswehr. Das wäre ein gutes Zeichen aus diesem Haus für die Arbeit der Bundeswehr. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Tobias von der Heide das Wort.

(Zurufe)

- Zu seiner Jungferrede.

(Heiterkeit und Beifall)

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Besuchertribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass mir die SPD-Fraktion bei dieser Rede Welpenschutz zugesteht, wie es bei der ersten Rede üblich ist.

(Heiterkeit und Beifall)

Militärischen Organisationen wird untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben. Das hat die Berliner SPD auf einem Landesparteitag beschlossen. Gepaart mit den Kleinen Anfragen aus der SPD-Landtagsfraktion kann man hier schon die Frage stellen: Wie stehen Sie als SPD in Schleswig-Holstein zur Bundeswehr?

(Beifall CDU und FDP)

Mir drängt sich mittlerweile der Eindruck auf, dass Sie nicht hinter dem Auftrag stehen, den die Bundeswehr für uns hat, insbesondere auch als Instituti-

(Tobias von der Heide)

on. Sie hinterfragen, auf welcher rechtlichen Grundlage die Bundeswehr Schulen besucht.

Herr Kollege Tobias von Pein, ich hatte vorhin kurz die Sorge, dass Sie an der Debatte nicht teilnehmen; ich freue mich, dass Sie nun da sind. Sie fordern, dass Besuche der Bundeswehr entweder gar nicht stattfinden oder nur stattfinden, wenn gleichzeitig Friedensaktivisten in die Schule eingeladen werden. In Ihren Anfragen schwingt der Unterton mit, dass Sie die Arbeit der Bundeswehr kritisch sehen und dass sie nichts in der Schule zu suchen hätte. Ich komme gleich dazu, warum das etwas ist, worüber man sprechen muss. Genau wie Ihre Kollegen in Berlin nennen Sie Elemente, die dem Parteitagsbeschluss sehr ähnlich sind.

Lieber Tobias von Pein, ich würde mir wünschen, dass Sie heute Stellung dazu nehmen, wie Ihre Kleinen Anfragen gemeint sind. Wir als Jamaika-Koalition haben einen gemeinsamen Antrag zu diesem Thema formuliert, in dem wir deutlich sagen, wie wir zu diesem Thema stehen. Ich wundere mich sehr darüber, dass die SPD anscheinend nicht in der Lage war, sich zu einigen, und nicht einen genauso deutlichen Antrag formuliert hat.

(Beifall CDU, FDP und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos] - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Für unsere Fraktion kann ich festhalten, dass wir ohne Wenn und Aber zur Bundeswehr stehen. Wir können stolz auf unsere Parlamentsarmee sein, die unseren Frieden und unsere freiheitliche Grundordnung verteidigt,

(Beifall CDU und FDP)

gerade weil wir eine Parlamentsarmee haben und jeder einzelne Einsatz eines Bundestagsmandats bedarf, also nicht die Bundeswehr selbst über Einsätze entscheidet, sondern die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, übrigens auch die Abgeordneten der SPD. Wenn man eine Debatte über Bundeswehr in Schulen führt, ist der Abgeordnete des Deutschen Bundestags der richtige Ansprechpartner. Der kann mit Friedensaktivisten im Klassenraum oder bei Podiumsdiskussionen diskutieren. Es geht nicht die Bundeswehr als Institution gegen Friedensaktivisten. Deswegen ist Ihre Forderung, an dieser Stelle pari pari vorzugehen, überhaupt nicht vernünftig.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Es ist richtig, dass Jugendoffiziere in Schulen über die Bundeswehr und die sicherheitspolitische Lage berichten. Unsere Vorstellung der Bundeswehr ist

der Staatsbürger in Uniform, demokratisch legitimiert durch die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands. Darüber müssen wir in den Schulen berichten und diskutieren, auch weil die Abschaffung der Wehrpflicht die gesellschaftliche Verankerung schwieriger gemacht hat.

Die Jugendoffiziere sind dafür genau das richtige Mittel. Sie werben nicht für die Bundeswehr, sondern sie informieren über die Bundeswehr und die sicherheitspolitische Lage. Dieser Unterschied ist sehr wichtig. Selbstverständlich fühlen sich die Jugendoffiziere genauso wie die Lehrkräfte und Schulen - das haben wir hier schon häufiger diskutiert -, die über die Einladung der Jugendoffiziere entscheiden, dem Beutelsbacher Konsens verpflichtet. Es muss in diesen Fragen ein ausgewogenes Bild geben.

Noch einmal: Die Jugendoffiziere rekrutieren nicht, sondern sie informieren. Es ist gut, dass das klar getrennt wird. Ich finde es richtig, dass auf Jobmessen, wo sich verschiedene Arbeitgeber präsentieren, auch Berufsmöglichkeiten in der Bundeswehr dargestellt werden. Das sollten wir nicht hinterfragen.

(Beifall CDU und Anita Klahn [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Frank Brodehl?

Tobias von der Heide [CDU]:

Nein, das lasse ich bei dieser Debatte nicht zu.

Schleswig-Holstein ist eng verbunden mit der Bundeswehr. Auch aus Schleswig-Holstein sind Soldaten im Auslandseinsatz und leisten einen Beitrag zu humanitären, friedenserhaltenden und stabilisierenden Einsätzen, mit unseren Bündnispartnern zusammen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir würdigen das, indem wir jedes Jahr Angehörige in den Landtag einladen und uns mit ihnen darüber austauschen, weil das ein Dienst an unserer Gesellschaft ist. Diese Soldaten verdienen unsere Anerkennung, weil sie unter Einsatz ihres eigenen Lebens unsere Art und Weise zu leben schützen und verteidigen.

(Beifall im ganzen Haus)

Das verdient unseren höchsten Respekt. Selbstverständlich wünscht sich keiner von uns, dass wir Soldaten in Kampfeinsätze schicken müssen. Weil

(Tobias von der Heide)

unsere Welt aber nicht nur friedfertig ist, brauchen wir die Bundeswehr. Darüber müssen wir - das finde ich wichtig - auch in Schulen diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn das Konsens in diesem Haus wäre. - In diesem Sinne danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedauere, von meinem ursprünglichen Redetext abweichen zu müssen, in dem ich darlegen wollte, wie die Fragen von Pazifismus und Rechtfertigung von militärischen Einsätzen fast jeden jungen Menschen einmal gespalten haben, was man auch daran erkennen kann, dass unser Grundgesetz ursprünglich pazifistisch ausgerichtet war und die Bundeswehr erst nachträglich eingefügt worden ist, mit dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung und dem Verbot eines Angriffskriegs.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In unserer demokratischen Gesellschaft gibt es beides.

Ich möchte jetzt einiges zurückweisen. Es ist langsam kaum noch erträglich: Wenn wir zusammen gelbe Schleifen unterschreiben - Solidarität - und Ihre Jugendorganisation mir zwei Wochen später bewusst aus dem Zusammenhang gerissen und trotz Korrektur eine Ablehnung der Bundeswehr unterstellt, ist das infam. Wir haben dazu noch telefoniert, und trotzdem halten Sie hier so eine Rede, Herr von der Heide. Das macht es schwer mit dem Konsens. Damit haben Sie hier jemandem einen Gefallen getan, dem wir eigentlich keinen Gefallen tun sollten.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es! Schämen Sie sich! - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Meinen Sie die Bundeswehr?)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten von der Heide?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja, gern.

Tobias von der Heide [CDU]: Ich möchte eine Zwischenbemerkung machen. Der Vorgang, den Sie beschrieben haben, ist so richtig. Ich habe mit den Mitgliedern der Jungen Union darüber gesprochen. Am Ende ist es Aufgabe der Jungen Union - ich bin älter geworden - zu entscheiden, wie man damit umgeht. Ich habe das getan, was ich mit Ihnen besprochen habe.

Entscheidend ist, wie Sie sich hier positionieren. Ich stelle fest: Es gibt einen Parteitagebeschluss aus Berlin. Ich stelle fest: Es gibt Kleine Anfragen, die vermuten lassen, dass es Teile in Ihrer Fraktion gibt, die auch diese Auffassung haben. Ich stelle an dieser Stelle auch fest, dass Sie keinen eigenen Antrag zu diesem Thema gestellt haben. Ich habe versucht, das in meiner Rede deutlich zu machen. - Danke sehr.

(Beifall CDU, FDP und AfD - Tobias Koch [CDU]: Vollkommen zu Recht!)

- Sie machen die Fraktion als Ganzes verantwortlich für einen Antrag der Berliner SPD und weisen gleichzeitig die Verantwortung für eine Jugendorganisation zurück, der Sie vorgestanden haben? Wer hat denn mehr Einfluss? Die Junge Union ist doch Teil der CDU! Dass die Meinung von Herrn von Pein nicht die Mehrheitsmeinung der SPD ist, wissen Sie ganz genau. Sie versuchen, hier einen Popanz aufzubauen

(Anhaltende Zurufe)

- lasst euch nicht aus der Raison bringen - und gegen die SPD das alte Lied der vaterlandslosen Gesellen zu singen.

Zum Thema kein gemeinsamer Antrag: Ich habe Herrn Peters vor der Pause darum gebeten, einen gemeinsamen Antrag zu schreiben, und gefragt, ob wir dem beitreten können. Wir haben von der Koalition nichts gehört. Das ist die Wahrheit.

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, weil er in Ordnung ist; Ihre Rede ist aber nicht in Ordnung.

(Beifall SPD, Peer Knöfler [CDU] und Denys Bornhöft [FDP])

Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Ambivalenz steht doch in dem Antrag Ihrer Koalition. Mit wem koalieren Sie denn da? Herr Petersdotter hat bestimmt eine ähnliche Auffassung wie Herr von Pein. Das wissen Sie ganz genau.

(Zurufe: Oh! - Weitere Zurufe)

(Dr. Kai Dolgner)

Das soll hier niemanden denunzieren. Ich wehre mich dagegen - das habe ich auch in meiner aktiven Zeit als Soldat immer getan -, Pazifismus zu denunzieren. Es ist schwach, das zu tun.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter!

(Tobias von der Heide [CDU]: Ich vermute, dass das Antworten auf meine Bemerkung waren? -Heiterkeit)

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja, genau. Deshalb habe ich die Pause gemacht; da haben wir uns verstanden.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gut. - Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Frank Brodehl, Herr Abgeordneter?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Nein, tue ich nicht. - Jetzt versuche ich, noch den Teil meiner Rede zu halten, den ich eigentlich halten wollte.

(Vereinzelter Beifall)

Ich weiß nicht, wie Ihnen das gegangen ist. - Ich habe als Viertklässler den Film „Besiegt, besetzt, geteilt“ gesehen, und gleichzeitig kamen die Bilder der Killing Fields in Kambodscha nach dem Einmarsch Vietnams im Auslandsjournal des ZDF, das damals noch am Vorabend senden durfte; damals hat man das den jüngeren Schülern offensichtlich nicht vorenthalten müssen.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch schon so alt!)

- Ja. - Ich erinnere mich noch gut daran, dass ich meine Eltern mit den Fragen löcherte, warum die USA denn den Einmarsch Vietnams verurteilten, wo sie doch die Konzentrationslager der Nazis mitbefreit hatten, und wie das Morden denn anders hätte gestoppt werden sollen.

Dann kam die Friedensbewegung, und neue Fragen stellten sich mir und vielen anderen: Was ist richtig? Gibt es in dieser Frage überhaupt ein richtig? Es gab diejenigen, die angesichts von Bildern schreienden Unrechts sofort nach einer militärischen Intervention gerufen haben, in der häufig vergeblichen Hoffnung, dass damit schnell alles gut

würde und das Unrecht und das Morden beendet würden. Und es gab diejenigen, die anführten, dass Gewalt immer nur neue Gewalt gebäre, weshalb sich eine militärische Intervention immer verböte, sei das Elend noch so groß.

(Jörg Nobis [AfD]: Wann kommt die Bundeswehr?)

- Mit Ihnen brauche ich mich nicht auseinanderzusetzen; Ihre Meinung über die SPD ist bekannt. - Beide Gruppen hatten gute Argumente. Das ist das klassische Dilemma, das zu stundenlangen Diskussionen geführt hat, die wir damals untereinander häufig respektvoller geführt haben, als es viele heutige Erwachsene tun.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass jüngere Menschen befremdet auf unsere Debatten gucken, liegt teilweise genau daran. Heute ist es mit den jungen Menschen nicht anders. Der Jahresbericht der Jugendoffiziere 2017 zeigt das große Interesse an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr; junge Menschen sind keine leicht manipulierbaren Wesen, wie Kritiker der Jugendoffiziere häufig anführen. Der Jahresbericht zeigt:

„Großes Interesse bestand im Osten Deutschlands an möglichen Einsatzfolgen für die Soldatinnen und Soldaten ... insbesondere über einsatzbedingte psychische Folgen ... von posttraumatischen Belastungsstörungen“.

Im Osten Deutschlands ist das Berufsinteresse an der Bundeswehr größer, und die jungen Leute wissen sehr wohl, welche Risiken für sie da bestehen. Auch zu meiner Zeit - zu allen Zeiten - hatten Jugendoffiziere keinen einfachen Stand. Wir sollten Jugendoffizieren mehr zutrauen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen Satz muss ich leider wegen meiner Zurückweisung der Ausführungen von Herrn von der Heide überspringen, aber ich empfehle Ihnen, das auf dem Priessticker nachzulesen.

(Heiterkeit FDP und SSW)

Es ist nicht in Ordnung, Soldaten als kriegslüsternd zu diffamieren und zu versuchen, sie aus der Mitte unserer Gesellschaft zu drängen. Das ist infam. Dagegen verwehre ich mich in aller Deutlichkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Dr. Kai Dolgner)

Es ist aber auch nicht in Ordnung, Kritik an Militäreinsätzen oder eine pazifistische Grundkritik, solange sie der Form nach in Ordnung ist, als Schmähung oder Respektlosigkeit gegenüber den Soldatinnen und Soldaten zu denunzieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich lese einmal einen Absatz aus dem Jahresbericht vor:

„Die Zusammenarbeit mit der Friedensstelle der evangelischen Kirche Baden und der Servicestelle Friedensdienst wurde 2017 fortgesetzt. Vertreter verschiedener Organisationen der Friedensbewegung besuchten gemeinsam mit den Jugendoffizieren aus Karlsruhe und Mannheim den Tag der Schulen in Bruchsal.“

Das ist nur ein Beispiel: Jugendoffiziere in Süddeutschland arbeiten strukturell mit der Friedensbewegung zusammen. Das zeugt von Souveränität und Stärke des Pluralismus, die anderen in dieser Debatte offenbar abgeht.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist es!)

Ich sehe an ihren Gesichtern, dass Sie das gar nicht wissen. Genauso wie Unkenntnis ein Teil des Berliner Beschlusses war, weil im Berliner Beschluss mitnichten Jugendoffiziere genannt werden, sondern es heißt, dass an den Schulen nicht für Militär geworben werden solle - was Jugendoffiziere gar nicht tun -, muss ich auch Teilen dieses Hauses Unkenntnis über die tatsächliche Arbeit der Jugendoffiziere attestieren. Lesen Sie den Bericht! In einigen Teilen wird strukturell mit der Friedensbewegung zusammengearbeitet.

Jugendoffiziere sind viel selbstbewusster, als Sie vielleicht glauben. Die brauchen weder irgendwelche Solidaritätsadressen, noch brauchen sie es, bei solch schwierigen Themen missbräuchlich für kleinliche politische Debatten herangezogen zu werden.

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ich komme zum letzten Satz. - Die Frage von Krieg und Frieden ist die klassische Gewissensfrage, bei der normalerweise in jeder Fraktion die Fraktionsdisziplin aufgehoben ist. Genau das muss man hier

jedem zugestehen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Abgeordnete Ines Strehlau das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Bundeswehr ist für uns Grüne ein schwieriges Feld.

(Jörg Nobis [AfD]: Das wissen wir!)

Zum einen haben wir Grüne unsere Wurzeln außer im Umweltschutz auch in der Friedensbewegung. Demonstrationen gegen Aufrüstung und den NATO-Doppelbeschluss in den 1980er-Jahren haben sich fest in die DNA unserer Partei eingeeignet. Ich bin froh, dass es so ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ziel der Politik muss es sein, für uns die Ursachen von Krisen und deren langfristige Behebung in den Blick zu nehmen, statt nur kurzfristige Symptombekämpfung zu betreiben. Daneben sehen wir, dass es viele Konflikte in der Welt gibt, die mit friedlichen Mitteln zu lösen die Verantwortlichen - zumindest im Moment - leider nicht in der Lage sind.

Bei einigen Konflikten ist die Bundeswehr als militärische Unterstützung zur Verhinderung schwerster Menschenrechtsverletzungen, zur Aufklärung oder zur Ausbildung dabei. Einigen dieser Auslandseinsätze hat auch die grüne Bundestagsfraktion zugestimmt. Für uns Grüne ist klar, dass der Einsatz von Militär immer nur äußerstes Mittel zur Gewalteinämmung und Friedenssicherung sein kann. Militär kann bestenfalls ein Zeitfenster für Krisenbewältigung und politische Lösungen schaffen, nicht aber den Frieden selbst.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist das!)

Es ist gut, dass bei uns das Parlament über Auslandseinsätze der Bundeswehr entscheidet. Irre Entscheidungen und Eskalationsspiralen einzelner Präsidenten, wie sie gerade im Konflikt mit dem Iran zu sehen sind, gibt es bei uns dadurch glücklicherweise nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ines Strehlau)

Uns Grünen ist es sehr wichtig, dass in der Schule die Rolle der Bundeswehr und Auslandseinsätze von allen Seiten beleuchtet werden. Ursachen von Krisen und deren langfristige Behebung, zivile Krisenprävention und friedliche Maßnahmen zur Konfliktlösung müssen in den Vordergrund gestellt werden. Deswegen lehnen wir den AfD-Antrag ab: Werbung für den Beruf der Soldatin oder des Soldaten hat in der Berufsvorbereitung im Unterricht nichts verloren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Frank Brodehl [AfD]: Das haben wir doch gar nicht beantragt! Wer beantragt denn so etwas? Das ist Unsinn! - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Dies ist auch nicht die Rolle von Jugendoffizieren. Es ist Jugendoffizieren untersagt, Rekrutierung von Soldatinnen und Soldaten zu betreiben. Sie haben nicht umsonst den Untertitel „Referentin/Referent für Sicherheitspolitik“.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Baasch [SPD])

Die Aufgabe der Jugendoffiziere ist es, das Konzept der Vernetzten Sicherheit der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik darzustellen. Um zu erfahren, wie dies in der täglichen Arbeit umgesetzt wird, habe ich mich zur Vorbereitung auf die Debatte mit einem Jugendoffizier unterhalten. Die Jugendoffiziere halten Vorträge an Schulen, sie nehmen an Podiumsdiskussionen teil, machen Planspiele und diskutieren mit Schülerinnen und Schülern über NATO, UNO oder OSZE und natürlich über aktuelle Konflikte. Besuche in Berlin oder bei der EU gehören dazu. Sie machen Veranstaltungen auch mit Akteuren wie dem UNHCR oder dem World Food Programme der UN. Auch regelmäßige Kontakte mit Hochschulen stehen auf der Agenda. Zum Programm können auch Besuche bei militärischen Einheiten gehören. Das ist ein vielfältiges Angebot, das auch gute Möglichkeiten zur kritischen Auseinandersetzung mit der Bundeswehr und ihrer Rolle in Konflikten bietet.

Ein Jugendoffizier ist aber kein neutraler Referent für Sicherheitspolitik, auch wenn er differenziert informiert. Er kommt in Uniform, also als Soldat in die Schulen. Die Bundeswehr wirbt natürlich um neue Soldatinnen und Soldaten - nicht durch die Jugendoffiziere, aber zum Beispiel mit Filmen auf YouTube. Sie werden zum Teil millionenfach angeklickt. Deshalb ist die Lehrkraft beim Besuch der Jugendoffiziere und bei der Behandlung des Themas Außen- und Sicherheitspolitik enorm wichtig.

Sie ist bei den Besuchen dabei, und sie unterstützt die Schülerinnen und Schüler dabei, die Informationen einzuordnen und um andere Positionen zu ergänzen, damit die Schülerinnen und Schüler eine umfassende Informationsbasis haben, um sich ihre eigene Meinung bilden zu können.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Beutelsbacher Konsens ist die Leitschnur für die politische Bildung. Überwältigungsverbot, also keine Indoktrination, Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Unterricht und die Befähigung der Schülerinnen und Schüler, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren und sich eine eigene Meinung zu bilden - all diese Punkte können und müssen beim Besuch eines Jugendoffiziers angewandt werden. Dazu gehören natürlich auch zivilgesellschaftliche Akteure und die Friedensbewegung.

Die AfD zeigt - Herr Brodehl hat es in seinem Beitrag deutlich gemacht - wieder einmal, dass sie den Beutelsbacher Konsens nicht verstanden hat oder völlig einseitig auslegt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Tim Brockmann [CDU] - Volker Schnurrbusch [AfD]: Sie haben die Bundeswehr nicht verstanden!)

Das zeigt einmal mehr das wahre Gesicht der AfD und bestätigt uns darin, dass Sie demokratische Meinungsvielfalt nicht akzeptieren wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Tim Brockmann [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Frau Abgeordnete, denken Sie an die Zeit!

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der letzte Satz. - Ich habe volles Vertrauen in unsere Lehrkräfte, dass sie diese Funktion des Ausgleichs verantwortungsvoll wahrnehmen. - Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir fortfahren, teile ich Ihnen mit, dass die AfD-Fraktion den Tagesordnungspunkt 14, Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein - Grundsätze der europäischen Zu-

(Vizepräsidentin Annabell Krämer)

sammenarbeit in Landesverfassung aufnehmen -, zurückgezogen hat.

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Debatte verdanken wir einem wirklich bemerkenswerten Parteitagsbeschluss des SPD-Landesverbandes in Berlin, bei dem man insgesamt nicht mehr genau weiß, wo er politisch noch steht, ob er nicht irgendwie an der Linkspartei vorbeigezogen ist, wenn man sich auch die Debatte um die verwehrte Landeerlaubnis für die Rosinenbomber in Berlin anschaut - aus meiner Sicht ein Trauerspiel für unsere Bundeshauptstadt, was dort abläuft.

(Beifall FDP, Jörg Nobis [AfD], Claus Schaffer [AfD] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Man könnte die Debatte über die Präsenz der Bundeswehr in unseren Schulen als Zeitverschwendung abtun, aber sie gibt einem doch die Möglichkeiten, für ein paar Klarstellungen zu sorgen, was offenbar immer notwendiger wird. Das sage ich ausdrücklich als anerkannter Kriegsdienstverweigerer, der die Verweigerung allerdings demnächst zurücknehmen wird, weil ich mich entschieden habe, an einer Infoverhütung der Bundeswehr teilzunehmen,

(Beifall Oliver Kumbartzky [FDP])

um auch die Verbundenheit mit der Bundeswehr zu dokumentieren.

(Beate Raudies [SPD]: Das kann man auch anders!)

- Das kann man auch anders, selbstverständlich.

(Thomas Hölck [SPD]: Das ist peinlich!)

- Das ist peinlich? Herr Kollege Hölck, das ist eine persönliche Entscheidung. Ich glaube, man sollte in einer Demokratie respektieren, dass man dazu unterschiedlich stehen kann. Ich habe ja auch Respekt vor Entscheidungen, wie Sozialdemokraten dazu stehen. Das als peinlich abzutun, Herr Kollege Hölck, das ist wirklich daneben.

(Beifall FDP, Tim Brockmann [CDU] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Berliner SPD hatte nach ihrem Beschluss schnell mit Gegenwind zu kämpfen, der auch aus den eignen Reihen kommt. Das stimmt mich hoff-

nungsfroh, dass es auch in der SPD bei diesem Thema noch Realismus und Pragmatismus zu geben scheint. Die Wortmeldungen aus der Nord-SPD fand ich zum Teil irritierend, aber Herr Dr. Dolgner hat ja heute sehr deutlich gemacht, dass Herr von Pein nicht für die SPD spricht. Insofern kann man das, so glaube ich, an der Stelle auch abhaken.

Aber der Beschluss der Berliner SPD besagte ja, dass Jugendoffiziere nicht an Schulen werben dürfen sollten. Ich glaube, hätte man sich mehr mit dem Thema auseinandergesetzt, hätte man sich den ganzen Ärger sparen können, weil man festgestellt hätte, dass sie überhaupt nicht werben, sondern Aufklärung im Sinne des Beutelsbacher Konsenses betreiben. Dazu gehören weder einseitige Darstellungen noch kriegsverherrlichende Anekdoten oder wie auch immer geartete Anwerbeversuche. Insofern hätte man sich das sparen können, wenn man sich mit dem Thema vernünftig auseinandergesetzt hätte.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] und Oliver Kumbartzky [FDP])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Christopher Vogt [FDP]:

Selbstverständlich.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Vogt, ich weiß nicht, ob Sie in der Zeit, als Sie Kriegsdienstverweigerer waren, die Mehrheitsmeinung der FDP zu dem Zeitpunkt vertreten haben. Das ist bei dem Thema auch relativ egal. Ich habe gesagt, dass Herr von Pein nicht die Mehrheitsmeinung der SPD-Landtagsfraktion vertritt. Natürlich gibt es in der SPD Pazifisten. Natürlich gibt es auch in der FDP Pazifisten, zu denen Sie bisher gehört haben. Ich finde es ehrlich gesagt wirklich langsam ein bisschen komisch, dass man versucht, da jetzt noch Dinge bei einer Frage auseinanderzuidividieren, die im Parlament - das habe ich vorhin noch gesagt - absichtlich freigegeben worden ist. Oder meinen Sie, es gibt gut oder schlecht in dieser Frage, was man denunzieren müsste? Oder weshalb führen Sie das die ganze Zeit jetzt an? Dass es die Kollegen von der AfD tun, das erklärt sich von selbst.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Erklären Sie das mal! - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

(Christopher Vogt)

- Herr Kollege Dr. Dolgner, ich habe ja ausdrücklich gesagt, dass man zu unterschiedlichen Bewertungen kommen kann und dass Sie deutlich gemacht haben, was die Haltung der SPD ist. Insofern verstehe ich Ihren Punkt nicht ganz. Ich habe deutlich gesagt, das ist eine persönliche Entscheidung. Und Sie haben deutlich gemacht, wofür die SPD steht. Das finde ich auch völlig in Ordnung. Ich verstehe jetzt Ihren Punkt nicht so ganz.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das tut mir sehr leid!)

- Ja, Herr Dr. Dolgner, mir tut das auch sehr leid.

Nun will ich ausdrücklich sagen - Herr Dr. Dolgner, hören Sie mir gern zu, vielleicht verstehen Sie mich dann mehr als vorher -: Nun muss nicht jeder Sozialdemokrat ein ausdrücklicher Fan von Helmut Schmidt sein. Ich als Liberaler bin es - das geht auch. Aber ich halte den teilweise doch sehr undifferenzierten und realitätsfernen Blick von einigen auf unsere Armee und die Rolle der Armee in unserer Gesellschaft für problematisch, denn es geht schlicht und ergreifend darum, dass die Menschen in Uniform, die für unseren Frieden eintreten und unsere Werte verteidigen, entsprechend das Gefühl haben müssen, dass wir als Demokraten hinter ihnen stehen, je nachdem, wie man persönlich solche Fragen bewertet.

(Beifall FDP, AfD, Tim Brockmann [CDU], Peter Lehnert [CDU], Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Es wurde schon gesagt, dass man nicht vergessen darf, dass es die Abgeordneten im Parlament sind, die über friedenserhaltene und humanitäre Auslandseinsätze der Bundeswehr entscheiden. Auch die NATO-Mitgliedschaft war und ist eine rein politische Entscheidung, die erst durch die Bundeswehr ihre praktische Umsetzung erfährt. Sich dann hinzustellen und den notwendigen Rückhalt zu verweigern, indem man Sachen suggeriert, die nicht den Tatsachen entsprechen, halte ich für schwierig.

(Beifall FDP)

Ich sage es ganz deutlich: Wir Freie Demokraten bekennen uns eindeutig zu unserer Bundeswehr und zu den Soldatinnen und Soldaten. Ich hoffe auch, dass die Bundeswehrangehörigen in den nächsten Jahren wieder die Ausstattung und Ausrüstung bekommen, die sie für ihren Einsatz brauchen und die sie für ihren Schutz in den Einsätzen verdienen.

(Beifall FDP, AfD, vereinzelt SPD und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Die derzeitige Ausrüstung macht unsere Bundeswehr immer wieder - auch international - zur Lachnummer. Ich halte es mittlerweile für gefährlich und nicht mehr lustig, was dort teilweise passiert, denn die Bundeswehr ist kein Hobby des Bundestages, sondern ein wichtiger Garant dafür, dass wir in Frieden leben können. Donald Trump macht uns allen doch sehr deutlich, dass wir uns nicht bis in alle Ewigkeit auf unsere amerikanischen Freunde verlassen können, was die Verteidigung unseres Landes angeht. Ich wünsche mir da auch mehr europäische Zusammenarbeit, auch bei Rüstungsprojekten. Es hat übrigens - anders als manchmal kolportiert wird - auch nichts mit Aufrüstung zu tun, wenn man die Bundeswehr vernünftigt ausstattet.

Ich sage auch deutlich in Richtung des Kollegen von der Heide und der CDU, die seit vielen Jahren zuständig für die Bundeswehr und die Ausrüstung der Bundeswehr ist: Wenn man, wie die CDU es immer wieder betont, so klar hinter der Bundeswehr steht, dann sollte man auch dafür sorgen, dass die Bundeswehr eine vernünftige Ausrüstung bekommt.

(Tobias Koch [CDU]: Machen wir!)

- Sehr gut! - Ich würde mir da mehr Appelle an Frau von der Leyen erwarten.

(Beifall FDP, AfD und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos] - Martin Habersaat [SPD]: Es scheitert nicht am Geld! Es scheitert an der Kompetenz der Leitung des Hauses!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie mich fragen, gehören die Jugendoffiziere der Bundeswehr als wichtiger Teil der politischen Bildung an unsere Schulen. Das geschieht logischerweise natürlich freiwillig. Wie könnte es anders sein? Aber sie vermitteln bei den Diskussionen bei den Schülerinnen und Schülern Inhalte aus einer Perspektive, die sonst keiner bieten kann. Deswegen ist es gut, dass Menschen aus der Bundeswehr, Jugendoffiziere, die hervorragend ausgebildet sind, in die Schulen gehen. Ich finde übrigens auch, an unseren Schulen sollte insgesamt mehr Diskurs stattfinden. Auch Menschen aus der Wirtschaft, Menschen aus Friedensorganisationen und Menschen aus den Parteien sollten mehr in die Schulen gehen und sich mit den Schülern auseinandersetzen. Das ist doch wichtig in einer Demokratie, dass wir Diskursfähigkeit haben.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Wenn eines in diesen bewegten Zeiten falsch ist, dann ist es doch Diskursverweigerung und Diskursvermeidung. Ich bin ausdrücklich dafür, dass AfD-Leute bei den Diskussionen in die Schulen eingeladen werden, denn bei den Diskussionen, bei denen ich und AfDler dabei waren, hat das immer dazu geführt, dass die AfD bei der Zustimmung unter den Schülern deutlich abgesunken ist, weil die Schüler gesehen haben, was das für Leute sind. Insofern: Mehr Diskurs, mehr Offenheit, mehr Austausch, das ist doch das Richtige in diesen Zeiten und für unsere Demokratie. Ich freue mich über unseren Antrag. Kollege Petersdotter hat ihn gemeinsam mit mir in interessanten Diskussionen besprochen. Ich freue mich über diesen Antrag, und ich freue mich auch, dass die Sozialdemokraten zustimmen. Ich glaube, da haben wir ein gutes Signal von dieser heutigen Debatte. - Vielen Dank!

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrte Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich weiß immer noch nicht genau, was tatsächlich der Grund für den Antrag der AfD ist, ob es die Debatte innerhalb der SPD-Fraktion war, in der es hauptsächlich um den Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen ging, oder ob es - wie in der Pressemitteilung behauptet - die Reaktionen von CDU und FDP im Landtag auf Äußerungen der grünen Ratsfraktion zu NATO-Manövern in der Kieler Förde waren. So oder so, eines wurde in der Debatte gerade wieder deutlich: Es geht der AfD nicht um einen ernsten Umgang mit diesen Themen.

(Beifall SSW, Dr. Kai Dolgner [SPD] und Thomas Hölck [SPD] - Zuruf Dr. Frank Brodehl [AfD])

Es geht ihr, wie aus dem süffisanten letzten Satz der Pressemitteilung klar wird, einzig darum, irgendjemanden vorführen zu wollen. Dieses Mal traf es nun also CDU, FDP und SPD.

Zu den Anträgen. Was machen eigentlich Jugendoffiziere bei der Bundeswehr? Jugendoffiziere sind

Referentinnen und Referenten zu Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Sie diskutieren als Repräsentanten der Bundeswehr auch mit Schülerinnen und Schülern über die NATO, die Vereinten Nationen oder die OSZE. Teilweise führen sie in den Klassen kontroverse Diskussionen darüber, was überhaupt die Aufgabe der Bundeswehr ist, darüber, was sie als Parlamentsarmee von anderen Armeen unterscheidet, oder auch darüber, welche Folgen die Aussetzung der Wehrpflicht seit 2011 hat, die unsere Parlamentsarmee auch zu einer Freiwilligenarmee werden ließ.

Nicht Aufgabe von Jugendoffizieren an Schulen ist es, Schülerinnen und Schüler für die Bundeswehr zu rekrutieren. Werbemaßnahmen sind gemäß § 29 Absatz 2 Schulgesetz Schleswig-Holstein unzulässig. Außerdem ist die Werbung für Militäreinsätze an Schulen ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

(Jörg Nobis [AfD]: Das hat niemand beantragt!)

Trotzdem fordert die AfD das Bildungsministerium auf, eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr einzugehen, die auf die Berufswahl der Schülerinnen und Schüler Einfluss nimmt. Dabei geht schon aus einer der Beantwortungen der Kleinen Anfragen des Kollegen von Pein hervor, dass das Ministerium hier gegenwärtig schon im Prüfverfahren ist, das allerdings - das klingt viel vernünftiger - aus Gründen der Rechtssicherheit der Schulen und zur Verstärkung der sicherheitspolitischen Bildung. Auch weiterhin muss zwischen Informationen über die Arbeit der Bundeswehr und Werbung zur Berufswahl deutlich unterschieden werden.

Tatsächlich ist es mir sogar lieb - wenn ich das einmal so sagen darf -, wenn Jugendoffiziere an die Schulen kommen und dort realistisch berichten können, was ein Leben als Berufssoldatin oder Berufssoldat bedeutet und dass das herzlich wenig mit der Kampagne der Bundeswehr zu tun hat, die ich manchmal an Bushaltestellen sehe. „Gas, Wasser, Schießen“, stand neulich auf Plakaten. Im April fragte eine große Anzeige der Bundeswehr beim drohenden Stellenabbau bei dem Autowerk Ford: „Job ford?“. Monate zuvor präsentierte sich die Bundeswehr auf einer Videospielemesse mit Plakaten, die bewaffnete Soldaten in Computerspieloptik zeigten.

Jugendoffiziere können vermitteln, welche Gefahren Auslandseinsätze mit sich bringen können, welche persönlichen Einschränkungen gefordert wer-

(Jette Waldinger-Thiering)

den und was das für die Familien der Soldatinnen und Soldaten bedeutet.

Mitnichten finden wir es beim SSW angemessen, wie es die AfD für sich proklamiert, uneingeschränkt und zu jeder Zeit unkritisch hinter der Bundeswehr zu stehen und ein bedingungsloses Hochleben-Lassen zu suggerieren. Es ist mehr als offensichtlich, dass die AfD das auch nur macht, um die Bundeswehr für ihre politische Skandalisierungskultur zu vereinnahmen. Wir beim SSW sagen - wie es übrigens auch innerhalb der Bundeswehr gepflegt wird -, dass wir einen selbstkritischen Umgang mit unserer Armee brauchen. Es ist wichtig, aufmerksam zu sein, zu hinterfragen und auch Kritik zuzulassen.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Um die Bundeswehr weiterhin in der Mitte der Gesellschaft zu halten, ist der Dialog zwischen Bürgern, Politikern und Soldaten wichtig. Es geht darum, Vertrauen aufzubauen. Allein schon deswegen hat sich die bisherige Debatte absolut gelohnt und war richtig.

(Beifall AfD)

Jamaika spricht selbst davon, die Verantwortung der Bundeswehr in der Gesellschaft immer wieder zu erneuern und aufrechtzuerhalten. Ich frage Sie: Wenn nicht in Schule, wo soll es denn beginnen? Wenn wir ein Ja zu der Frage haben - das habe ich schon herausgehört -: „Bundeswehr in Schule, ja oder nein?“, wenn wir sagen: „Das ist an sich eine gute Sache“, dann darf das nicht nur für einzelne Schulen gelten. Es geht mir heute darum, dass wir das nicht dem Zufall überlassen.

Frau Waldinger-Thiering, Sie haben gefragt: Woher kommt der Antrag? - Vielleicht habe ich Bekannte bei der Bundeswehr. Vielleicht habe ich sogar Bekannte bei den Jugendoffizieren. Ich bin seit Langem im Gespräch. Das war, glaube ich, etwa im April 2019, als ich darüber nachgedacht habe. Es gibt einen akuten Handlungsbedarf.

Ich muss noch kurz auf Frau Strehlau eingehen. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn Sie meine Worte so verdrehen, als hätte ich beantragt, dass die Bun-

deswehr Werbung machen sollte. Sie haben mir sicherlich zugehört. Genau das habe ich ausgeschlossen. Dafür gibt es die Karriereberatung. Die Bundeswehroffiziere sind so autonom, dass sie, wenn so eine Frage kommt, direkt sagen: Gehen Sie zur Karriereberatung. - Es geht eben nicht um Werbung für den Berufsstand. Das können Sie vielleicht noch richtigstellen.

Sie halten mir wiederholt vor, ich durchschaue nicht den Beutelsbacher Konsens. Ich bitte Sie! Wenn Schule beispielsweise einen Geistlichen einer Konfession einlädt, dann ist es neutral, wenn auch jemand anders zu Wort kommt. Wir haben es hier mit der Bundeswehr zu tun. Das ist nicht ein x-beliebiger Player. Die Jugendoffiziere leben den Beutelsbacher Konsens. Da brauche ich nicht sagen: Gleichzeitig muss noch jemand anders kommen. - Das geht nicht.

Ich möchte vor der Sommerpause versöhnlich enden. Obwohl ich mit meiner Meinung hier nicht zurückgehalten habe, habe ich unseren Antrag, im Ausschuss über ein Kooperationsabkommen zu sprechen, bewusst offengehalten. Das klang eben auch schon an. Man kann das wie im Baden-Württemberg gestalten oder anders. Gerade deswegen ist es wichtig, dass wir im Bildungsausschuss darüber sprechen. So sehr mich die Lippenbekenntnisse aus Jamaika im ersten Moment geärgert haben - ich weiß schon, warum es so gekommen ist; man muss kein Prophet sein: gleich wird unser Antrag abgelehnt -, werde ich entgegen meiner eigentlichen Planung der Überweisung des Jamaika-Antrags zustimmen, damit wir das Gespräch über die Rolle der Bundeswehr in Schulen aufrechterhalten können. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Sache gibt es in Schleswig-Holstein bei diesem Thema überhaupt kein Problem. Es gibt eine Regelung aus der Zeit von Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave, die vorsieht, dass Jugendoffiziere der Bundeswehr, auch Vertreterinnen und Vertreter von Friedensinitiativen, in Schulen diskutieren dürfen, dass aber kein Recruiting und keine Werbung stattfindet. Das halte ich für sehr vernünftig. Ich teile ausdrücklich die Haltung des Kollegen Vogt, dass

(Dr. Ralf Stegner)

wir Diskussionen in Schulen brauchen und Schüler-innen und Schüler mündig genug sind, über solche Dinge zu reden, und sie gar nicht solcher Propaganda verfielen, wenn es sie denn gäbe.

Dass ausgerechnet ein Antrag von Rechtsradikalen hier im Landtag

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Ich bitte Sie!)

dazu führt, dass ein Vertreter der Union die SPD so attackiert, halte ich - das muss ich Ihnen ehrlich sagen - in keiner Weise für akzeptabel.

(Beifall SPD)

Die SPD ist eine Partei, die die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und das Thema Frieden immer zu ihren Grundwerten gezählt hat: Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.

Es gibt einen großen Teil von Pazifisten in unserer Partei. Pazifisten dürfen in Parlamenten Anfragen stellen, dürfen ihre Meinung vertreten. Ich bin ausdrücklich dafür, dass sie das dürfen. Es gibt gute Gründe, Pazifist zu sein. Ich bin keiner. Ich weiß zum Beispiel, dass wir Deutsche die Demokratie der Tatsache verdanken, dass die alliierten Truppen Nazi-Deutschland militärisch besiegt haben. Ich bin dafür, dass die Vereinten Nationen das Organ sind, das darüber entscheidet, ob jemandem zur Hilfe gekommen wird. Ich bin dagegen, Kriege wegen Öl oder machtpolitischer Interessen Einzelner anzuzetteln. Ich habe da - wie andere in meiner Partei auch - eine kritische Position.

Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und wird vom Parlament unterstützt. Wenn wir Soldatinnen und Soldaten irgendwo hinschicken, müssen sich diese auf die Unterstützung des Parlaments verlassen können und politisch unterstützt werden. All das ist unstrittig.

Einer unserer Grundwerte heißt aber auch Freiheit. In einer solchen Weise eine Partei zu beschimpfen, die die Meinungsfreiheit auch schätzt - der Kollege von Pein vertritt nicht die Mehrheitsmeinung in der SPD, aber einen erheblichen Teil von Meinungen, die es auch in der SPD gibt -, das weise ich mit aller Schärfe zurück. Das geht nicht. Das ist nicht akzeptabel.

(Beifall SPD)

Da sollten Sie in der Union in sich gehen, ob es ausgerechnet bei einem Antrag von diesen Leuten angemessen ist, in dieser Form mit der SPD hier umzugehen. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Das ist es wirklich nicht.

Dass wir diesem Antrag zustimmen, hätte Ihnen nach den Initiativen, die der Kollege Dolgner gestartet hat, klar sein können.

Wir werden dem auch zustimmen, ungeachtet der Debatte, aber es bleibt ein schaler Nachgeschmack, wenn Sie nicht die Größe aufbringen zu sagen, dass das in dieser Form gegenüber der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht in Ordnung ist. Es knüpft eben auch an Klischees an, die wir aus den Reihen der Konservativen kennen, nämlich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen zu beschimpfen und einzuordnen. Das weise ich hier mit aller Vehemenz zurück.

(Anhaltender Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Karin Prien.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Jenseits der engagiert geführten Debatte darf ich mich zunächst dafür bedanken, dass wir alle hier heute die Gelegenheit haben, über die Rolle der Bundeswehr in der Schule zu sprechen. Ich finde, das ist auch eine gute Gelegenheit, noch einmal hervorzuheben, dass wir der Bundeswehr als Parlamentsarmee, die demokratisch legitimiert ist - aus gutem Grund, nämlich aus der historischen Erfahrung heraus -, dankbar dafür sind, dass sie ihren Dienst leistet.

Wir haben im Augenblick 3.100 Soldatinnen und Soldaten an verschiedenen Orten in der Welt im Auslandseinsatz. Davon kommen 400 aus Schleswig-Holstein. Sie dienen dort, weil die Abgeordneten des Deutschen Bundestages ihnen dafür ein Mandat erteilt haben, sie dienen dort für uns.

Ihr Einsatz ist von großem Wert für uns alle, denn die nationale und internationale Sicherheitslage - ich glaube, das kann man gerade an einem Tag wie heute besonders gut erkennen - ist deutlich komplexer geworden. Cyberwar, internationaler Terrorismus, Energiesicherheit und auch der Klimawandel - diese Themen haben durch die wachsende internationale Verflechtung einen unmittelbaren Einfluss auf unsere Sicherheitspolitik. Nicht umsonst betonen Politiker wie Angela Merkel, Barack Obama, NATO-Generalsekretär Stoltenberg oder Federica

(Ministerin Karin Prien)

Mogherini immer wieder den besonderen Wert einer multilateralen Weltordnung.

(Beifall Wolfgang Baasch [SPD], Dr. Kai Dolgner [SPD] und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich ist unsere Jugend, sind unsere Schülerinnen und Schüler, heute politisch aktiv und interessiert am Weltgeschehen. Das zeigt nicht zuletzt ihr Engagement in Sachen Klimawandel. Trotzdem fehlt es nicht nur bei jungen Menschen manches Mal an differenziertem Wissen über sicherheitspolitische Fragestellungen und ganz konkret über die Aufgaben und Ziele unserer Parlamentsarmee.

Während Polizisten, Ärzte und Feuerwehrleute uns auch im Alltag begegnen, kennen viele Jugendliche Soldatinnen und Soldaten heute maximal noch aus den Nachrichten. Das hat auch etwas - Frau Waldinger-Thiering - mit dem Ende der Wehrpflicht zu tun. Natürlich hat sich der Kontakt zwischen Bundeswehr und der zivilen Bevölkerung dadurch verändert. Auch die jungen Lehrkräfte, die jetzt an die Schulen kommen, mussten sich nicht mehr mit der Frage auseinandersetzen, ob sie den Wehrdienst verweigern oder in der Bundeswehr dienen wollen. Sie können den Schülerinnen und Schülern in der Regel nicht von ihren eigenen Erfahrungen berichten, und sie haben selbst nicht mehr die Diskussion darüber geführt, ob man zum Bund geht oder verweigert.

In Schleswig-Holstein gibt es enge Verbindungen zwischen dem Land und der Bundeswehr. In unserem Land sind knapp 15.000 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten stationiert. Viele leben hier mit ihren Familien. Sie sind engagiert in der Freiwilligen Feuerwehr, in der Kommunalpolitik oder auch im Sport. Damit sind sie ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft, deshalb sollten wir ihre Aufgaben und Einsätze kennen.

Meine Damen und Herren, in einer globalisierten und sich ständig wandelnden Welt, in der regionale Konflikte globale Auswirkungen haben, ist es richtig, dass wir uns als Staatsbürger mit der Bedeutung unserer Bundeswehr auseinandersetzen. Die Schulen sind der richtige Ort, um hierfür einen Grundstein zu legen. Dabei ist es Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer, das Thema Sicherheitspolitik in allen Facetten vorzustellen und eine breite Beteiligung auch zivilgesellschaftlicher Akteure sicherzustellen. Wenn wir wollen - ich denke, darin sind wir uns einig -, dass junge Menschen multiperspektivisch mit unterschiedlichen Bewertungen das Weltgeschehen kennenlernen, dann bieten Kontakte mit

Experten hierfür gute Anknüpfungspunkte. Daher gilt auch für die organisierte Friedensbewegung in Schleswig-Holstein: Bitte entwickeln Sie Konzepte, bieten Sie den Schulen Ihre Expertise an! Ich bin sicher, das wird dankbar angenommen werden.

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr unterstützen die Schulen im Sinne des Beutelsbacher Konsenses. Darauf ist bereits hingewiesen worden. Dafür bin ich ihnen ausdrücklich dankbar. Die Arbeit der Jugendoffiziere in Schleswig-Holstein ist gute und geliebte Praxis. Ich darf deshalb in Richtung AfD sagen: Wir brauchen da wirklich keine Nachhilfe - auch von Ihnen nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Angebote der Jugendoffiziere werden von den Schulen in Anspruch genommen. Das hat sich bewährt. Die Rechtsgrundlage - auch darüber ist bereits gesprochen worden - ist das Schulgesetz und ein Schreiben des Kultusministeriums, das die Einbeziehung außerschulischer Akteure regelt. Allerdings - das muss man sagen - enthält es wenig Konkretes.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Genau, eine Seite!)

Ihre spezifischen Bildungsangebote sind eine nachhaltige Ergänzung bei der schulischen Auseinandersetzung mit Fragen der Friedenssicherung und der Sicherheitspolitik. Dass es dabei nicht um Anwerbung geht, darauf lege ich Wert, darauf legen wir Wert. Aber ich kenne auch keinen Jugendoffizier, der das anders sehen würde. Hier mit Unterstellungen zu arbeiten, ist deshalb vollkommen unangemessen.

Ungeachtet dessen habe ich seit einigen Monaten intensive Gespräche mit der Bundeswehr aufgenommen, natürlich auch zu der Frage: Wie können wir den Einsatz von Jugendoffizieren in den Schulen weiterentwickeln? Ich stelle mir zum Beispiel die Frage: Warum haben wir eigentlich keine weiblichen Jugendoffiziere an unseren Schulen?

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Ja, genau!)

Das wäre etwas, was ich sehr begrüßen würde. Natürlich müssen wir auch die komplexe Wissensvermittlung über Sicherheitspolitik miteinander weiterentwickeln. Ich sehe da eine große Bereitschaft der Bundeswehr, das mit uns gemeinsam zu tun. Wir führen diese Gespräche in gutem Einvernehmen. Meine Damen und Herren, ich bin sicher, dass wir auch, um mögliche gefühlte Unsicherheiten aufseiten der Schulen reduzieren zu können, die Rahmen-

(Ministerin Karin Prien)

bedingungen des Einsatzes der Bundeswehr in unseren Schulen positiv weiterentwickeln können. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Die Ministerin hat die Redezeit um 1 Minute erweitert. - Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluss der Debatte

(Christopher Vogt [FDP]: Mal gucken!)

- ja, das werden wir dann sehen, also aus meiner Sicht: zum Abschluss der Debatte - doch noch einmal würdigen, dass vonseiten der SPD-Fraktion durch die Wortbeiträge des Kollegen Dr. Dolgner und Dr. Stegner die Mehrheitsmeinung der SPD-Fraktion hier heute deutlich dargestellt worden ist.

Ich möchte aber genauso deutlich auch sagen, dass es an den Ausführungen des Kollegen von der Heide an der Stelle nichts zurückzunehmen gibt. Die Tatsachendarstellung ist korrekt. Es gibt den äußerst zweifelhaften Beschluss der Berliner SPD. Mir ist keine gegenteilige Stellungnahme des SPD-Landesverbandes oder der SPD-Fraktion Schleswig-Holstein bekannt, die sich von diesem Berliner Beschluss distanziert hat.

(Martin Habersaat [SPD]: Dann distanzieren Sie sich von der CDU Sachsen-Anhalt! Was ist das denn für eine blöde Auffassung! - Serpil Midyatli [SPD]: Aus Sachsen-Anhalt gibt es ganz spannende Anträge für die Zukunft der CDU! Mal ein bisschen vorsichtig sein damit! - Weitere Zurufe SPD)

Die Kollegin Wagner-Bockey - das war der zweite Punkt: Einzelmeinung -

(Wolfgang Baasch [SPD]: Nicht Einzelmeinung!)

war sich in der Upskirting-Debatte nicht zu schade, die CDU-Fraktion als Ganzes aufgrund des Sharepics eines einzelnen Abgeordneten anzugreifen, obwohl das von der Bildsprache her überhaupt nicht zu beanstanden ist. Da wurde mit dem Sujet der Frauenfeindlichkeit der CDU-Fraktion gespielt.

(Martin Habersaat [SPD]: Nackte Beine ohne Kopfbedeckung!)

Insofern müssen Sie sich auch gefallen lassen, wenn wir Anfragen eines einzelnen Abgeordneten aus Ihrer Fraktion hier kritisch thematisieren.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU] und Kay Richert [FDP] - Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Dritter Punkt: Der Kollege von der Heide hat vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass die SPD-Fraktion alle Möglichkeiten der Welt gehabt hätte, einen eigenen Antrag zu dieser Debatte vorzubereiten und in ihm ihre Position darzustellen.

(Beifall Tobias von der Heide [CDU] - Wortmeldung Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ich würde meinen Beitrag gern zu Ende bringen, ich lasse aber die Zwischenfrage anschließend zu.

Zum versöhnlichen Abschluss der heutigen Debatte: Wenn es da Abstimmungsschwierigkeiten bezüglich der gemeinsamen Antragstellung gegeben hat, unterbreite ich Ihnen das Angebot und sage, es ist selbstverständlich möglich, dass die SPD-Fraktion auch heute noch spontan unserem Antrag beitrifft.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist unser Antrag!)

Wir können gern die Abstimmung über den Antrag im Laufe der heutigen Plenarsitzung nach hinten verschieben, damit Sie das formal korrekt auch noch schriftlich einreichen können. Ich würde mich freuen, wenn wir eine gemeinsame Position zu diesem Thema mit einem gemeinsamen Antrag formulieren könnten. Ich kann auch nicht erkennen, was an diesem Antrag für einen Pazifisten nicht zustimmungsfähig sein soll.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich würde mich deshalb über eine größtmögliche Zustimmung zu diesem Antrag freuen und lasse jetzt die Zwischenfrage gern zu.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege Koch, wir brauchen keinen gemeinsamen Antrag zu formulieren, denn wir werden dem Antrag zustimmen; das haben wir gesagt.

Wenn wir anfangen, das Spiel zu treiben, dass wir uns jetzt einzelne Vorgänge vorhalten - -

(Zuruf CDU: Das würden Sie nie tun!)

- Das könnte ich auch tun; ich wollte nicht über die Reise des Kollegen von Abercron-

(Tobias Koch)

den, unter welcher Führung die stand, oder andere Dinge mehr.

Das wird aber dem, worüber wir hier eigentlich reden, dass wir nämlich auf Basis eines Antrags von diesen Leuten da drüben über die Bundeswehr, über Pazifismus und wichtige Fragen sprechen, nicht gerecht.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich bin jetzt schon ein paar Jahre lang Fraktionsvorsitzender. Dazu, finde ich jedenfalls, gehört am Ende auch die Größe einzuräumen, wenn etwas nicht in Ordnung ist, Herr Kollege.

(Zuruf Tobias von der Heide [CDU])

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie diese Größe haben. Das habe ich leider aus Ihrem Beitrag nicht erkannt, was ich außerordentlich schade finde, denn die demokratischen Parteien in diesem Hause verbindet viel mehr, als sie trennt - allemal gegenüber diesen Leuten, die da drüben sitzen.

(Beifall SPD, SSW und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich glaube, es macht schon einen Unterschied, ob wir hier einen gemeinsamen Antrag einbringen. Wenn es versäumt worden ist, im Vorfeld den Kontakt aufzunehmen, wiederhole ich gerne das Angebot, das auch heute noch zu heilen. Die SPD-Fraktion ist aufgerufen, Mit Antragstellerin zu werden. Das wäre ein stärkeres Bekenntnis, als nur zuzustimmen. Wir würden alles dafür tun, damit das heute möglich wird. Wir würden auch von der Zeitplanung her

(Zurufe SPD)

darauf Rücksicht nehmen. Das Angebot unterbreite ich an dieser Stelle ein zweites Mal. Ich denke, das wäre der versöhnliche Abschluss und eine gemeinsame Linie, die in dem Sinne, den Sie gerade betont haben, angemessen wäre. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werter Kollege Koch, ich sage einmal: Da haben Sie aber eine Chance vertan, noch ein paar Sachen glattzuziehen; ganz ehrlich.

Ich kann noch ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern: Bevor die Debatte begonnen hat, habe ich allen drei sprechenden Kollegen mitgeteilt, dass wir zustimmen würden. Ich war zunächst davon ausgegangen, das hätte Kollege Brockmann mitgeteilt. Kollege von der Heide hat trotzdem diese Rede gehalten, obwohl ich unsere Zustimmung signalisiert hatte.

Wir hatten vorher Kontakt. Wir waren zusammen beim Empfang der Bundeswehrangehörigen und so weiter. Sie wissen alle ganz genau, wie die Sache ist; deshalb habe ich überhaupt keine Lust auf diese Gretchenfragen, Jungfernpöbel und was Sie alles noch haben wollen.

Wenn wir einen gemeinsamen Antrag stellen, würde ich den mitformulieren wollen. Wollen wir das heute noch? Ich habe meine Fraktion überzeugt, obwohl wir nicht dabei waren, und obwohl Sie in der Koalition um jeden Satz gerungen haben.

(Tobias von der Heide [CDU]: Natürlich!)

Jetzt sollen wir einfach mit draufgehen, um das Bild, das Ihr Redner erzeugt hat, wieder zu glätten? Es wäre ganz einfach gewesen, wenn Sie oder Herr von der Heide einfach gesagt hätten: Das war eine falsche Einschätzung der Lage.

Ich habe auch klargemacht, dass Jugendoffiziere sogar die ganze Zeit mit der Friedensbewegung zusammenarbeiten. Das ist der Punkt, der von der gesamten Kritik auch von schleswig-holsteinischen Politikern noch übrig geblieben war. Darum geht es hier, denn wir sind schließlich im Landtag von Schleswig-Holstein und nicht auf einem SPD-Parteitag in Berlin oder auf einem CSU-Parteitag in Bayern. Ich wäre dafür, dass wir das unterscheiden, wenn wir zusammenkommen.

Alle Kolleginnen und Kollegen Ihrer Koalition, die mich kennen, wissen, dass ich für so etwas ansprechbar bin. Ich versuche, gerade bei solchen Themen, die wirklich Gewissensfragen sind, zwischen den demokratischen Parteien einen Konsens herzustellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Jan Marcus Rossa [FDP])

In diesem Sinne hätte ich mir wirklich gewünscht, dass man vielleicht ein oder zwei Worte der Glättung sagt, und dann wäre es gut gewesen. Dann hätten wir gemeinsam abgestimmt und ein gemeinsames Zeichen gesetzt. Das wäre es dann auch gewesen.

(Dr. Kai Dolgner)

Die ganzen formalen Geschichten versteht da draußen keiner. Sie versuchen, ein Bild von einem politischen Konkurrenten an einer Stelle zu zeichnen, an dem es zum einen nicht richtig ist und zum anderen in der Darstellung schlicht und ergreifend unfair.

Die Redaktion der „Kieler Nachrichten“ hat, nachdem sie meine Zitate meiner Meinung nach nicht ganz richtig eingeordnet hat, die Größe besessen, mir in einem Interview die Möglichkeit der Richtigstellung meiner eigenen Position zu geben. Es war natürlich komplett absurd - während die Junge Union das fröhlich weiter verbreitet hat -, dass jemand, der Reservist ist, gegen die Bundeswehr ist. Selbst Sozialdemokraten sind nicht so dialektisch aufgestellt, dass sie das ernsthaft machen. Ein Kriegsdienstverweigerer redet hier pro Bundeswehr. So ist das nun einmal in solchen Debatten.

Nehmen wir uns doch einmal gegenseitig die Ehrlichkeit ab und zeigen Respekt voreinander, statt irgendwelche kleinlichen Spielchen zu treiben, zumindest nicht an der Stelle. Das können wir uns bei Ihren Steckenpferden wie Steuergesetzgebung und so weiter gerne erlauben, aber ich finde, bei dem Thema nicht und auch nicht bei dem Ursprungsantragssteller. Das ist meine ganz persönliche Auffassung.

(Beifall SPD, SSW und Marlies Fritzen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Tobias von der Heide.

Tobias von der Heide [CDU]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Erst einmal möchte ich festhalten, dass ich den Welpenschutz für die Jungferrede in jedem Fall nicht bekommen habe.

(Heiterkeit CDU)

Ich will aber zu der einen oder anderen Anmerkung, die gemacht worden ist, etwas sagen. Mit einer bestimmten Fraktion habe ich mich in dieser Debatte überhaupt nicht befasst.

(Zuruf SPD)

- Gut, aber ich finde es nicht verwerflich, dass wir, wenn ein solches Thema auf der Tagesordnung steht - unabhängig davon, wer es beantragt -, auch darüber sprechen.

(Beate Raudies [SPD]: Es wird nicht besser!)

- Können Sie mir zuhören?

Mir ist sehr, sehr wichtig gewesen, weil es mich mit Sorge erfüllt, bestimmte Meinungen, die es in Ihrer Partei gibt, hier auch zu akzentuieren und dazu aufzurufen, das man sich bei diesem Thema sehr klar bestimmt.

(Zuruf SPD)

- Weiß ich nicht. Ich habe dargestellt, wie es in Berlin ist. Ich habe die Anfragen, die es vorher gab - -

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich freue mich schon auf die Anträge der CDU aus Sachsen-Anhalt!)

- Wenn Sie wollen, dass ich etwas dazu sage, müssen Sie mir zuhören.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich stelle ja nur fest!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dolgner?

Tobias von der Heide [CDU]:

Gerne.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Erstens. Warum müssen Sie solche Meinungen akzentuieren? Pazifismus ist im Grundgesetz eindeutig als legitim vorgesehen.

Zweitens. Warum akzentuieren Sie das dann bei der SPD? Ich würde sagen, die Partei mit der längsten pazifistischen Tradition sind die Kollegen und Kolleginnen von den Grünen.

Daran kann man übrigens durchaus erkennen, dass Sie hier mit Ihrer Rede einen politischen Punktsieg machen wollten. Sie machen es an dieser Stelle auch nicht besser. Sie könnten genauso Herrn Petersdotter zum Beispiel fragen und sagen: Oh, ich habe Sorgen. Bei den Grünen gibt es völlig überraschend bundeswehrkritische Meinungen. Das wusste ich ja gar nicht, als ich dem Koalitionsvertrag zugestimmt habe.

- Es gab Anlass, insbesondere in Ihrer Partei genauer hinzugucken, auch hier in Schleswig-Holstein.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie sind doch nicht der Verfassungsschutz! - Zuruf SPD: Sie sind Parteipolitiker!)

Ich habe versucht, das mit meiner Rede deutlich zu machen. Ich freue mich, dass Sie anscheinend um-

(Tobias von der Heide)

fassend eine andere Meinung haben; das hat diese Debatte auch gezeigt.

Ich stelle aber auch fest, dass Sie selbst keinen eigenen Antrag zu diesem Thema formuliert und hier zur Abstimmung gestellt haben. Ich finde es gut, dass Sie am Ende unserem Antrag zustimmen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Sie machen es uns nicht leichter!)

Viele andere Themen sind ja auch genannt worden. Ich will zu den Friedensaktivisten sagen: Der Punkt ist doch nicht, dass man nicht auch mit Friedensaktivisten diskutieren soll. Der Punkt ist, dass auch aus Ihrer Fraktion heraus gesagt wird, dass es immer eine Debatte sein muss, dass die Bundeswehr dort steht und Friedensaktivisten auf der anderen Seite. Das ist der Punkt, den ich kritisiert habe.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Das ist der Punkt!)

Die Bundeswehr entscheidet aber nicht über Einsätze, sondern das tut der Deutsche Bundestag. Deswegen ist der Gegensatz an dieser Stelle falsch. Man wird der Institution Bundeswehr an diesem Punkt nicht gerecht.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Stegner?

Tobias von der Heide [CDU]:

Ja, auch das gestatte ich.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Lieber Herr Kollege, ich will auch Ihnen - was ich auch schon Kollegen Koch gesagt habe - Gelegenheit geben, sich hier hinzustellen und einfach zu sagen: Da war auch mal etwas nicht in Ordnung. - Das würde Größe zeigen.

Wir stimmen dem Antrag zu - trotz Ihrer Ausführungen, nicht wegen Ihrer Ausführungen; das will ich ausdrücklich sagen. Wir machen das, weil wir es in der Sache tun.

Ich habe schon ein paar Mal von Ihren Fraktionskollegen gehört: Warum stellt ihr eigentlich einen eigenen Antrag? Ihr könnt doch auch unserem Antrag zustimmen. - Heute tun wir das, und jetzt wird uns das vorgehalten, obwohl Sie es uns wirklich nicht leicht machen, dem Antrag zuzustimmen. Wir tun das

aber trotzdem, weil wir in der Sache der Meinung sind.

Ich sage aber trotzdem: Die Art und Weise, wie Sie bei einem Antrag der AfD mit der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Hause umgehen, ist nicht in Ordnung. Wenn Sie das selbst nicht sehen, tut mir das wirklich leid. Sie hätten noch bis zum Ende Ihrer Redezeit Gelegenheit, mindestens diesen Punkt einzuräumen - nicht mehr und nicht weniger. Das würde Größe zeigen - für Jungfernreden oder auch für andere, Herr Kollege.

- Ich finde schon, dass wir solche Debatten unabhängig davon, wer Antragsteller ist, führen können.

(Beifall AfD)

Wir haben uns sehr intensiv zu diesem Thema ausgetauscht. Ich finde es sehr gut, dass Sie hier noch einmal deutlich machen, dass Sie am Ende unserer Meinung sind.

Ich bin immer dialogbereit. Ich stehe ja auch hier und will Ihre Fragen beziehungsweise Ihre Bemerkungen entsprechend beantworten. In diesem Sinne wünsche ich mir auch das Miteinander.

Was mein Manuskript angeht, können wir es uns auch gerne noch einmal zusammen angucken. Ich bin gerne bereit, an den Punkten, von denen Sie sagen, dass das nicht angemessen gewesen ist, das einzuräumen. Ich habe es bis jetzt noch nicht erkannt. Nichtsdestotrotz freue ich mich, dass wir zumindest in dieser Sache eine Position finden, wenn Sie dem Antrag zustimmen. - Danke sehr.

(Beifall CDU, FDP und AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe den Kriegsdienst verweigert, und ich würde das heute wieder tun.

(Beifall Tobias von Pein [SPD])

Herr Kollege von der Heide, ich finde solche Sätze wie: „Ihre Partei ist die, wo man genauer hingucken muss“, bei dieser Debatte und bei diesem Antragsteller völlig daneben.

(Beifall SPD)

(Martin Habersaat)

Ich kann Ihrem Antrag trotzdem zustimmen, obwohl ich jetzt gerne bei einigem, was Sie vorschlagen, aus Prinzip im Moment mal gar nicht zustimmen wollte. Als letzter Satz steht aber drin:

„Für die kritische Auseinandersetzung mit sicherheits- und friedenspolitischen Fragen im Sinne des Beutelsbacher Konsenses im Schulunterricht sind Jugendoffiziere als Repräsentanten der Bundeswehr und zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure ein wichtiger Teil der politischen Bildung.“

Wunderbar.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD]: Deckt unsere Position!)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Weitere Wortmeldungen liegen jetzt nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 19/1416 sowie den Alternativantrag Drucksache 19/1542 an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Ich lasse zunächst abstimmen über den Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 19/1416. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und SSW gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Abgeordneten Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Ich lasse nun abstimmen über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1542. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Brandschutzgesetzes - Einführung einer zusätzlichen Altersversorgung für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1533

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne somit die Grundsatzberatung und erteile das Wort für die SPD-Fraktion der Abgeordneten Beate Raudies.

Beate Raudies [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Freiwilligen Feuerwehren leisten einen unbezahlbaren Dienst für die Allgemeinheit und sind zentraler Bestandteil einer gut funktionierenden Gefahrenabwehr in den Städten und Gemeinden im Land.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt FDP und SSW)

Freiwillige Feuerwehr bedeutet Engagement und persönlichen Einsatz zum Schutz von Leib und Leben sowie Hab und Gut von Bürgerinnen und Bürgern.

Dennoch spüren wir auch hier den gesellschaftlichen Wandel. Die demografische Entwicklung, wachsender Egoismus, vielfältige Lebensweisen und sich verändernde Wertvorstellungen wirken sich auch auf das Engagement in der Freiwilligen Feuerwehr aus. Deshalb ist es wichtig, dass auch die nötige Unterstützung für das Ehrenamt nicht zu kurz kommt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Hegen und pflegen wir also unsere Wehren. Sie sind wichtig für unsere Städte und Gemeinden.

Meine Damen und Herren, wer sich aber freiwillig und unentgeltlich für die Gesellschaft einsetzt, möchte dafür auch eine Anerkennung erhalten. In Schleswig-Holstein hat sich hier in den vergangenen Jahren einiges getan. Lassen Sie mich drei Beispiele nennen.

Der neue Feuerwehrdienstausweis dient gleichzeitig als Ehrenamtskarte und ermöglicht so den Zugang zu attraktiven Vergünstigungen. Allerdings fehlen im ganzen Land noch Bonuspartner. Ich würde mich freuen, wenn die Entscheidungsträger in Städten und Gemeinden, in unseren Unternehmen prüfen würden, ob und wie sie sich hier beteiligen können.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Davon würden nicht nur unsere Feuerwehrleute profitieren, sondern alle Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler im Land.

(Beifall SPD)

(Beate Raudies)

Zweitens. Seit dem 1. Januar 2015 eröffnet das Brandschutzgesetz den Gemeinden die Möglichkeit, die Feuerwehrunfallkasse mit der Entschädigung von nicht unfallbedingten Gesundheitsschäden im Feuerwehrdienst zu beauftragen - eine wichtige Regelungslücke.

Und drittens. Nach Brandenburg und Niedersachsen hat nun auch Schleswig-Holstein die Versorgungslücke beim Versicherungsschutz für die Hinterbliebenen von nicht verheirateten Feuerwehrleuten geschlossen, die im Feuerwehreinsatz ums Leben gekommen sind.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] - Zuruf CDU: Sehr gut!)

- Sehr gut, genau. - Ich musste Ihnen, Herr Minister, ein bisschen über die Hürde helfen. Das habe ich gerne getan. Gut, dass diese Gerechtigkeitslücke so schnell geschlossen werden konnte. Denn das sind wir den Feuerwehrleuten schuldig.

(Beifall SPD, vereinzelt FDP und SSW)

Meine Damen und Herren, nun ist es nach unserer Auffassung an der Zeit, darüber nachzudenken, ob und in welchem Umfang sich die Tätigkeit bei der Freiwilligen Feuerwehr auch für die Altersversorgung auszahlen kann. Thüringen und Sachsen-Anhalt haben jeweils seit etwa zehn Jahren unterschiedliche Modelle einer Feuerwehrente. Mit unserem Gesetzentwurf machen wir heute einen Vorschlag für Schleswig-Holstein.

Wir haben uns für ein Gesetz entschieden, weil wir möchten, dass die Feuerwehren im ganzen Land von der Regelung profitieren. Da der Brandschutz originäre Aufgabe der Kommunen ist, möchten wir das Land und die Kommunen in die Pflicht nehmen.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns in diesem Punkt einig sind, sollte es doch nicht schwer sein, eine Lösung zu finden. Die sollte vor allem nicht am Geld scheitern.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das Land Thüringen veranschlagt im Haushalt 2019 für den Landesanteil 2,5 Millionen € bei rund 35.000 Aktiven. Wenn ich richtig rechne, wären wir bei Übertragung einer mit Thüringen vergleichbaren Regelung auf unsere rund 50.000 aktiven Brandschützerinnen und Brandschützer dann bei einem Landesanteil von rund 3,6 Millionen €. Der gleiche Anteil entfiel auf die Kommunen. Aber dieser Betrag steht in keinem Verhältnis zu den

Kosten, die Städte und Gemeinden für eine Berufsfeuerwehr aufwenden müssten.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, gestern haben wir gemeinsam den Nachtragshaushalt verabschiedet, neue wichtige Projekte finanziert, für die Geld da war. Ich glaube, auch für eine Feuerwehrente ist Geld da, wenn wir sie denn gemeinsam wollen.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Überweisung in den Innen- und Rechtsausschuss. Im Verfahren dort können wir dann auch darüber sprechen, ob die Feuerwehren innerhalb des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein ein Alleinstellungsmerkmal haben, das die Einführung einer Feuerwehrente oder anderer Vergünstigungen rechtfertigt und sie so gegenüber anderen Trägern des Katastrophenschutzes bevorzugen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Sie jetzt vielleicht nicht alle dieser Debatte mit Aufmerksamkeit gefolgt sind - nach der vorigen Debatte kann ich das auch gut nachvollziehen -: Feuerwehrleute verdienen unsere Solidarität und unseren Respekt. Sie haben einen harten Job. Den machen sie freiwillig - die meisten von ihnen -, und den machen sie verdammt gut. Sorgen wir dafür, dass sie dafür auch eine angemessene Wertschätzung erhalten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Hans Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Dienst der Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land ist unverzichtbar. Die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren machen ihren Dienst ehrenamtlich und freiwillig. Entschädigungen bekommen oft nur Wehrführung oder Gerätewart. Der Bedarf an Finanzmitteln für die Feuerwehren im Lande ist sehr groß - das wissen wir. Das geht los bei den Feuerwehrgerätehäusern, Feuerwehrfahrzeugen, technischer Ausstattung, aber auch und in besonderem der persönlichen Schutzkleidung der Kameradinnen und Kameraden. Da sollte nicht gespart werden.

(Beifall CDU, vereinzelt SPD und FDP)

(Hans Hinrich Neve)

Wer sich nämlich in diesem Land ehrenamtlich einsetzt, der sollte größtmöglich geschützt werden. Das steht für mich außerhalb der Debatte.

Ebenso wichtig für die Kameradinnen und Kameraden ist auch eine entsprechende Ausbildung. Da sind wir auch permanent dabei. Auch da sollten wir möglichst viel unterstützen.

Die Aussicht auf eine mögliche Rente ist aber keine Motivation und wird es auch nie werden. It's nice to have, aber nicht notwendig. Wenn am Ende 5 € oder 10 € Rente stehen, ist der Verwaltungsaufwand für unsere 50.000 Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren unverhältnismäßig. So schafft man mehr und mehr Bürokratie und Verwaltungsaufwand in unserer Gesellschaft. Das kommt auch bei den Kameraden vor Ort nicht unbedingt an. Ich habe enge Kontakte zu den Feuerwehren. Frau Raudies, das Vorpreschen der SPD ohne Absprache mit den Betroffenen ist schon bemerkenswert. Offensichtlich wurde der Landesfeuerwehrverband kalt erwischt. Das hat man in der Presse irgendwo lesen können. Auch der Gemeindetag wurde überrumpelt.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Wir müssen sehen, dass in unserer Gesellschaft auch andere ehrenamtlich tätig sind. Wir finden sie im Katastrophenschutz und bei der Seenotrettung. Auch die Strandwachen bei der DLRG finden keine weitere Erwähnung. Das Ehrenamt hat aus unserer Sicht viele Gesichter. Ich will hier nicht spalten, aber nehmen wir einmal die Hospizarbeit. Ich halte die ganze Hospizarbeit, die auch ehrenamtlich gemacht wird, in unserer Gesellschaft für genauso wichtig. Wir haben die Volkshochschulen und die Sportvereine, in denen auch viel Ehrenamt geleistet wird. Ein Zweiklassenehrenamt ist das Letzte, was wir hier brauchen. Eine Spaltung des Ehrenamtes wird es mit uns nicht geben. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP, SSW und vereinzelt AfD)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe SPD! Keine Frage, wer würde nicht gern dafür sorgen, dass alle Freiwilligen in Schleswig-Holstein unabhängig davon, ob sie bei der Bundeswehr, im

Hospizwesen oder in der Flüchtlingsarbeit tätig sind, eine Anerkennung bekommen, zum Beispiel in Form einer Rente. Das ist gar keine Frage.

Die Feuerwehrmensen haben eine besondere Verantwortung für unsere Sicherheit und leisten eine besondere Aufgabe. Sie schützen uns nicht nur vor Bränden oder dann, wenn es brennt, sondern es findet dort darüber hinaus ganz viel für unser Gemeinwesen statt: Feuerwehrfeste, Jugendarbeit, Integration von Geflüchteten und so weiter. All das leistet die Feuerwehr, und das leistet sie in der Regel ehrenamtlich.

Liebe SPD, deshalb würde ich sagen: Inhaltlich ist das eine gute Idee. Aber wie so oft, wenn wir hier über bestimmte Vorschläge diskutieren, wird nicht gesagt, wie das finanziert werden soll. Was ist Ihr Vorschlag? Woher sollen wir das Geld nehmen? Sie haben es sicher im Finanzausschuss wahrgenommen, dass wir deutlich gemacht haben, dass wir mit Blick auf die Schuldenbremse sozusagen keine Möglichkeiten haben. Das heißt, Sie müssen uns sagen, an welchen Stellen wir etwas wegnehmen müssen. Das wäre ehrlich, und das wäre dann ein Antrag, über den man diskutieren kann, nämlich darüber, wofür man das Geld vordringlich ausgibt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP - Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Frau Raudies, ich finde das nicht armselig. Ich finde es eher erstaunlich, denn Sie als Finanzpolitikerin wissen doch eigentlich, dass man dann, wenn man hier etwas beantragt, auch wissen muss, wie das finanziert werden soll, egal ob es um die beitragsfreie Kita oder um die Erstattung von Straßenaufbaubeiträgen geht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Das Ernste an diesem Antrag ist, dass der Eindruck entsteht, als ob ein Teil des Hauses die Aufgabe der Feuerwehr nicht so ernst nimmt wie ein anderer Teil und der Meinung ist, man müsse die Arbeit der Ehrenamtler nicht würdigen, und das ist ein falscher Ansatz. Den finde ich auch gefährlich, weil er Frust erzeugt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Sie haben für die Rente eine Summe von 6 Millionen € genannt. Wir haben das nach einem anderen Beispiel berechnet. Es wurde unter den Kommunen eine Umfrage gemacht, was dies inklusive Verwaltungsgebühren kosten würde. Nach unseren Berech-

(Eka von Kalben)

nungen käme man auf eine Summe von 12 Millionen € jährlich, wenn man 20 € einzahlt und 75 € Rente daraus folgen.

Ich bin nicht ganz der Meinung meines Vorgängers: 75 € ist ein Betrag, den man bei der Rente merkt. Je nachdem, wie sich die Zinsen entwickeln, sind das keine Peanuts. Aber 12 Millionen € entsprechen etwa 200 Lehrerstellen, die wir im Land kürzen müssten. Wenn das Ihre Entscheidung ist, dann ist das okay. Unsere ist das zurzeit nicht. Wir würden hier eine andere Priorität setzen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es noch andere Möglichkeiten, abgesehen von einer sogenannten Löschrente gibt, Unterstützung zu leisten. Wir sind froh, dass das Sozialministerium gerade an einer Ehrenamtstrategie arbeitet, die demnächst vorgelegt werden soll und die auch mit Geld hinterlegt ist. Ich glaube, dass wir uns dringend Gedanken darüber machen müssen, in welchen Bereichen wir Unterstützung leisten können.

(Zurufe)

- Dafür gibt es Geld, aber nicht in Höhe einer Löschrente, und diese sogenannte Löschrente würde eben nur den Ehrenamtsbereich der Feuerwehr betreffen. Genau wie meine Vorredner lehne ich es ab zu sagen, wir leisten eine massive Unterstützung der freiwilligen Arbeit in einem Sektor und in dem anderen Sektor gar nicht. Wir müssen für alle Freiwilligen im Land etwas tun, da bin ich Ihrer Meinung. Ich glaube, dass es viele Möglichkeiten gibt: gute Fortbildung, Ausstattung und zum Beispiel auch Freistellung während der Arbeitszeit sowie andere Maßnahmen.

Liebe Damen und Herren, deshalb ist das eine gute Idee. Wenn man aber nicht sagt, wie man umsetzen will, dann erzeugt man Frust.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Liebe Frau Raudies, auch ein Gesetzentwurf muss mit Finanzen hinterlegt werden. Ich kann hier morgen einen Gesetzentwurf für Freibier auf der Kieler Woche machen. Trotzdem wird mir niemand sagen können, wie ich das im Finanzhaushalt darstellen kann. Deswegen muss auch ein Gesetzentwurf - -

(Martin Habersaat [SPD]: Aus IMPULS-Mitteln!)

- Herr Habersaat, ich hoffe, in der nächsten Woche ist ein bisschen Freibier von Ihren Abgeordneten diäten drin.

Aber im Ernst: Wenn man hier einen Gesetzentwurf vorlegt, dann muss er finanziell hinterlegt werden. Sonst ist er unehrenhaft und streut den Leuten Sand in die Augen, und das ist ganz gefährlich. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Annabell Krämer:

Bevor wir in der Rednerliste fortfahren, begrüße Sie bitte mit mir zusammen erneut Schülerinnen und Schüler der Holstenschule Neumünster auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Idee einer Rente für freiwillige Feuerwehrleute ist nicht neu, mir aber nicht nur deshalb grundsätzlich erst einmal sympathisch, weil ich selbst seit fast 20 Jahren aktives Feuerwehrmitglied bin und davon profitieren würde.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SPD)

- Der Applaus ist berechtigt, aber mein Wehrführer würde wahrscheinlich sagen: Er ist aktiv, aber das könnte noch mehr sein.

Jede Idee, wie man die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit, ohne die unsere Gesellschaft schlichtweg nicht funktionieren würde, erhöhen kann, ist uns Freien Demokraten erst einmal willkommen. Aber ein wirklicher finanzieller Anreiz wäre eine kleine Zusatzrente wohl nicht. Sie könnte aber vielleicht eine schöne Anerkennungsgeste für den jahre- und nicht selten jahrzehntelangen freiwilligen Dienst an der Gesellschaft sein. Der Aufwand, den die rund 50.000 freiwilligen Feuerwehrleute in Schleswig-Holstein in ihrer Freizeit betreiben, wäre für den Staat ohnehin unbezahlbar.

Klar ist aber auch: Ehrenamt bedeutet Dienst und eben nicht Verdienst. Wenn die Rente auch nur halbwegs etwas bringen soll, müsste jedes Jahr schon ein ordentlicher Millionenbetrag aufgebracht werden, es wurden ja schon Zahlen genannt. Es stellt sich meines Erachtens auch die Frage, wie man mit ehemaligen Mitgliedern umgehen sollte, die bereits aus Altersgründen aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind, oder mit Feuerwehrleuten, die noch einige Jahre dabei sein können.

(Christopher Vogt)

Eine Ungleichbehandlung wäre aus unserer Sicht kaum zu rechtfertigen. Es gibt auch schon einige Praxiserfahrungen, die durchaus interessant sind. So war in den „Kieler Nachrichten“ jüngst über zwei Wehren im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu lesen, wo die Gemeinden eine Feuerwehrrente eingeführt haben. Der Nutzen ist aber auch dort nicht wirklich unumstritten. Der Bürgermeister der Gemeinde Noer, in der die Rente vor einigen Jahren eingeführt wurde, wurde so zitiert, dass ihm klar sei, dass wegen der Rente allein niemand in die Feuerwehr eintrete.

Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, wenn wir über Nachwuchsgewinnung sprechen. Wegen einer Rente, die man ab dem 67. oder 68. Lebensjahr erhält, geht natürlich kein junger Mensch in eine Feuerwehr. Ich glaube, das muss man realistisch sehen. Es könnte aber das i-Tüpfelchen bei einer Entscheidung sein. Darüber hinaus geht es um Wertschätzung. Das ist, so glaube ich, nachvollziehbar.

43 % der Schleswig-Holsteiner engagieren sich ehrenamtlich. Das sind rund eine Million Menschen. Das muss man sich einmal vor Augen führen. Wie mag es bei ihnen ankommen, wenn wir eine Gruppe von Ehrenamtlichen nun mit dieser Wertschätzung aus Steuerzahlergeld bedenken und andere nicht? Wie würde es bei den Freiwilligen des Technischen Hilfswerks, des DRK oder bei der DLRG ankommen? Ich finde, wenn man so etwas einführt, dann muss man auch darüber nachdenken, ob man eine Gleichbehandlung vorsieht. Das ist eine Frage, mit der man sich intensiver beschäftigen sollte, als die SPD es getan hat.

Die Einführung der Feuerwehrrente könnte uns also als Gesetzgeber vor ein Dilemma stellen.

In Thüringen gibt es bereits seit 2010 eine landesweite Feuerwehrrente. Diese war damals mit großen Hoffnungen für die Nachwuchsgewinnung verbunden; erfüllt haben sie sich nach unseren Erkenntnissen nicht. In Thüringen kämpft man bei vielen Freiwilligen Feuerwehren weiterhin mit einem erheblichen Mitgliederschwund.

Ich denke, die Feuerwehren brauchen und wollen keine Mitglieder, die vor allem deshalb dabei sind, weil es finanzielle Anreize gibt. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall FDP und CDU)

Viel wichtiger sind eine wirklich gute Ausstattung der Feuerwehren - das ist in vielen Gemeinden der Fall - und vor allem eine bessere Vereinbarkeit mit dem Beruf. Die Tagesverfügbarkeit ist vielerorts ein

großes Problem, gerade im ländlichen Raum. Deshalb müssen wir tatsächlich über Anreize sprechen, aber zielgerichteter und sinnvoller. Wie wäre es beispielsweise, wenn wir als Land es unterstützen, dass Führerscheine für junge Feuerwehrleute bezahlt werden? Das wäre etwas Konkretes. Damit könnte man etwas anfangen. Die Arbeit der Feuerwehren würde dadurch gestärkt. Besser unterstützt werden müssen auch die Jugendarbeit und Zweitmitgliedschaften bei den Wehren am Arbeitsort.

(Beifall CDU - Beate Raudies [SPD]: Das gibt es schon!)

- Das gibt es schon, Frau Raudies, ja. Wir sollten aber einen Punkt beachten: Die Erstattung für die Arbeitgeber muss schnell und unbürokratisch erfolgen. Insoweit kann man noch etwas verbessern. In unserem Land gibt es viele kleine Arbeitgeber, die oft nur wenige Angestellte haben. Auch sie leisten einen großen Beitrag für die Arbeit der Feuerwehren. Da muss es auch um das Thema Erstattung gehen, weil sich viele das Engagement sonst kaum leisten könnten. Das ist oft eine Hürde. Wir sollten uns das anschauen.

Ich finde es bedauerlich, dass die Sozialdemokraten keine konkrete Gegenfinanzierung präsentieren. Das macht die ganze Diskussion etwas schwierig.

(Lukas Kilian [CDU]: Unglaublich!)

Die Kommunen dürfen bei einem Landesgesetz natürlich die Konnexität geltend machen. Das heißt, wir als Land müssten den kommunalen Anteil bezahlen. Dieser Hinweis gehört zur Ehrlichkeit dazu.

So bleibt am Ende folgende Feststellung: Der Landesfeuerwehrverband wurde überrascht. Wir wurden überrascht. Frau Raudies, ich finde, zu dem Thema Feuerwehren hätte man vorher miteinander sprechen können. Vorhin haben Sie gesagt, Sie seien zu dem Thema Bundeswehr nicht eingebunden worden. Jetzt präsentieren Sie einen Gesetzentwurf, mit dem Sie sich bei den Feuerwehren anscheinend ein bisschen beliebt machen wollen. Diese wurden aber - es ist schon gesagt worden - ebenfalls überrascht. Ich finde, man hätte vorher darüber sprechen können. So bleibt ein fader Beigeschmack.

Abschließend möchte ich sagen: Es ist bemerkenswert, dass die SPD das Kapitaldeckungsverfahren für sich erkannt hat; sonst ist es bei Ihnen eher verpönt. Es ist immer schwierig, wenn man ungedeckte Schecks ausstellt, zumal am Ende wenig übrig bleibt.

Das Ehrenamt in Schleswig-Holstein hat viele Gesichter. Lassen Sie uns konstruktiv über Konzepte

(Christopher Vogt)

sprechen, wie das Ehrenamt an vielen Stellen unterstützt werden kann, gern natürlich auch bei den Feuerwehren. Frau Kollegin von Kalben hat es gesagt: Es wird eine Ehrenamtsstrategie mit konkreten Maßnahmen geben, um das Ehrenamt insgesamt voranzubringen. Das ist der richtige Weg. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Man möchte aus dem Bauch heraus gern zustimmen. Aber nur auf den ersten Blick handelt es sich um einen nachvollziehbaren und vernünftigen Vorschlag. Wir hörten es bereits: Selbst der Landesfeuerwehrverband wurde von dem SPD-Antrag überrascht und schließt sich dem Vorschlag explizit nicht an. Das will etwas heißen!

Wir werden junge Leute mit der Aussicht auf eine kleine Rente in der Größenordnung von 40 €- oder meinerseits 75 €-, die sie erst mehr als vier Jahrzehnte später erhalten werden, für den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr nicht gewinnen. Keinen Einzigen! Dieser Ansatz ist grundfalsch.

Wir müssen den Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr an sich attraktiver gestalten. Hierzu zählen auch und gerade die Jugendfeuerwehren. Die Arbeit der Jugendfeuerwehren muss gestärkt werden. Sie sind die Quelle des Nachwuchses für die Freiwilligen Feuerwehren, aber auch für die Berufswehren.

(Beifall AfD)

Die Jugendfeuerwehren sind die Vorreiter bei der Entwicklung neuer Ideen und reagieren auf Veränderungen in der Gesellschaft. Die Mitgliedschaft in den Jugendfeuerwehren ist moderne und gelebte Jugendverbandsarbeit auf der Grundlage gesellschaftlicher Werte und Ziele. Technische Interessen und soziale Bedürfnisse, Teamfähigkeit und Engagement, der Wunsch nach Erfolg und Anerkennung - all dies ist mit der Tätigkeit in der Jugendfeuerwehr verbunden. Die erworbenen Fähigkeiten und Erfahrungen prägen nicht nur den Charakter der Mädchen und Jungen, sondern sind auch von großem Vorteil bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz oder einer Arbeitsstelle.

Der Dienst in der Jugendfeuerwehr wie auch später in der Freiwilligen Feuerwehr kann durch eine Vielzahl von Maßnahmen attraktiver gestaltet werden. So können wir für eine Ehrenamtsförderung sorgen, die den speziellen Belangen der Feuerwehr gerecht wird, und gemeinsam mit den Gemeinden, Städten und Landkreisen prüfen, welche Vergünstigungen bei der Nutzung kommunaler Einrichtungen für aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren möglich und denkbar sind.

Bei den Arbeitgebern der freien Wirtschaft können wir dafür werben, die Freistellung von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren für Aus- und Fortbildung wie auch für den Einsatz zu vereinfachen und sie leichter zu entschädigen.

Auch die jeweiligen Gemeinden können etwas tun. So können angemessene Räumlichkeiten für die Feuerwehren bereitgestellt und instand gehalten werden. Dazu gehört die Bereitstellung zeitgemäßer und bedarfsgerechter Fahrzeug- und Gerätetechnik.

Das ist aber noch nicht alles. Zu besseren Rahmenbedingungen gehören auch zielgenaue und angemessene Aufwandsentschädigungen, Regelungen und Vereinbarungen zur Verpflegung der Einsatzkräfte sowie ausreichende Ruhezeiten nach den Einsätzen.

Das Verbesserungspotenzial ist aber auch damit nicht ausgeschöpft. Gerade für die Jugendfeuerwehren kann geprüft werden, inwieweit eine Anrechnung von in der Jugendfeuerwehr beziehungsweise der Freiwilligen Feuerwehr erbrachten ehrenamtlichen Ausbildungsleistungen und erworbener Qualifikationen in Ausbildung, Studium und Beruf in Betracht kommt.

(Beate Raudies [SPD]: Keine Ahnung von nichts!)

Wichtig wäre eine einheitliche Anerkennung durch Ausbildungsbetriebe und Universitäten. Dasselbe gilt für die Anerkennung ehrenamtlicher Dienstzeiten und Tätigkeiten bei der Freiwilligen Feuerwehr für in Ausbildung, Studium und Beruf geforderte Praktika.

Auch die Frage der öffentlichen Wertschätzung nicht nur der Wehren selbst ist von Bedeutung. Ein Beispiel ist die vom Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein an vorbildliche Unternehmen vergebene Plakette „Partner der Feuerwehr“. Mit der Aktion „Partner der Feuerwehr“ weist der Deutsche Feuerwehrverband auf die Problematik der Nachwuchsgewinnung hin und zeigt die Probleme auf, bei Alarmen tagsüber während der Arbeitszeit

(Claus Schaffer)

auf qualifiziert ausgebildetes Personal in ausreichender Zahl und in der gebotenen Eile zurückgreifen zu können. Es geht darum, die angespannte Situation im beruflichen Arbeitsumfeld der Feuerwehren zu verbessern. Das, meine Damen und Herren, sind die richtigen Ansatzpunkte, nicht aber die Minirente der SPD-Fraktion.

(Beifall AfD)

Dabei haben wir noch nicht einmal über all die anderen ehrenamtlichen Mitglieder, zum Beispiel bei der DLRG, dem THW und den vielen anderen Hilfsverbänden und -organisationen, gesprochen. Auch die ehemaligen Ehrenamtler werden in dem SPD-Antrag nicht berücksichtigt. Zur Finanzierbarkeit in den Kommunen schweigt sich die SPD-Fraktion lieber gleich ganz aus.

Meine Damen und Herren, die Ausschussüberweisung mag parlamentarisch geboten sein, und als demokratische Fraktion verschließen wir uns dem nicht. Aber es widerstrebt mir doch sehr, Ihrer sozialpopulistischen Profilsuche im Ausschuss auch noch eine Bühne zu geben.

(Beifall AfD - Beate Raudies [SPD]: Nein!)

Meine Damen und Herren, sozial geht anders. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Kollege Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist für uns vollkommen klar, dass unsere Freiwilligen Feuerwehren in ganz besonderer Weise Dienst für unsere Gesellschaft leisten. Dieser Dienst kostet viel Zeit und Kraft und birgt neben den persönlichen Opfern, die der Einsatz verlangt, weitere Gefahren.

Wir sind absolut dabei, wenn es darum geht, hier die Voraussetzungen für das Ehrenamt zu verbessern. Wir teilen den Ansatz der SPD, ehrenamtliche Lebensretter besser zu entschädigen. Aber wir zweifeln doch daran, ob eine zusätzliche Altersversorgung an erster Stelle stehen sollte. Mit Diskussionen dieser Art - das merken wir ja immer wieder - machen wir ein Gespräch über verschiedene Wertigkeiten, die den Ehrenämtern zuzurechnen sind, auf. Genau diese Debatte wollen wir eigentlich vermeiden.

Ohne dass wir von den Leistungen unserer Feuerwehren ablenken wollen - wir müssen auch andere Ehrenämter im Blick haben, die Leben retten und die dann ebenfalls berücksichtigt werden sollten. Ich denke an unsere ehrenamtlichen Kräfte bei der DLRG, die an vielen Badestränden Wache halten und sich im Katastrophenschutz engagieren. Wenn wir beim Katastrophenschutz bleiben, denke ich an das Technische Hilfswerk, das ebenfalls beinahe ausschließlich auf ehrenamtliche Einsatzkräfte zurückgreift. Und wie steht es eigentlich mit allen anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten, zum Beispiel in der Kommunalpolitik, der Kultur, der Flüchtlingshilfe oder dem Sportverein? Sind diese Tätigkeiten nicht genauso wichtig? Auch diese Menschen arbeiten oft jahrzehntelang für unsere Gemeinschaft, für unser Allgemeinwohl, und hätten es genauso verdient wie alle anderen.

Selbst innerhalb der Freiwilligen Feuerwehren gibt es Unterschiede. Natürlich haben wir diejenigen, die unter Einsatz ihres Lebens Feuer löschen. Wir haben aber auch passive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. Ob es auch für diese eine Zusatzrente geben sollte, würde ich erst einmal infrage stellen.

(Beate Raudies [SPD]: Nein!)

Wenn wir aber die Zusatzrente für Feuerwehrleute einfach als wertschätzende Maßnahme betrachten, sollten wir darüber diskutieren, ob es nicht zielführender wäre, die Entschädigungszahlungen für Ehrenamtler auf ein angemessenes Niveau anzuheben. Auch darüber müsste man mit den Kommunen diskutieren; denn sie sollen es ja bezahlen. Ich bin mir nicht sicher, ob unsere Feuerwehrleute warten sollen, bis sie 67 sind, um diese gut gemeinte finanzielle Wertschätzung zu erfahren.

Zusätzlich haben uns die Äußerungen unseres Landesbrandmeisters aufhorchen lassen. Er hat sich von dem SPD-Vorstoß sehr überrascht gezeigt. Statt einer Rentenzahlung hat er andere Anreize für das Ehrenamt bei der Feuerwehr vorgeschlagen, zum Beispiel kostenlose Freibadbesuche. Ein anderer Wehrführer hat in den „Kieler Nachrichten“ Aufwandsentschädigungen pro Einsatz und Aktive als weitere Möglichkeit der finanziellen Anerkennung der Freiwilligen Feuerwehren genannt, von den Einwänden der Bürgermeister, die sich bisher öffentlich geäußert haben, ganz zu schweigen.

(Unruhe)

Die könnten ja bereits jetzt freiwillige Löschrenten anbieten. Das tun sie aber nicht mit der einfachen Begründung, dass sie nicht ahnen, wie sie das finanzieren sollen - außer in der 300-Seelen-Gemein-

(Lars Harms)

de Altenhof: Da hat das die Gemeindevertretung für ihre 17 Feuerwehrleute schon vor zehn Jahren beschlossen. Das Amt Schlei-Ostsee übernimmt die Verwaltung der Rente und warnt bereits jetzt davor, dass dies einen sehr hohen bürokratischen Aufwand mit sich bringt. Wir sprechen immerhin von fast 50.000 Freiwilligen in Schleswig-Holstein, die sich in unseren Feuerwehren engagieren, abgesehen von den vielen anderen, die genauso ein Anrecht hätten.

Zusätzlich müssten wir beachten, was das Individuum schlussendlich von der Einführung einer solchen Rente hätte. Da müsste man riesige Millionenbeträge auszahlen, damit am Ende auch ein bisschen herauskommt. Ich glaube, wir sorgen nicht für Begeisterung, wenn beispielsweise eine Ehrenamtsrente auf die Grundsicherung im Alter angerechnet würde - das würde ja automatisch geschehen - oder wenn im Falle einer Scheidung die Hälfte der Einzahlungen an die Eheleute ginge, die selber gar nicht ehrenamtlich engagiert waren.

Ohne Frage, auch wir als SSW schätzen die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren sehr hoch. Ohne Frage ist auch, dass wir das Ehrenamt, immer wenn wir eine Möglichkeit sehen, weiter aufwerten wollen. Das eint uns alle. Aber bei diesem konkreten Vorschlag sind uns zu viele Fragen offen, die wir erst einmal mit unseren Feuerwehren, den Gemeinden und den vielen anderen Ehrenamtlichen, die leer ausgehen sollen, klären sollten. Das können wir am besten im Ausschuss tun. - Vielen Dank.

(Beifall SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Raudies von der SPD-Fraktion.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schaffer, sozialpopulistische Profilsuche bei der Feuerwehr habe ich nicht nötig. Ich mache hier schon lange Feuerwehrpolitik, und das wissen auch alle Kolleginnen und Kollegen im Haus. Das ist mir ein Herzensanliegen, und damit schärft sich nicht mein Profil. So viel zu Ihnen.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Thema Altersversorgung für Ehrenamtler ist kein neues. Regelmäßig tauchen in den Protokollen des Seniorenparlaments oder von „Jugend im Landtag“ entsprechende Vorschläge und Hinweise auf. Immer wird

das weggeschoben mit der Begründung, das sei zu kompliziert, das koste zu viel.

Wenn wir nicht irgendwann einmal anfangen, uns mit dem Thema zu beschäftigen, wird sich doch nie etwas ändern! Machen wir doch jetzt einmal den ersten Aufschlag! Wir könnten ein Bundesland sein, das sich dafür Zeit nimmt und diese Thematik ausführlich in aller Breite mit allen Betroffenen diskutiert. Das ist doch eine Chance! Stellen Sie das doch nicht als Teufelswerk dar, sondern nehmen wir gemeinsam den Ball auf und versuchen, eine super Lösung zu finden! Wenn wir am Ende eine Bundesratsinitiative starten, durch die Ehrenamtler Rentenpunkte bekommen, bin ich dabei. Wenn das am Ende herauskommt, wäre das großartig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie gern noch einmal darauf hinweisen, dass bei der Freiwilligen Feuerwehr nicht irgendwelche Ehrenamtler mitmachen. Die Freiwilligen Feuerwehren stehen in einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis zu der Trägergemeinde der Feuerwehr. Wenn sie ihr „Hobby“ oder „Ehrenamt“ ausüben, unterliegen sie den Pflichten des Brandschutzgesetzes, und die Führungskräfte sind sogar Ehrenbeamte der Gemeinde. Im Übrigen erhalten auch nur die Ehrenbeamten, nämlich die Wehrführung, eine Aufwandsentschädigung. Deswegen würden wir mit einer Erhöhung der Aufwandsentschädigung nicht weit kommen. Ein mir bekannter Wehrführer hat das einmal mit folgendem Satz zusammengefasst: Eintritt und Austritt sind freiwillig, der Rest ist Pflicht.

(Beifall SPD)

Bei einer Pflichtwehr ist nicht einmal der Eintritt freiwillig.

Die Feuerwehren erfüllen eine gesetzliche Aufgabe für uns. Deswegen gibt es auch ein Gesetz, das ihnen bei ihrem Einsatz besondere Befugnisse zugeht, die es von allein nicht gäbe.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Beate Raudies [SPD]:

Ja.

Christopher Vogt [FDP]: Liebe Frau Kollegin Raudies, vielen Dank für den Hinweis. Der wäre aber nicht nötig gewesen.

- Offensichtlich doch.

(Beate Raudies)

Sie brauchen sich hier nicht so aufzuspielen und so zu tun, als wäre die SPD-Fraktion die einzige Fraktion, die das Feuerwehrwesen verstanden und verinnerlicht hat. Das ist schon ein bisschen albern.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Birte Pauls [SPD])

Ich finde es unangemessen, wenn Sie so tun, als müssten Sie mir und anderen Kollegen erklären, welche Rolle und besondere Bedeutung die Feuerwehren haben. Das macht Ihren unausgegorenen Gesetzentwurf nicht besser. Sie brauchen jetzt nicht so angefasst auf die berechtigte Kritik an Ihren Gesetzentwurf zu reagieren.

Ich werbe dafür, hier kein Spielchen nach dem Motto zu spielen: Wir wissen viel besser, wie die Feuerwehren funktionieren. Lassen Sie uns im Ausschuss vernünftig darüber reden, wie man das Ehrenamt stärken kann, bei den Feuerwehren und natürlich auch darüber hinaus. Solche Spielchen sollten wir Freitagmittag lassen.

(Beifall FDP und CDU - Zuruf Birte Pauls [SPD])

- Sehr geehrter Herr Kollege Vogt, ich habe bei einigen Debattenbeiträgen den Eindruck gewonnen, dass ich das hier noch einmal erklären müsste.

(Beifall SPD)

Insofern sah ich es als meine Pflicht an, das zu tun. Ich hatte auch gestern bei der Debatte über Elektroautos den Eindruck, dass nicht alle wussten, wovon sie reden, als es um den Einsatz der Feuerwehr an einem Unfallort ging.

(Zurufe AfD: Den Eindruck haben wir auch gewonnen!)

Zum Thema THW: Die Helfer des THW unterliegen als Angehörige einer nicht rechtsfähigen Bundesanstalt nur der Regelungskompetenz des Bundes. Damit ist dieser Punkt erledigt.

Ich bin offen, im Ausschuss alles zu diskutieren. Mir geht es um die Sache; ich möchte bei dem Thema gern vorankommen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Uns geht es auch um die Sache!)

- Es geht mir wirklich um die Sache, Eka, das darfst du mir gern abnehmen. - Das ist der erste Aufschlag, den wir hier machen. Herr Vogt, über einen Satz habe ich mich echt geärgert: Dass die Ehemali-

gen nicht davon profitierten, sei ungerecht. Wo war denn Ihr Unrechtsbewusstsein, als Sie die Tarifübernahme für die Beamtinnen und Beamten beschlossen haben und bei der Einmalzahlung die Pensionäre ausgelassen haben? Das war doch genauso ungerecht! - Vielen Dank.

(Beifall SPD - Ole-Christopher Plambeck [CDU]: Wie wollen Sie das finanzieren?)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Lukas Kilian aus der CDU-Fraktion.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Raudies, liebe SPD-Fraktion, Sie haben einen Gesetzentwurf eingebracht, um Menschen im Land durch eine zusätzliche Altersvorsorge finanziell zu unterstützen, die Tag und Nacht für die Sicherheit in diesem Land zur Verfügung stehen, die nicht nur bei Feuer, sondern auch bei Unwetter und Hilfeleistung nachts rausmüssen, wenn der Pieper losgeht, zum Teil auch nur, weil eine Brandmeldeanlage einen Fehlalarm ausgelöst hat, die nachts auf Spielplätzen von Betrunkenen angezündete Mülleimer oder Papiercontainer ablöschen müssen, die zu schweren Verkehrsunfällen gerufen werden, wo auch junge Menschen mit Tod und heftigsten körperlichen Verletzungen in Berührung kommen. Deshalb gibt es gute Gründe, darüber zu sprechen, wie man solchen ehrenamtlichen Helden des Alltags Anerkennung zuteilwerden lassen kann.

(Beifall CDU und FDP)

Auch ich bin Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, bin allerdings bei Weitem nicht mehr so aktiv, wie ich mir das einmal vorgestellt habe. Ich stelle fest, dass Ihr Gesetzentwurf alles ist, nur nicht ernsthaft. Ihr Gesetzentwurf ist ein parteipolitischer Versuch, vor der Sommerpause ein Thema zu setzen, für das in den Freiwilligen Feuerwehren im Zweifel alle Feuer und Flamme sind und mit dem schnell Begeisterung geweckt werden kann, aber Sie verbrennen sich damit selbst die Finger. Ich sage allen Freiwilligen Feuerwehrleuten in diesem Land: Fragen Sie Ihren SPD-Abgeordneten, woher das Geld kommen soll, wie das finanziert werden soll!

(Beifall CDU)

Lassen Sie sich nicht davon demotivieren, dass Ihnen vorgespielt wird, was man hätte einführen kön-

(Lukas Kilian)

nen und wollen, lehne die Koalition ab. Das soll Sie nicht demotivieren.

Die Jamaika-Koalition und - ich glaube - alle Fraktionen in diesem Haus sehen die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren als wichtig und existenziell an. Sie stellen sich hin und wecken bei Wehrführern und freiwilligen Feuerwehrleuten Hoffnung mit einem Thema, zu dem Sie einen absolut unausgegorenen Gesetzesvorschlag in den Landtag einbringen, in dem nicht einmal geregelt wird, wer aktives Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr ist. Reicht es, wenn ich einmal im Jahr zum Einsatz fahre, weil mein Arbeitsort ein bisschen weiter weg ist? Muss ich zehnmal dabei sein? Muss ich nur an den Übungsabenden regelmäßig teilnehmen?

Frau Raudies, Sie haben dieses Thema nirgends vorbesprochen, Sie haben dieses Thema groß in der Presse platziert, Sie haben keinen einzigen Finanzierungsvorschlag bei diesem Thema gemacht. Es geht um parteipolitische Profilierung und nicht darum, den Menschen in irgendeiner Weise Anerkennung für ihr Ehrenamt zukommen zu lassen. Das finde ich schändlich.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Habersaat aus der SPD-Fraktion.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD hat einen Gesetzesvorschlag unterbreitet. Der wird aller Wahrscheinlichkeit nach in Kürze in den Ausschuss überwiesen. Dann finden Ausschussberatungen statt. Dann wird dieser Gesetzentwurf möglicherweise noch überarbeitet, und am Ende wird eine Summe bekannt sein, die man in den Haushalt einstellen müsste, um dieses Gesetz zu verwirklichen. Nach dem, was wir gehört haben, wird es sich vermutlich um einen einstelligen Millionenbetrag im Jahr handeln.

Nun habe ich die Rednerinnen und Redner der Jamaika-Koalition so verstanden, dass eigentlich alles, was die SPD an inhaltlichen Vorschlägen macht, unseriös sei, denn es landet nicht im Haushalt, weil sie es nicht beschließen wollen. Demzufolge könnten wir das politische Arbeiten einstellen. So sehen wir unsere Aufgabe in diesem Haus aber nicht.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Habersaat, ich entnehme Ihrer Pause, dass Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Kilian zulassen.

Martin Habersaat [SPD]:

Ja.

Lukas Kilian [CDU]: Herr Kollege Habersaat, Sie sind nicht erst seit gestern in diesem Hohen Hause. Deswegen müssten Sie doch wissen, dass man, wenn man einen Vorschlag in eine Debatte einbringt, zumindest auch einen Finanzierungsvorschlag einbringen sollte.

Die Kritik zielt nicht darauf ab, dass es noch nicht im Haushalt eingestellt ist oder sonst etwas, sondern dass kein Finanzierungsvorschlag gemacht wird - ähnlich wie bei allen anderen Projekte, die Ihre SPD-Landtagsfraktion mit Zehnminutentakten bei der Bahn, Freikarten und Ähnlichem in diesem Land verspricht. Immer fehlt der Finanzierungsvorschlag. Ist das der Stil der Opposition? Ist das die Erwartungshaltung an Ihre eigene Arbeit, oder ist das neu für Sie als Abgeordneter, dass man Finanzierungsvorschläge zu den eigenen Vorhaben unterbreiten sollte, um Seriosität zu unterstreichen?

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Weder das eine noch das andere, Herr Kollege. So, wie ich das hier in den letzten zehn Jahren verstanden habe, ist vor allen Dingen die Haushaltsberatung maßgeblich, in der immer ein Haushalt beschlossen wird, aus dem dann die jeweiligen Maßnahmen finanziert werden. Auf dem Weg zu diesen Haushaltsberatungen gibt es verschiedene Vorschläge und Entwürfe. Die müssen immer zum Haushalt hin quantifiziert werden. Deswegen ist es zum Beispiel bei der S-Bahn unser großes Anliegen, einmal eine Summe zu hören, die es bräuchte, um die entsprechenden Verbesserungen stattfinden zu lassen. Genauso ist es bei der Feuerwehrrente. Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen haben zu Recht darauf hingewiesen, dass man beispielsweise mit den Kommunen im Vorfeld über die Frage der Konnexität sprechen müsste.

(Beifall SPD - Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Meine Damen und Herren, vielleicht nutzen auch Sie die Sommerpause. Ich habe niemanden gehört, der sagt: Grundsätzlich ist das eine ganz furchtbare Idee. - Ich habe viele scharmützelartig abwehrende

(Martin Habersaat)

Reaktionen wahrgenommen; die kann man vielleicht am Strand noch einmal überdenken. Vielleicht finden wir dann einen gemeinsamen Weg, das hinzubekommen. Ich fände es gut. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Zu einem Kurzbeitrag hat nun der Abgeordnete Dr. Kai Dolgner aus der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da der Kollege Kilian Aufklärungsbedarf hatte, werde ich dem gern nachkommen. Die Frau Kollegin Ostmeier kann heute leider nicht hier sein - das ist natürlich bedauerlich -, aber wir hatten zum Beispiel in der letzten Wahlperiode eine Initiative von ihr, dass die Sportstätten, vor allem die Schwimmbäder, saniert werden sollten.

(Lukas Kilian [CDU]: Zur Sache!)

- Ja, das ist zur Sache. Sie wollten etwas über Opposition und Finanzierung wissen oder nicht? Oder wollen Sie es nicht wirklich wissen? War das nur eine Frage, um aus der Peinlichkeit herauszukommen, dass Sie eigentlich kein Gegenargument haben?

(Beifall SPD)

Weil das eine gute Idee war, haben wir das in den Haushalt eingebracht.

Ein nächstes Beispiel: Der Entschädigungsfonds für Polizeibeamte, die im Dienst verletzt worden sind und ihre Ansprüche gegenüber denen, die sie verletzt haben, nicht durchsetzen können, war eine Idee der CDU. Es gab keinen Gegenfinanzierungsvorschlag. Was haben wir gemacht? - Wir haben gesagt: Das ist eine gute Idee. - Natürlich hat man als Regierungsfraktion - -

(Zuruf CDU)

- Ja, natürlich haben wir gesagt: „Das ist eine gute Idee“, und das in den Haushaltsantrag mit hineingenommen, weil natürlich die Regierungsfaktionen die Ressourcen für Verschiebungen im Haushalt haben. Denn bei der Nachschiebeliste und allen Verschiebungen, die Sie im Haushalt machen - sowohl Regierungsfaktionen als auch Regierungsbank -, haben natürlich Sie die entsprechenden Informationen dazu.

(Lukas Kilian [CDU]: Klar!)

Deshalb waren das nur zwei Beispiele, wie wir mit Oppositionsanträgen Ihrer Fraktion umgegangen sind, die übrigens keinen Gegenfinanzierungsvorschlag enthielten.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Dr. Dolgner, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung Ihrer Fraktionskollegin Pauls?

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja, gerne.

Birte Pauls [SPD]: Sehr geehrter Kollege Dolgner, teilen Sie meine Auffassung, dass das Beispiel der Schulgeldfreiheit für die Therapeutenberufe,

(Lachen CDU)

genauso ein Beispiel dafür ist, dass aus der Opposition heraus gute Ideen geboren werden, die dann von der Regierung übernommen werden können?

(Beifall SPD - Zurufe)

- Ich würde mich ja nicht trauen, Ihnen widersprechen zu wollen, Frau Kollegin. Ich kann Ihnen zustimmen, da der Kollege Kalinka gerade vor der Tür ist; denn sonst machte er dazu wahrscheinlich noch einen Dreiminutenbeitrag.

(Heiterkeit)

- Eben. Dann würde die Frage sich wahrscheinlich da stellen.

(Zuruf)

- Wie bitte?

(Zuruf: Kehren Sie zur Debatte zurück?)

- Ja. - Sie haben eine Frage gestellt, Herr Kilian. Und nein: Das ist neu. Es ist neu, zu jeder Oppositionsinitiative einfach zu sagen: Da haben wir keine Gegenfinanzierung, damit brauchen wir uns inhaltlich nicht zu beschäftigen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Es gibt ja auch Vorschläge! - Lukas Kilian [CDU]: Wir machen immer Vorschläge!)

- Das ist neu, Herr Kollege Kilian. Wir haben zum Beispiel Vorschläge zum Weihnachtsgeld gemacht; da hatte ich eine interessante Diskussion beim DBSH. Wir haben 40 Millionen € gefordert und gesagt: „Die Reserve ist da“, und, siehe da, die Reser-

(Dr. Kai Dolgner)

ve war da. Da waren nämlich 50 Millionen € die sind übrig geblieben. Man hätte das machen können. Dazu haben Sie aber gesagt: Dieser Gegenfinanzierungsvorschlag ist unseriös.

Wissen Sie: Ich bin auch schon ein bisschen länger dabei. Ich kenne dieses Portfolio von Instrumenten, wenn man Argumente auf der Metaebene zu finden versucht, weil man auf der Hauptebene eigentlich keine guten Gegenargumente hat. Wissen Sie was? Beim Thema Unterstützung für Polizeibeamte und beim Thema Sporthallensanierung hatten wir auch keine guten Gegenargumente. Ich bin mir nicht sicher, ob Frau Heinold das Geld komplett freiwillig rausgerückt hat. Ich war an den Verhandlungen, was das angeht, nicht beteiligt.

(Zuruf)

Aber natürlich haben wir es als unsere Aufgabe angesehen, gute Ideen im Haushalt entsprechend umzusetzen, auch wenn Finanzpolitiker grundsätzlich ungern Geld rausrücken. Das vereint ja Finanzpolitiker von Opposition und Regierung; da müssen dann die Fachpolitiker etwas sagen.

Gerade bei solchen Dingen wie der Feuerwehrrente würde ich mir wünschen, dass der fachpolitische Aspekt und die fachpolitischen Fragen stärker in den Vordergrund treten. Ob die Finanzer dann Geld rausrücken, ist jeweils die Aufgabe der Fachpolitiker der regierungstragenden Koalition. Das kann die Opposition gar nicht durchsetzen, oder werden Sie einem Haushaltsantrag von uns zustimmen? - Herr Kilian, wir machen einen Deal. Ich mache Ihnen einen Haushaltsantrag.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege Dr. Dolgner, schauen Sie einmal auf die Uhr!

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja, ich mache das. - Ich mache einen Deal.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Dann würde ich Sie gerne darauf hinweisen, dass Sie mit Blick auf die Uhr feststellen müssen, dass ihre Redezeit schon überschritten ist.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Ja, ich weiß. Ich komme zu meinem letzten Satz. - Ich mache Ihnen ein Angebot.

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

- Das wollen Sie nicht hören. - Ich stelle einen gedeckten Haushaltsantrag zur Feuerwehrrente, und Sie stimmen dem zu. Abgemacht?

(Beifall SPD - Zuruf SPD: Ja!)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Gut. Vielen Dank. - Ich erteile dem Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration, Hans-Joachim Grote, für die Landesregierung das Wort.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben 1.342 Freiwillige Feuerwehren in 1.106 Gemeinden in Schleswig-Holstein, 50.000 Frauen und Männer, fast 10.000 Jugendliche, die sich einbringen, und im letzten Jahr waren es 19.742 Einsätze, die geleistet wurden. Die Diskussion hat eindeutig ergeben: Wir alle wissen genau, was wir an unseren Feuerwehren im Land, in den Gemeinden haben.

Nehmen Sie es mir ab: Ich als langjähriger Bürgermeister weiß sehr wohl den Nutzen dieser Feuerwehr - nicht nur im Brandfall - zu schätzen und einzubinden. Wir sind uns alle einig, dass die Freiwilligen Feuerwehren ein wichtiger, zentraler Grundpfeiler im Sicherheitssystem der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr sind. Es sind auf der einen Seite die Menschen, die ihre Feierabende, die ihre Freizeit aufbringen, um für uns da zu sein. Auf der anderen Seite sind es aber auch die Unternehmerinnen und Unternehmer, die eben diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Freiwilligen Feuerwehren tagsüber freistellen und ihnen die Gelegenheit geben, diesen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten. Das wird in Zukunft ein erhebliches Problem für die Kommunen werden, denn das wird immer schwieriger für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ich habe den größten Respekt vor den Menschen, die sich in den Feuerwehren einbringen und helfen, Gefahren erst einmal zu verhüten, die versuchen, Gefahren zu mindern und hinterher die Folgen zu beseitigen. Vor allen Dingen ist uns allen bewusst, dass sie sowohl unentbehrlich als auch im doppelten Sinne wirklich unbezahlbar sind.

Deshalb sollten wir - das hat die Diskussion hier ergeben - alles unternehmen, um diesen die ihnen zustehende Wertschätzung zukommen zu lassen. Aber ist die vorliegende Einführung dieser Anwartschaft auf die Altersversorgung dafür das probate Mittel? Es gibt sicherlich viele Gründe, die dafür sprechen, aber es gibt mit Sicherheit auch noch mehr Cons, die dagegensprechen, und ich will Ihnen gleich ei-

(Minister Hans-Joachim Grote)

nige Beispiele nennen, die über die emotionale Diskussion hinausgehen; denn wir dürfen bei alledem eins nicht vergessen: Wir müssen uns darüber im Klaren sein, welche Konsequenzen daraus erwachsen. Es darf dabei sicherlich die Frage der Finanzierung eine der Schlüsselfragen sein. Im Gesetzentwurf steht zum Beispiel, dass das Land und die Kommunen als Träger der Freiwilligen Feuerwehren hierfür einen monatlichen Beitrag in gleicher Höhe zahlen. Das heißt, in diesem Gesetzentwurf werden Land - darüber kann dieses Haus eigenständig entscheiden - und Kommunen - so steht es hier - in gleicher Höhe eingebunden.

Nun wird eine Diskussion als Erstes auftauchen: Ich garantiere Ihnen, dass wir bei der Debatte um das FAG sofort die Kommunen auf der Matte haben, die sagen: Aber wenn diese Aufgabe zusätzlich kommt, brauchen wir da zusätzliche Gelder.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Es wird eine Diskussion aufkommen, dass es feuerwehfreundliche Gemeinden und möglicherweise Gemeinden gibt, die - in Anführungszeichen - nichts für ihre Feuerwehr tun oder nichts für ihre Feuerwehren übrighaben. Ich will nur sagen: Diese emotionale Debatte wird automatisch kommen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ich sage nur: Straßenausbaubeiträge!)

- Sie haben das Thema Straßenausbaubeiträge völlig zu Recht genannt, das ist ein Thema, das gleichermaßen diskutiert wird. Wir haben dieses aber in Sachen Feuerwehr auch zu diskutieren.

Bei aller Wertschätzung müssen wir vor Augen haben, dass dies nicht nur eine Eintagsfliege ist, dass die Belastung durch eine Rentenzahlung - wir sprachen vorhin von 45 Jahren - 45 Jahre nicht nur die Haushalte des Landes, sondern 45 Jahre auch die Haushalte der Kommunen treffen wird. Daher ist das ein Thema, das man vor der Schaffung eines Gesetzes klären sollte. Das heißt nicht, dass es kein Gesetz geben kann, aber es muss vorher geklärt werden.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Ein Zweites, und da wird es äußerst gefährlich.

(Wortmeldung Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Lassen Sie mich eben meine Dinge ausführen, und dann komme ich gern auf Sie zurück, Herr Dr. Dolgner. Ich bin noch nicht so weit.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Der Minister kommt jetzt erst einmal zu seinen Dingen, und dann können Sie Ihre Frage stellen.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Meine Damen und Herren, es gibt einen zweiten Baustein, den wir nicht vergessen dürfen. Es ist überhaupt heute noch nicht zur Sprache gekommen, das Thema der europäischen Arbeitszeitrichtlinie. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, dass auf Bundesebene über ein Jahr lang darum gerungen wurde und immer noch gerungen wird, ob die Aufwandsentschädigung ein Entgelt ist. Wenn dieses nämlich ein Entgelt für eine Leistung wäre, wären die Stunden, die als Feuerwehrfrau oder Feuerwehrmann geleistet würden, der Arbeitszeit zuzurechnen.

(Christopher Vogt [FDP]: Herzlichen Glückwunsch!)

Dann haben wir auf einmal eine 48-Stunden-Regelung. Es hat hohe Debatten auf Bundesebene gegeben, dass eben diese Aufwandsentschädigung kein Entgelt ist, sondern eine Zahlung für den Aufwand. Wenn wir anfangen, eine Leistung zu bezahlen - und eine Rente könnte möglicherweise ein Entgelt für eine Leistung sein -, dann machen wir ein Fass auf, dessen Deckel wir niemals mehr in die Hand kriegen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, Dennys Bornhöft [FDP] und Lars Harms [SSW] - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Daher werbe ich - bei allem Verständnis für jede Art von Leistungsbezahlung, ob in Präsenzbezahlung oder in Form von Renten - dafür, vorher zu prüfen, inwieweit dies mit den Regularien der europäischen Arbeitszeitregelung in Einklang zu bringen ist. Das dürfen wir nicht bagatellisieren und sagen, dass müsse schon geklärt werden. Ich erinnere nur an die Frage der Maut und ob man etwas vorher oder möglicherweise später klärt.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Minister, ich frage Sie - -

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Nein, ich bin immer noch nicht so weit für Herrn Dr. Dolgner.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das können wir dann nicht ändern, Herr Dolgner, dann müssen Sie sich weiter gedulden.

(Christopher Vogt [FDP]: Er sagt schon Bescheid!)

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Ich sage Ihnen schon gern Bescheid.

Sehr geehrte Frau Raudies, Sie haben das Thema angesprochen: Das THW hat eigene Modalitäten, freiwillige Hilfsorganisationen in den Kommunen, Ehrenamtler haben andere Strukturen. Aber wir werden neben der rationalen Betrachtung, wie man eine Leistung der Feuerwehr berechnet, wie ich die Leistung eines THW wertschätze, eines Rotes Kreuzes oder einer DLRG oder von ehrenamtlich in Sportvereinen oder der Politik tätigen Menschen, diese Diskussion aufmachen. Es ist nicht nur eine Frage, wem ich welches Geld gebe, sondern es entsteht möglicherweise in der Emotion eine Spaltung, dass die einen bessere Ehrenamtler als die anderen seien. Dass sie eine andere Funktion haben, brauchen wir gar nicht zu diskutieren. Sie haben völlig zu Recht das Rettungsgesetz beziehungsweise das Brandschutzgesetz genannt. Das kennt jeder hier im Haus. Aber wir sollten vorher auch die Frage beantworten, wie wir mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern und Engagierten in der Gemeinde umgehen.

Vor diesem Hintergrund werbe ich mit Nachdruck darum, den Gesetzentwurf so nicht zu beschließen und nicht auf den Weg zu bringen. Lassen Sie uns einen gemeinsamen Weg finden, wie wir das, was wir alle wollen, erreichen: die Wertschätzung den Kameradinnen und Kameraden entgegenzubringen. Aber das Wichtige ist: Wir müssen sie motivieren, und zwar nicht nur bei der Feuerwehr, sondern im gesamten Ehrenamt. Wenn wir die eine Gruppe motivieren und eine andere Gruppe damit demotivieren, ist der Schaden größer als der Nutzen durch das, was wir gemeinsam auf den Weg bringen wollen.

Nun stehe ich für Herrn Dr. Dolgner zur Verfügung.

(Beifall CDU, FDP, Lars Harms [SSW] und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Dann hat Herr Dr. Dolgner jetzt das Wort, trotzdem der Hinweis, dass wir vielleicht später wieder zu ei-

nem Verfahren zurückkehren, wo die Fragesteller entscheiden, wann sie die Fragen stellen wollen. Aber das nur nebenbei. Jetzt hat erst einmal Herr Dr. Dolgner das Wort.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich beuge mich ganz der gesammelten Weisheit an den Pulten. Ich hätte die Frage sonst auch vorher gestellt.

Einmal die Frage, wenn es tatsächlich ein Problem mit europäischem Recht gibt, warum es das Problem in Thüringen und Sachsen-Anhalt nicht gibt. In Thüringen ist das im Brandschutzgesetz geregelt. Das wäre meine erste Frage.

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Ich kann Ihnen nicht beantworten, ob Thüringen das geprüft hat oder nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, dass auf Bundesebene über ein Jahr lang die Frage geprüft wurde, ob Aufwandsentschädigungen möglicherweise als ein Entgelt behandelt werden, das im Rahmen der Arbeitszeitrichtlinie der Europäischen Union dazu führt, dass es als Arbeitszeit gilt. Ich bin kein Jurist, ich kann das auch fachlich nicht beurteilen. Nur wenn diese Frage besteht, halte ich es für sinnvoll, Sie vonseiten der Regierung darauf hinzuweisen, dass wir dieses Problem lösen, bevor wir etwas anfangen.

Eine Antwort, warum die das nicht gemacht haben, kann ich Ihnen nicht geben.

(Beifall Lukas Kilian [CDU])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Dolgner?

Hans-Joachim Grote, Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration:

Aber gern.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Irgendwann wollen wir auch mal nach Hause!)

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Tja, das sind die unterschiedlichen Auffassungen zu unserer Tätigkeit hier.

(Zurufe)

- Ja, ich würde auch ablenken wollen.

Das Problem wird es ja bei Aufwandsentschädigungen von Gemeinderäten auch ge-

(Minister Hans-Joachim Grote)

ben. Das ist auch ein bezahltes Ehrenamt. Diese Probleme sind also bereits da.

- Aufwandsentschädigung ist ja geklärt. Das ist kein Thema.

- Genau, es ist nämlich geklärt. Weil Sie eben den Unterschied zu Ehrenämtern erwähnt haben: Den gibt es jetzt schon mit Übungsleiterpauschalen und Aufwandsentschädigungen für Gemeinderäte. Das ist doch auch Ehrenamt, oder? Und Sie haben einen Höchstsatz von 1.300 € in Ihrer eigenen Verordnung für kommunale Ehrenämter.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unerhört!)

- Das ist nicht unerhört, das ist richtig. Ich verstehe trotzdem nicht, dass Sie uns davor warnen, etwas vorschnell zu beschließen. Wir beschließen heute gar nichts. Es ist die erste Lesung.

Ich kann Ihnen versichern - das ist jetzt eine Bemerkung -: Natürlich werden wir alle Hinweise im Anhörungsverfahren, das dann hoffentlich ausführlich ist, wenn uns die Koalition denn eine schriftliche und mündliche Anhörung gewährt, aufnehmen und damit diese schwierigen Fragen, die Sie richtigerweise aufgeworfen haben, unter Einbeziehung des Innenministeriums und des Finanzministeriums, die wir herzlich gern in die entsprechenden Ausschüsse einladen, klären. Das halten Sie doch auch für ein vernünftiges Verfahren, oder?

- Ich habe nur als Vertreter der Regierung hier meinen Standpunkt darzustellen. Zu welchen weissen Entschlüssen das Parlament kommt, dazu werde ich mich nicht äußern. Das obliegt ausschließlich Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Dolgner.

(Beifall CDU, FDP, Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Aminata Touré [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um dreieinhalb Minuten überschritten.

(Unruhe)

- Es wäre nett, wenn Sie uns hier vorn weiterhin die Aufmerksamkeit schenken. Von dieser zusätzlichen Redezeit können die Fraktionen Gebrauch machen, ich sehe aber nicht, dass Fraktionen das tun möchten. Dann schließe ich die Beratung. Es ist bean-

tragt worden, den Gesetzentwurf mit der Drucksachennummer 19/1533 in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dazu, neue Gäste auf der Besuchertribüne zu begrüßen. Das sind ehemalige Schülerinnen und Schüler der Theodor-Storm-Schule aus Wellingdorf. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 36 auf:

Lebensmittelverschwendung wirksam begrenzen - Lebensmittelrettung unterstützen

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 19/1537

Lebensmittelverschwendung wirksam entgegen-treten

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Drucksache 19/1553

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wer es mit der Nachhaltigkeit ernst meint, kommt an dem Thema Lebensmittelverschwendung nicht vorbei.

(Beifall SPD)

Die Diskussionen der vergangenen Wochen haben deutlich gezeigt: Die Menschen verstehen und akzeptieren nicht mehr, dass da nicht aktiv, konsequent gegengesteuert wird. Sie akzeptieren auch nicht mehr, dass nicht endlich lebensnahe Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Sie erinnern sich hier im Hohen Haus sicherlich an den Antrag, den wir letztes Jahr im April gestellt haben. Wir fordern, eine nachhaltige Strategie gegen Lebensmittelverschwendung zu entwickeln - mit ganz konkreten Maßnahmen, mit ganz konkreten Zielen. Im Alternativantrag der Jamaikaner gibt es viel Pflaumenweiches, man müsste, man könnte, man sollte, Verweise auf Bundes- und EU-Ebene. Aber Initiativen? - Fehlanzeige! Einen konkreten Punkt gibt es darin, nämlich die Haftungskriterien

(Kirsten Eickhoff-Weber)

bei der Weitergabe von aussortierten Lebensmitteln an Dritte zu begrenzen und dadurch Tafelkonzepte zu unterstützen. Aber auch auf die Umsetzung dieses Punkts warten wir. Nichts passiert! Nichts gemacht! Schauen Sie auf die Homepage des MELUND - da ist das Thema in Schleswig-Holstein verankert -, stelle ich fest: Nichts Neues! Gar nichts!

Die Lebensmittelverschwendung ist deutschlandweit ein großes Problem, eine große Herausforderung. Ein Drittel der gesamten Produktion wird entlang der gesamten Wertschöpfungskette vernichtet. Dies ist nicht nur ein ethisch äußerst großes Problem, sondern bedeutet de facto auch eine immense Verschwendung von Ressourcen. Wir reden von Klimaschutz, von Nachhaltigkeit und von Ressourcenknappheit, aber mit den Lebensmitteln aasen wir, als gäbe es kein Morgen.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Auf der Justizministerkonferenz Anfang Juni in Lübeck hat Justizsenator Till Steffen aus Hamburg einen klugen Antrag gestellt, und zwar zum Legalisieren des Containers und gleichzeitig für ein Wegwerfverbot von Lebensmitteln im Lebensmittel Einzelhandel. Dieser Antrag ist leider an der Mehrheit der CDU-Fachminister gescheitert.

Weil aber endlich etwas passieren muss, stellen wir hier den vorliegenden Antrag. Reden reicht nicht! Wir müssen handeln!

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Daher fordern wir eine gesetzliche Regelung wie in Frankreich und in Tschechien, die den Lebensmittel Einzelhandel verpflichtet, verwertbare Lebensmittel an gemeinnützige Initiativen zur Lebensmittelrettung abzugeben. Aus den aktuellen Stellungnahmen der Tafel Deutschland wissen wir, dass das ein Weg ist, der von den Tafeln außerordentlich begrüßt wird.

(Beifall SPD)

Diesen Antrag stellen wir auch in Respekt vor denen, die schon heute ihren Beitrag leisten. Es gibt Unternehmen, die schon heute zum Beispiel mit den Tafeln eng zusammenarbeiten. Wir fordern eine rechtliche Regelung für die Lebensmittelretter, die noch verwertbare Lebensmittel direkt bei den Betrieben abholen wollen. Sie müssen doch so hingestellt werden können, dass man sie holen kann, ohne in die Container zu tauchen. Aber dafür brauchen die Betriebe endlich einen rechtlichen Rahmen.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Genau!)

Damit die Initiativen und auch die Tafeln ihre Arbeit weiter leisten können und auch in größerem Umfang leisten können, brauchen sie eine zuverlässige Unterstützung bei der Grundfinanzierung. Wir wissen: In manchen Kommunen geht das heute schon, in den meisten anderen ist das Ehrenamt aber am Limit.

Jetzt kommen Sie wieder mit so einem windelweichen Alternativantrag daher. Die Überschrift lässt hoffen, aber dann: ein Prüfauftrag nach dem nächsten! Und wieder nichts Konkretes für Schleswig-Holstein! Ja, auch wir begrüßen die Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung. Ja, wir stehen hinter dem globalen Nachhaltigkeitsziel, bis 2030 die Lebensmittelverschwendung auf Handels- und Verbraucherebene zu halbieren.

Heute fragen wir Sie aber: Was will denn Schleswig-Holstein dafür tun? Was will denn Schleswig-Holstein ganz konkret dafür tun? Dazu hat die Bundesministerin doch aufgerufen: Ihr Länder, seid dabei!

Der WWF hat uns 2018 bestätigt: Schleswig-Holstein ist bei der Lebensmittelrettung das Land der verpassten Chancen. Das setzt sich hier mit Jamaika fort. So kann es doch nicht sein!

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Hier gibt es viele Initiativen, die Tafeln seit 25 Jahren. Handel und Verbraucher machen sich Gedanken. Sie wollen endlich mehr als warme Worte.

Für die Stellungnahme des Handelsverbands Nord bin ich außerordentlich dankbar. Aus ihr wird deutlich, wie man sich damit auseinandersetzt und damit beschäftigt. Es wird deutlich, dass die Institutionen, die Handelsbetriebe beteiligt werden wollen. Dass das an vielen Stellen kritisch ist - -

(Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Von Containern spricht hier gerade niemand. Hören Sie mir einfach einmal zu, werte Kollegin! Auch wenn es kritische Hinweise gibt - genau das ist es doch, was wir brauchen.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin!

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Sofort! - Entschuldigung. - Wir müssen darüber reden. Wir müssen mit allen reden, die aktiv sind, die

(Kirsten Eickhoff-Weber)

sich beteiligen. Wir beantragen eine Überweisung in den Ausschuss, damit wir in Schleswig-Holstein endlich eine Plattform haben, um über dieses Thema zu reden.

(Beifall SPD - Zuruf Marlies Fritzen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion die Kollegin Anette Röttger.

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Vor fast genau einem Jahr haben wir hier im Landtag bereits über das Thema „Lebensmittelverschwendung einschränken - Lebensmittel wertschätzen“ diskutiert und unseren Standpunkt dazu klargestellt. In unserer Wohlstandsgesellschaft gibt es Essen und Trinken genug, und bis in die Abendstunden hinein hat der Kunde die Qual der Wahl. Bis dahin liegen die Regale voller Angebote. Wo bleibt das, was übrig geblieben ist, noch nicht verdorben ist, aber auch nicht mehr verkauft werden kann?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir als CDU setzen immer noch auf eine Strategie, die von Freiwilligkeit geprägt ist und die ausdrücklich auf Verbraucherbildung setzt und an die bewährten Projekte anknüpft. Daran hat sich bis heute nichts verändert.

Im vorgelegten Antrag geht es um die Frage, wie man einer Lebensmittelverschwendung wirksam entgegentreten kann. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang zum einen, dass es Aktivitäten aus dem Bundesministerium zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung gibt, und zum anderen das Engagement und die Maßnahmen des Handels zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung.

Um sich diesem Thema ehrlich zu nähern, sollten wir unser eigenes tägliches Verhalten prüfen. Wer es mit Wertschätzung von Lebensmitteln ernst meint, weiß, dass man kein Essen achtlos wegwirft, geht selbst sorgfältig mit unseren hochwertigen Lebensmitteln um und achtet bereits beim Einkauf auf die angemessene Menge und zu Hause auf eine sachgerechte Lagerung und Vorratshaltung. So wird vermieden, dass Lebensmittel nicht verzehrt und damit verschwendet werden.

Können wir davon wirklich noch in jedem Haushalt in Schleswig-Holstein ausgehen? - Nach Aussage

des Handelsverbands Nord - er lehnt übrigens Ihren SPD-Antrag deutlich ab - werden mehr als die Hälfte aller Lebensmittel in privaten Haushalten entsorgt, während lediglich 4 % bis 5 % über den Lebensmittelhandel anfallen. Jeder von uns weiß, wie er oder sie zu Hause mit überschüssigen Lebensmitteln umgeht. Gehören Sie zu denen, die eine Lebensmittelverschwendung vermeiden, oder landet bei Ihnen regelmäßig ein erheblicher Anteil in der Biotonne, auf dem Kompost oder gar im Restmüll?

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Verbraucherbildung hilft, denn mit Aufklärung und der Sensibilisierung der Verbraucher kann man erheblich dazu beitragen, einer Lebensmittelverschwendung wirksam entgegenzuwirken. Wer maßhalten kann, kann vermeiden, dass überschüssige Lebensmittel anfallen, und muss über Lebensmittelrettung im engeren Sinne gar nicht erst nachdenken.

Was macht aber der Lebensmittelhandel mit überschüssiger Ware? Wo bleiben die Reste aus Kantinen und Mensen? - Unbestritten ist das Verhalten der Supermärkte dort fragwürdig, wo gute und verwertbare Lebensmittel tonnenweise in der Mülltonne landen. Ich sage aber auch: Der Lebensmittelhandel ist bereits gut aufgestellt und spendet bereits heute 80 % der Lebensmittel, die die Händler nicht mehr verkaufen können, freiwillig an karitative Organisationen wie die Tafeln. Zudem gehen überschüssige Lebensmittel aus Bäckereien direkt in die Tierfuttermittelverwertung.

(Wortmeldung Kirsten Eickhoff-Weber
[SPD])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin?

Anette Röttger [CDU]:

Die Zusammenarbeit funktioniert auf freiwilliger Basis. Das sollte nach unserer Auffassung so bleiben, eine gesetzliche Verpflichtung dazu lehnen wir ab.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin Röttger, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Eickhoff-Weber?

Anette Röttger [CDU]:

Gern.

(Anette Röttger)

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Frau Kollegin, Sie erwähnten die Stellungnahme des Handelsverbandes Nord. Sie haben festgestellt, dass der Handelsverband unseren Antrag ablehne. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass der Handelsverband ausdrücklich unserem Antrag zur Grundfinanzierung der Tafeln - damit sie Ihre Aufgaben bewältigen können - zustimmt und sagt, eine Grundfinanzierung sei eine gute Idee? - Das, finde ich, sollten wir zur Präzision auf jeden Fall noch dazu sagen.

- Frau Eickhoff-Weber, ich gebe Ihnen recht. Das war aber nur ein Punkt von vieren in Ihrem Antrag. Alle anderen Bereiche wurden vom Handelsverband abgelehnt.

Ich möchte an dieser Stelle auf die 90. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister Anfang Juni in Lübeck hinweisen, die sich mit einem Antrag befasst hat, der das Ziel hat, das sogenannte Containern zu legalisieren. Die Konferenz ist zu dem Entschluss gekommen, dass Straf- und Zivilrecht keinen Ansatz bieten, das Problem der Lebensmittelverschwendung zu lösen.

Auch wir als CDU haben erhebliche Bedenken gegenüber einer derartigen Inbesitznahme von Lebensmitteln. Die Begründung liegt für uns auf der Hand: Wir sprechen hier von Lebensmitteln, die sich im Eigentum des Lebensmittelhändlers befinden und sich zudem auf seinem Grundstück befinden. Es hilft, wenn sich jeder selbst überprüft, wie man es selbst wohl fände, wenn zu jeder Tages- und Nachtzeit fremde Menschen das eigene private Grundstück betreten, dort Bio- oder Restmülltonnen durchsuchen und zudem anschließend regelmäßig Müllreste neben der Tonne liegen lassen. Das geht so nicht. Da die Rechtsprechung und insbesondere das Straf- und Strafverfahrensrecht für derartige Inbesitznahmen jedoch sehr komplex ist, bitten wir im Rahmen unseres Antrags um eine entsprechende Prüfung.

Den Antrag der SPD lehnen wir ab. Ein Abgabegesetz halten wir nicht für erforderlich. Wir setzen auf Freiwilligkeit. Die Einschätzung zum Containern habe ich vorgetragen. Eine Reform der Regelung zum Mindesthaltbarkeitsdatum gehört erstens nicht in die Zuständigkeit des Landes und ist zweitens in diesem Kontext nicht das Problem.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Frau Kollegin!

Anette Röttger [CDU]:

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Bernd Voß.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage einmal das Wort: Es bleibt ein Skandal, dass die Niedrigstpreise von Lebensmitteln mit eine Ursache sind, dass in dem Umfang weggeworfen wird. Das alles ist erst möglich durch Dumping und zum Teil durch prekäre Erzeugungsbedingungen entlang der Lebensmittelkette. Wir dürfen nicht das billig machen, das in Wirklichkeit wertvoll ist. Ich glaube, dass meine Vorrednerinnen dies bereits deutlich gemacht haben. Rund 11 Millionen t Lebensmittelabfälle gibt es in Deutschland im Jahr. Ziel ist es, dies bis 2030 zu halbieren. Dies wäre ein nicht unerheblicher Beitrag zum Klimaschutz.

Genau vor einem Jahr haben wir hier darüber schon einmal diskutiert. Wir haben inzwischen das Bundesprogramm bekommen. Die Nationale Strategie ist im Februar beschlossen worden. Dort ist nachzulesen, dass Halbieren bedeutet, 6 Millionen t CO₂-Equivalent würde eingespart werden. Das ist aber bei Weitem nicht alles. Wenn wir die gesamte Kette einschließlich der Rohstoffherzeugung, wie beispielsweise Soja, das im Ausland erzeugt wird, betrachten und fossile Brennstoffe miteinbeziehen, sind wir bei 38 Millionen t. Das ist ein erheblicher Beitrag. Das Problem ist also alles andere als trivial.

Es ist den Akteuren der Zivilgesellschaft zu verdanken, dass dieses Problem in den letzten Jahren in die Öffentlichkeit gerückt ist. Dazu gehören die Tafeln, die Foodsharing-Initiativen, die Landfrauen, die Verbraucherzentralen. Dazu gehören auch diejenigen, die beim sogenannten Containern Lebensmittel mitgenommen und die Vernichtung von Lebensmitteln vermieden haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Initiativen erhöhen den Druck auf die Politik, endlich Maßnahmen zu ergreifen. Umfragen der Gesellschaft für Konsumforschung haben deutlich gemacht, dass sich in den Köpfen etwas geändert hat. Das Einkaufsverhalten beginnt sich zu ändern.

(Bernd Voß)

Eine Strafbewährung dieser Form der Lebensmittelrettung scheint mir überzogen und sollte dringend überprüft werden, wie es unser Antrag vorsieht. Die derzeitige rechtliche Situation - und ich weiß, man kann juristisch immer alles erklären - ist alles andere als glücklich. Es müssen in diesem Zielkonflikt Wege aus der rechtlichen Unsicherheit und Kriminalisierung gefunden werden.

Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass wir hier einen Konflikt mit der Lebensmittelsicherheit haben. Dies ist in diesem Kontext mit zu klären. Besser wäre es, wenn zum Verzehr geeignete Lebensmittel gar nicht erst im Container landeten. Besser wäre es, wenn wir ein Abgabesystem hätten, wie es in Ansätzen existiert, und die Lebensmittel sortiert an Dritte - das heißt an Bedürftige, an Initiativen und Tafeln - abgegeben werden könnten. Nur bei so einem geordneten System können wir ausschließen, dass hygienisch bedenkliche Lebensmittel an Endverbraucher gelangen.

Meiner Meinung nach lohnt es sich, einen intensiven Blick nach Frankreich zu werfen. Dort ist der Handel, ähnlich wie in Tschechien, per Gesetz verpflichtet, dass einwandfreie Lebensmittel abgegeben werden müssen. Der Beschluss der Verbraucherschutzministerkonferenz von vor vier Wochen sagt ganz klar, dass der Bund gebeten wird, die Einführung einer solchen gesetzlichen Regelung in Deutschland zu prüfen.

Bei allem grundsätzlich Positiven der Freiwilligkeit führt sie doch immer wieder dazu, dass diejenigen, die vorangehen, letztlich am Markt - und es handelt sich im Lebensmitteleinzelhandel um einen hart umkämpften Markt - im Wettbewerb hintanstehen. Dies ist kontraproduktiv. Wenn acht der 16 Bundesländer gesagt haben: nicht lange prüfen, sondern umsetzen, glaube ich, dass wir es so bewerten und dem folgen sollten.

Beim SPD-Antrag wundert mich ein bisschen der Ton. Regelungen zur Mindesthaltbarkeit und zum Strafrecht kann das Land nicht machen. Ich hatte mir eigentlich heute vorgenommen, nicht auf die Beteiligung an der Großen Koalition zu verweisen. Aber die Justiz- und Verbraucherschutzministerin kommt doch aus Ihren Reihen. Ich würde Sie bitten, dort etwas mehr Druck in die eigenen Reihen zu geben. - Vielen Dank.

(Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Ist auf dem Weg! - Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dennys Bornhöft.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 11 Millionen t Lebensmittel landen bei uns jedes Jahr in der Abfalltonne. In unserer Gesellschaft stehen Nahrungsmittel im Überfluss zur Verfügung. Aus Überfluss wird leicht Verschwendung. Die Lebensmittelverschwendung ist in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung für uns, denn sie schadet auch unserer Umwelt. Mit jedem Lebensmittel, das weggeworfen wird, wurden Boden, Arbeitskraft und Energie aufgewendet und ist somit CO₂-Ausstoß verbunden. Was können wir auf diesem Feld, unter anderem in Schleswig-Holstein, tun, damit weniger in der Tonne landet? - Erster Ansatzpunkt sollte tatsächlich jeder für sich selbst sein, denn ungefähr die Hälfte aller Lebensmittelabfälle entsteht in unseren privaten Haushalten, also bei einem selbst. Jeder von uns wirft im Schnitt jedes Jahr 55 kg Lebensmittel weg. Ich selbst ärgere mich jedes Mal wie die Pest, wenn mir zu Hause Brot, Zucchini oder anderes im Kühlschrank wegschimmelt und ich somit auch etwas verschwendet habe, auch wenn ich immer sehr penibel damit bin, es aber trotzdem passiert ist.

Nun ist es so - das konnte man in der Stellungnahme des Einzelhandels lesen -, dass im Einzelhandel selbst, in seiner Prozesskette, der prozentuale Anteil der Lebensmittelabfälle rund 4 bis 5 % beträgt. An sich ist es auch logisch, dass das nicht allzu viel ist, denn die Einzelhändler sorgen schon aus eigenem Geschäftsinteresse normalerweise dafür, ihre Verluste möglichst klein zu halten.

Selbst wenn man beim Containern mit einer Ladung sogenannten Lebensmittelabfalls von einem Discounter regelmäßig seinen privaten Küchentisch vollbekommt, ist es gemessen an dem Tagesumsatz eines Discounters, der die gesamte Nachbarschaft versorgt, nur ein kleiner Teil. Der Einzelhandel selbst gibt an, dass durchschnittlich 1,1 % der vom Handel bezogenen Lebensmittel nicht bis zum Verbraucher gelangen. Das entspricht aber immerhin noch einer Summe von 1,2 Milliarden € am Umsatz. Der Handel hat selbst ein Interesse daran, diese Summe für sich zu reduzieren.

Ich will damit die Lebensmittelverschwendung nicht kleinreden, sondern in einen Gesamtkontext einordnen. Daher ist es natürlich von allgemeinem Interesse, auch diesen besagten Teil, die 1,2 Milliar-

(Dennys Bornhöft)

den € die 1,1 %, zu vermeiden. Das ist auch das Anliegen der vorliegenden Anträge.

Ich selbst glorifiziere das Containern nicht, stehe dem aber auch absolut nicht konträr oder kritisch gegenüber.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Nach derzeitiger Rechtslage ist es aber teilweise Hausfriedensbruch. Die Haftungsfrage bezüglich gesundheitlicher Vorgaben engt den Einzelhandel ein.

(Beifall CDU)

Ich bin Mitglied der FDP und glaube an den verständigen Menschen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Derjenige, der sich aus Müllcontainern ernährt, wo prinzipiell alles nicht sortenrein hineingekippt wird und ungekühlt liegt, wird wissen, dass er sich damit einem potenziellen Risiko aussetzt, sich eine Magenverstimmung oder Schlimmeres einzufangen. Bei einem verständigen Menschen gehe ich aber davon aus, dass er dieses Risiko für sich selbst einkalkuliert.

Auf die Idee zu kommen, dass sich jemand gegebenenfalls wegen einer Gesundheitsgefährdung gegen den Supermarkt wendet, wäre abstrus, bleibt aber derzeit ein Stück weit Risiko für den Einzelhandel.

Ich bin wirklich sehr offen, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Einzelhandel einen separierten Bereich wie zum Beispiel Regale und Kühlschränke aufstellt, in denen betreffende Lebensmittel zur Abholung bereitgestellt, die Lebensmittel also nicht unsortiert in ungekühlte Müllcontainer gekippt werden. Die Möglichkeit muss dann aber auch mit einer Freistellung von etwaigen Haftungsfragen einhergehen; das gehört zur Wahrheit in der Debatte auch dazu. Wer sich dadurch einen Magen-Darm-Infekt holt, hat halt Pech und muss da durch. Das ist zumindest unsere Haltung dazu.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Wie eben schon erwähnt gehe ich davon aus, dass diejenigen, die containern, das für sich selbst abwägen und das trotzdem im Zweifelsfall so machen.

Das Modell, wie ich es eben beschrieben habe, wird sogar in Teilen schon freiwillig umgesetzt. Solche Lebensmittel, wenn sie nicht an die Tafeln gehen - das ist auch ein ganz wichtiger Aspekt -, werden in

Kiel von vielen Supermärkten bereits in eigenen Bereichen zur Abholung zur Verfügung gestellt. Da ist also nicht einmal ein Hausfriedensbruch nötig; das klappt in Teilen schon.

Wir sollten aber unbedingt betonen, dass die Supermärkte die Lebensmittel, die sie nicht mehr verkaufen können, zu fast 90 % jetzt schon an gemeinnützige Organisationen abgeben. Die Zusammenarbeit mit den Tafeln ist vertrauensvoll und freiwillig; es ist ganz wichtig, dass diese Arbeit nicht konterkariert wird - egal, welche Rechtsbestimmungen wir hier am Ende vorsehen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf dem Weg zu meinen ehemaligen Grundschulkameraden wollte ich als ehemaliger Kiel-Wellingdorfer gerade sagen, möchte ich abschließend noch einmal betonen: Lebensmittelverschwendung ist bei jedem selbst eine tagtägliche Entscheidung.

(Martin Habersaat [SPD]: Da hast du dich gut gehalten!)

- Ja, die auch.

Meine Verlobte, Gyde Jensen, war gestern zur Mittagspause hier und hat eine ziemlich große Portion aufgetischt bekommen, die sie am liebsten hätte zurückgeben wollen. Ich habe das insofern vermieden, als ich sie mir selbst angeeignet habe, bevor sie im Container gelandet ist.

(Zuruf AfD: Wahre Liebe!)

Somit habe ich ein Stück weit der Lebensmittelverschwendung entgegengewirkt.

(Beifall FDP und CDU)

Jeder einzelne Kauf, jeder einzelne Blick in den Kühlschrank ist auch wichtig, um diesem hehren Ziel etwas näherzukommen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege, auch für Ihren Einsatz. - Das Wort hat für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Schnurrbusch.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Kein vernünftiger Mensch kann die Verschwendung von Lebensmitteln guthei-

(Volker Schnurrbusch)

ßen. Doch obwohl niemand damit einverstanden sein kann, steigen die Lebensmittelverluste jedes Jahr aufs Neue.

Zunächst möchte ich ausdrücklich die Tafeln hervorheben, die einen wichtigen Beitrag zur Reduzierung von Lebensmittelverlusten leisten. Sie stehen in ständigem Kontakt mit dem Handel, um noch verzehrfähige Lebensmittel an sozial Schwächere abzugeben. Dafür gebührt den vielen freiwilligen Helfern unser Dank.

Eine aktuelle Studie des Instituts für nachhaltige Ernährung der Fachhochschule Münster verzeichnet für Deutschland einen Lebensmittelverlust von rund 82 kg pro Einwohner, insgesamt rund 18 Millionen t. Auf Schleswig-Holstein übertragen bedeutet das, dass wir fast 1 Million t an Lebensmitteln pro Jahr vernichten. Umgerechnet auf Weizen hieße das, dass wir rund ein Drittel der Ernte nicht nutzen würden. Das können und wollen wir auf Dauer nicht hinnehmen.

Leider gibt es hier im Land nur wenig Initiativen gegen die Verschwendung von Lebensmitteln. Folgt man der aktuellen WWF-Studie, ist Schleswig-Holstein allenfalls Mittelmaß; Vorreiter sind hier Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Welche Maßnahmen die Landesregierung gegen die Verschwendung von Lebensmitteln ergreifen will, haben wir sie vor 14 Tagen in einer Kleinen Anfrage gefragt. Leider haben wir bis heute noch keine Antwort darauf, was ich sehr bedauere, denn dann hätte die Debatte noch einen weiteren Aspekt umfassen können.

Das Problem ist komplex: Es gibt nicht nur den einen Verursacher, sondern viele Beteiligte. Damit sind wir auch schon beim Hauptproblem des SPD-Antrags, der fast ausschließlich auf den Handel abzielt. Ein Abgabengesetz soll her, das den Handel verpflichtet, genießbare Lebensmittel zu spenden. Das sogenannte Containern soll über Umwege doch wieder legalisiert werden. Auf der letzten Justizministerkonferenz hier in Schleswig-Holstein ist dieser Vorstoß aus Hamburg gescheitert. Nun versucht die SPD, das Thema hier noch einmal aufzuwärmen.

Allerdings fallen im Lebensmitteleinzelhandel nur rund 5 % der Verluste an. Der Handel hat per se ein großes Interesse daran, Lebensmittel zu verkaufen. Jede weggeworfene Gurke, jede Wurst bedeutet einen Verlust, bedeutet fehlenden Umsatz trotz Kosten. Aktuell entwickelt ein Start-up-Unternehmen dynamische Preisschilder für sensible Lebensmittel,

um das Problem im Handel wenigstens etwas einzudämmen.

Der viel größere Schaden entsteht jedoch auf den Transportwegen, in den Kantinen und in den Gaststätten sowie mit einem Anteil von etwa 40 % beim Endverbraucher in den Privathaushalten. Obst und Gemüse, das auf den Transportwegen beschädigt wird oder in den Reifehallen nicht schnell genug nachreift, wird vernichtet. Es gelangt gar nicht erst in den Handel, weil es vermeintlich nicht mehr den hohen Normen genügt, die viele Verbraucher heute an Lebensmittel anlegen. Hier sind wir also alle gefragt, unsere Ansprüche nicht ins Vermessene hochzuschrauben, denn oft wird nur jeder zweite Salatkopf geerntet; der Rest wird untergepflügt, weil er den hohen Standards nicht genügt.

Verluste auf den Transportwegen ließen sich etwas eindämmen durch die Stärkung regionaler Vermarktung oder die Direktvermarktung durch unsere Landwirte. In Hotels oder Kantinen müssen heute aufgrund strenger Auflagen und Vorgaben Lebensmittel entsorgt werden, die durchaus noch zum Verzehr geeignet wären. Das gilt es zu beachten, zu respektieren, aber auch im Rahmen des Alternativantrags zu überprüfen.

Es gibt in der Tat eine Vielzahl von Möglichkeiten, um Lebensmittelverluste zukünftig zu reduzieren. Der Alternativantrag der regierungstragenden Fraktionen ist aus unserer Sicht besser geeignet, diesem komplexen Problem Herr zu werden. Deswegen werden wir ihm zustimmen und lehnen den SPD-Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lebensmittelverschwendung fängt nicht beim Container an, sondern auch mit Lockangeboten, die zum Mehrkauf verführen. Rabattschlachten führen dazu, mehr einzukaufen, als man eigentlich wollte. Das ist unter anderem eine Wurzel des Übels. „Drei zum Preis von zwei“ sollte bei verderblichen Lebensmitteln grundsätzlich gesetzlich verboten werden - verderbliche Lebensmittel in Großpackungen übrigens auch, weil damit die Verschwendung programmiert ist.

(Flemming Meyer)

(Beifall SPD und Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lebensmittelverschwendung fängt im Shop der Back-Kette an, der bis Sonnabendabend volle Regale anbietet. Pünktlich um 18 oder 20 Uhr - oder wann auch immer der dahinter gelegene Supermarkt seine Türen fürs Wochenende schließt - wird aus den Kuchen, Brötchen und Broten von einer Sekunde zur nächsten Abfall.

Da kaum eine Tafel am Wochenende Dienst schiebt, werden Woche für Woche ganze Regale in den Container geschoben, weil die Kundinnen und Kunden angeblich bis kurz vor Ladenschluss noch die volle Auswahl erwarten. Das ist natürlich Quatsch, ändert aber an der Praxis vieler Back-Ketten überhaupt nichts. Handwerkliche Bäcker, die es tatsächlich noch gibt, machen da nicht mit.

(Beifall Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Viele Kundinnen und Kunden schätzen genau dies.

Lebensmittelverschwendung fängt beim Erzeuger an, wenn keine ausreichenden Lager-, Transport- und Verarbeitungskapazitäten vorhanden sind. Bei Erzeugerproblemen, Rabattaktionen und handelsseitigen Angebotsvorgaben sind Erzeuger, Lebensmittelindustrie und der Handel gefordert. Sie müssen gezielt Kante zeigen gegen Lebensmittelverschwendung.

Was tun sie stattdessen? Auf die Verbraucher zeigen, die unvernünftig mit Lebensmitteln umgehen würden. Dabei werden sie bedauerlicherweise von der entsprechenden Ministerin Klöckner unterstützt. Schaut man in den aktuellen Ernährungsreport 2019, dann sucht man die Verantwortlichen für Lebensmittelverschwendung in Industrie und Handel vergeblich. Nur der Verbraucher wird als Verursacher von Lebensmittelverschwendung benannt.

Ich denke aber nicht, dass wir Landwirtschaft, Handel und Industrie aus der Verantwortung entlassen sollten.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Würde beispielsweise das Entsorgen von verzehrfähigen Lebensmitteln durch den Handel steuerlich bestraft oder gesetzlich verboten werden, würde es gar nicht mehr zur Lebensmittelverschwendung in dieser Höhe kommen. Das wäre übrigens auch weitgehender als das, was der vorliegende Vorschlag vorsieht, den Handel zur Abgabe verzehrfähiger Lebensmittel zu zwingen. Wir müssen Almo-

sensysteme stoppen, in welche die Verschwendung schon eingepreist wird. Wir müssen das Übel an der Wurzel packen, wie es in dem Antrag an anderer Stelle ja auch gefordert wird, und zwar beim Mindesthaltbarkeitsdatum.

Lebensmittelverschwendung fällt nämlich auch beim Mindesthaltbarkeitsdatum an, das sogar auf unverderbliche Waren wie Zucker, Salz oder Essig aufgedruckt ist. Obwohl viele Lebensmittel noch Tage oder sogar Wochen und zum Teil sogar Monate nach Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums genießbar sind, wirft nach einer Untersuchung des Ernährungsreports jeder Zwanzigste Lebensmittel weg, wenn sie abgelaufen sind. Junge Menschen übernehmen dieses Verhalten. So wirft jeder zehnte Jugendliche Lebensmittel bei Erreichen des Mindesthaltbarkeitsdatums in die Mülltonne.

Ich habe bereits die Tafeln angesprochen. Deren vorbildliches Engagement geht in den meisten Fällen über die reine Verteilung von Lebensmitteln hinaus. Oftmals bieten sie auch soziale Gemeinschaft, Informationen über soziale Leistungen und einfach mal ein Ohr zum Zuhören. Die Tafeln sind aber keineswegs ein Reparaturbetrieb für sozialpolitische Fehlentwicklungen.

(Beifall SSW und SPD)

Mit Sorge habe ich in den letzten Jahren beobachtet, wie aus einer Einzelfallhilfe inzwischen ein unverzichtbarer Bestandteil der Sozialpolitik geworden ist. Dem steht eine sträfliche Unterfinanzierung der Tafeln gegenüber, die eigentlich auf professionelle Füße gestellt werden sollten. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass in dem vorliegenden Antrag gegenüber anderen Vorschlägen, die ich oft gehört habe, keine weiteren Forderungen und Funktionen an die Tafeln gestellt beziehungsweise übertragen werden. Das finde ich unheimlich gut.

Es geht auch um das sogenannte Containern oder um die Lebensmittelrettung, die in der Regel unorganisiert vonstattengeht. Bedauerlicherweise wurde erst vor Kurzem ein Vorstoß Hamburgs zur Legalisierung des Containerns von der Mehrheit der Justizminister abgelehnt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind auch nicht gerade einfach, muss doch für das Containern ein Zugriff auf Grundstücke und Infrastruktur ermöglicht werden.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Meyer, kommen Sie bitte zum Schluss.

Flemming Meyer [SSW]:

Okay, dann will ich nur noch sagen: Darum sollten wir die rechtlichen Rahmenbedingungen im Ausschuss deutlich prüfen. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, auch für die Disziplin nach Aufforderung. - Jetzt hat zu einem Kurzbeitrag die Abgeordnete Marlies Fritzen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zu zwei Punkten äußern. Zum einen möchte ich auch für meine Fraktion sagen, dass wir dem Containern von der Sache her mit großer Sympathie gegenüberstehen, weil es darauf aufmerksam macht, dass Dinge, die noch gut gebraucht werden können und die einen hohen Wert haben, einfach weggeworfen werden. Insofern, finde ich, haben Sie die richtige Initiative ergriffen. Deshalb ist dieses hier auch als Ursprung für diese Debatte sehr gut geeignet.

Ich möchte mich bei Flemming Meyer ausdrücklich nochmals bedanken für Ihre letzten Worte in Bezug auf die Arbeit der Tafeln und die Frage, ob diese sozusagen unser Gewissen beruhigen dürfen. Das dürfen sie nämlich nicht. Ich bin auch unbedingt der Meinung, dass wir dieses nicht im Rahmen vom Gewähren von Almosen diskutieren dürfen, weil das ein paternalistischer Ansatz ist, der die Würde der Menschen, die davon betroffen sind, in keinsten Weise angemessen berücksichtigt.

Ich freue mich auch über den Ursprungsantrag der SPD. Aber - jetzt komme ich zu meinem Aber, weshalb ich mich noch mal gemeldet habe -: Wir haben anders als die JuMiKo in unserem Antrag einen Prüfauftrag für die Straffreistellung oder Nichtstrafbewehrung von Containern gestellt. Hier ist zweimal deutlich angesprochen worden, wie problematisch das ist und dass das nicht einfach mit einem Federstreich gemacht werden kann. Aber wir als grüne Fraktion setzen uns dafür ein. Ich habe auch den Wortbeitrag des Kollegen Dennys Bornhöft so verstanden, dass wir nach Möglichkeiten ringen sollten, dieses zu regeln, damit es nicht strafbar ist und damit diese Lebensmittel nicht weggeworfen werden müssen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Für beide Seiten nicht strafbar!)

- Bitte? Für beide Seiten nicht strafbar. Für niemanden. - Insofern mag der JuMiKo-Beschluss sein, wie er ist, und mag auch mit überwiegender Mehrheit von CDU-regierten Ländern gefallen sein. Ich muss dabei aber auch sagen, dass der Beschluss der Konferenz der Verbraucherschutzministerinnen und Verbraucherschutzminister, die kurz darauf stattgefunden hat - sie war vorher, Entschuldigung -, zu einer anderen Aussage gekommen ist. Wenn ich unser Ministerium da richtig beobachtet habe, dann hat unser Ministerium als Verbraucherschutzministerium sehr wohl auch unterstützt, dass wir an dieser Stelle zu anderen Regeln kommen.

Jetzt ist mein zentraler Punkt der Duktus der SPD: Zu sagen: Wir müssen endlich - endlich, weil wir doch endlich hier etwas machen müssen - auf Landesebene in die Puschen kommen. Die Aussage, dass unser grünes Umwelt- und Landwirtschaftsministerium da endlich mal nachlegen sollte, finde ich, ist völlig fehl am Platz, weil diese rechtliche Regelung in Bezug auf die Strafbarkeit eine Regelung ist, die weder ein grünes Landwirtschaftsministerium noch eine Landesregierung - egal, von wem sie geführt wird - regeln kann. Das kann ausschließlich der Bund, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, und da sind wir - so leid es mir tut, aber wir ändern das ja hoffentlich demnächst - lange, lange nicht mehr in Verantwortung gewesen. Deswegen finde ich: Es gehört zur Ehrlichkeit dazu, dass Sie uns jetzt hier nicht in die Verantwortung nehmen, Dinge zu regeln, die Sie im Bund schon seit fast zehn Jahren noch nicht einmal angefasst haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, Jan Philipp Albrecht.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Präsident! Vielen Dank für die sehr engagierte Aussprache, die auch weiterhin, auch nachdem wir sie im vergangenen Jahr schon einmal geführt haben, deutlich macht, wie dringlich tatsächlich das Handeln in diesem Bereich der Lebensmittelverschwendung ist, und zwar bei allen Beteiligten in der ganzen Kette. Das wurde eben auch mehrfach deutlich gemacht.

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Es geht darum, Lebensmittel und deren Wertschätzung in unserer Gesellschaft zu diskutieren und zu verankern und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass auf der Kette bis zum Verbraucher und auch bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Verwendung von Lebensmitteln, die vollständige Verwertung von Lebensmitteln im Vordergrund stehen. Dazu brauchen wir stärkeren Einsatz - da stimme ich Ihnen absolut zu.

Es hat sich in der Zwischenzeit - seit der letzten Debatte - natürlich auch viel geändert. Wir haben als Landesregierung, als Landwirtschaftsministerium, im Rahmen der Erarbeitung der Nationalen Strategie zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung mitgearbeitet und auch darauf gedrängt, dass diese verabschiedet wird. Wir haben in diesem Zusammenhang auch sehr deutlich gemacht, dass es uns wichtig ist, tatsächlich Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die auch in der Lage sind, Verbesserungen herbeizuführen, und nicht nur auf Dialog und nicht nur auf Freiwilligkeit zu setzen. Denn es braucht auch Rahmenbedingungen, die geschaffen werden müssen. Auf Drängen Schleswig-Holsteins ist im Rahmen der Strategie auch festgehalten worden, dass diese daraufhin regelmäßig evaluiert und überprüft werden muss. Denn es ist klar: Wir wollen keine alibimäßige oder nur oberflächliche Strategie, die am Ende von den betroffenen Akteuren verweigert wird, sondern wir wollen echte Fortschritte erreichen.

Nur: So einfach ist es eben manchmal nicht. Tatsächlich haben wir in Deutschland angesichts der vielen Initiativen, die sich zum Beispiel bei den Tafeln für die Verwendung überschüssiger Lebensmittel einsetzen, bereits einen sehr umfassenden Einsatz, wenn es zum Beispiel um die Verschwendung im Bereich des Handels geht.

Wir haben einen Ansatz, der sehr weit geht und der mittlerweile so weit geht, dass die Tafeln selbst sagen: Wir kommen an die Grenzen unserer Kapazitäten. Wenn wir jetzt zum Beispiel über Modelle wie in Frankreich diskutieren, dann müssen wir auch schauen: Kann es in diese Richtung noch Verbesserungen geben, wenn man eine solche reine Verpflichtung verabschiedet, oder brauchen wir andere Wege? Sie sehen, es gibt jetzt sehr viel stärker als bisher die Debatte über die Frage: Wie können andere Abgabemöglichkeiten überhaupt ermöglicht werden, und zwar nicht nur beim Handel, sondern auch bei den Privatpersonen, bei den Kantinen und natürlich auch in den anderen Bereichen, zum Beispiel bei der Landwirtschaft selbst?

Diese Rahmenbedingungen werden in den verschiedenen Ressorts auf Bundesebene geschaffen. Insofern ist es absolut richtig, wie wir es auch deutlich machen, dass Heiner Garg, Sabine Sütterlin-Waack und ich uns in den verschiedenen Fachministerkonferenzen auf Bundesebene dafür einsetzen, weil es verschiedene Regeln wie Hygiene, Verbraucherschutzstandards, Lebensmittelsicherheitsstandards und natürlich auch die zivilrechtlichen Fragen gibt, die damit zu tun haben. Für diese braucht es neue Maßgaben, wenn wir erlauben wollen, dass Lebensmittel zur Verfügung gestellt und abgegeben werden können, wenn sie nicht mehr gebraucht werden, ohne dass jemand vielleicht auf das Privatgrundstück von einem Unternehmen oder einer anderen Person gehen muss und damit in den Bereich der Strafbarkeit kommt.

Nichtsdestotrotz ist es meines Erachtens richtig, dass wir auch diesen Bereich überprüfen, denn es ist natürlich so, dass es häufig ein durchaus akzeptiertes Containern gibt, bei dem viele es unterstützen, dass man Lebensmittel weiterverwertet. Deshalb ist es auch richtig, dass an dieser Stelle diese Debatte geführt wird.

Mir geht es darum, dass wir die Wertschätzung von Lebensmitteln in den Vordergrund stellen. Es wurde auch von Bernd Voß deutlich gesagt: Wir haben häufig eine viel zu geringe Wertschätzung für die Lebensmittel, die wir gerade auch in der Landwirtschaft produzieren. Wir haben durchaus Dumpingpreise und Niedrigpreise, die das nicht unbedingt unterstützen. Daher ist es richtig, an der Stelle anzusetzen.

Ich freue mich, dass wir zum Beispiel in diesem Schuljahr 2019/2020 erstmals alle Schulen, die an dem EU-Programm Milch, Obst, Gemüse teilnehmen wollen, mit den EU-Mitteln unterstützen können. Ich glaube, das ist der Bereich, in dem wir am ehesten ansetzen können, sodass jeder von Anfang an lernt, dass Lebensmittel nicht weggeworfen werden müssen, sondern dass man sie vollständig verwerten kann. In diesem Sinn werden wir uns auch weiterhin bemühen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Es ist wichtig, dass wir in der Frage der Lebensmittelverschwendung vorankommen. Insofern stimme ich den Vorrednerinnen und Vorrednern absolut zu. Wir müssen an dieser Stelle vorankommen, und das tun wir über die Ebenen hinweg. Aber dazu braucht es die richtigen Rahmenbedingungen auch auf Bun-

(Minister Jan Philipp Albrecht)

desebene, das wurde gesagt. Dafür werden wir uns als Landesregierung einsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, FDP und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Eickhoff-Weber.

Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Hinweis auf den Bund kommt immer wieder gut. Auch der Minister hat auf die Rahmenbedingungen auf Bundesebene verwiesen. Aber im letzten Jahr hat der WWF, er ist ein durchaus renommierter und ernst zu nehmender Verband, ein Ranking mit der Frage aufgestellt, wie weit und wie erfolgreich die Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland bei ihren Bemühungen zur Lebensmittelrettung sind. Da ist Schleswig-Holstein auf einen sehr mäßigen Platz im hinteren Mittelfeld gekommen. Die Kommentierung des WWF war: Chancen verpasst, Potenziale nicht ergriffen. So viel zum Thema: Wir warten auf den Bund, wir warten auf den Bund. Es ist eine Menge möglich, wenn man es denn will. Das ist genau die Frage.

Lassen Sie uns noch einmal gucken: Hier in Schleswig-Holstein läuft im Bereich der Lebensmittelrettung und der Lebensmittelverwertung eine ganz Menge. Wir haben über die Landfrauen und über einige Tafeln gesprochen. Wir wissen, dass der Handel aktiv ist. Wir wissen ganz viel. Wir stellen jetzt zum zweiten Mal einen Antrag, der das Thema aufnimmt. Zum zweiten Mal stellen Sie einen Antrag, der die Zuständigkeit für dieses Thema aus dem Land hinaus verweist. Warum ist es nicht möglich, dass wir dieses Thema in den Ausschuss bringen und dass wir im Ausschuss gemeinsam darum ringen, was der richtige Weg ist, und dies vor allen Dingen unter Beteiligung aller, die sich in Schleswig-Holstein zum Teil seit sehr vielen Jahren in diesem Bereich engagieren? Es ist das zweite Mal, dass Sie das verweigern.

Wir hatten beim letzten Mal in unserem Antrag formuliert: Akteure in Schleswig-Holstein vernetzen. Wir wissen, dass die Szene das will - vom Bauernverband über die Lebensmittelindustrie, vom Verbraucherschutz bis zu den Containerleuten. Sie wollen miteinander überlegen, wie das in Schleswig-Holstein gelingen kann.

Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, dass Schleswig-Holstein so aktiv an der Formulierung

der Strategie teilgenommen hat. Warum haben Sie das nicht kommuniziert? Warum haben Sie diese Netzwerke nicht genutzt? Warum haben Sie das nicht öffentlich gemacht? Warum haben Sie die schleswig-holsteinischen Erfahrungen nicht mit in diesen Prozess genommen?

(Beifall SPD)

Daher noch einmal meine herzliche Bitte: Lassen Sie uns dieses Thema an den Ausschuss überweisen. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass endlich die Leute in Schleswig-Holstein, die sich hier engagieren wollen, mit ihren Erfahrungen und ihrem Wissen beteiligt werden. Herr Minister, das ist doch eine wunderbare Basis, auf der Sie den Weg zur Lebensmittelrettung in Schleswig-Holstein fortsetzen können. Nutzen Sie doch diese Chance, liebe Kollegen!

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist von der Kollegin Eickhoff-Weber um Ausschussüberweisung der beiden Anträge, Drucksache 19/1537 und Drucksache 19/1553, an den Agrar- und Umweltausschuss gebeten worden. Wer dem folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Das ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Abgeordneten des SSW, der AfD-Fraktion und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 19/1537, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Dann ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Abgeordneten des SSW und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/1553. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Antrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Stimm-

(Vizepräsident Rasmus Andresen)

enthaltung der Abgeordneten des SSW so beschlossen.

Gehen Sie bitte noch nicht. Bevor wir eine kurze Mittagspause machen, haben wir noch einen Beschluss zu fassen. Ich rufe auf:

Das einige Europa bleibt das Ziel!

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1567

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wir müssen vor der Mittagspause noch über die Dringlichkeit abstimmen. Es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen bei der Dringlichkeit. Wer diese Dringlichkeit bejaht und damit den Antrag zulassen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Dies ist so gegen die Stimmen der AfD-Fraktion und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein beschlossen.

Auch jetzt bin ich noch nicht fertig, vielen Dank. - Die Dringlichkeit ist mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln bejaht. Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 40 a in die Tagesordnung einzureihen. Die Parlamentarischen Geschäftsführer mögen sich über die Redezeiten verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs machen.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr. Wir sehen uns gleich wieder.

(Unterbrechung: 13:00 bis 14:03 Uhr)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Wir setzen die Sitzung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 19 auf:

Für eine erfolgreiche Elektrifizierungsoffensive im Schienenverkehr

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1442

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit 80 Milliarden Personenkilometern jährlich fahren die Deutschen auf der Schiene 200-mal mehr elektrisch als mit E-Autos. 90 % des Schienenpersonenverkehrs bundesweit sind elektrisch, der Güterverkehr noch mehr. Selbst im heutigen Strommix und erst recht mit der Energiewende hin zu Wind und Sonne sind E-Züge in der Klimabilanz im Vergleich zu Dieselmotoren - erst recht im Vergleich zum Straßenverkehr - unschlagbar.

Wir in der Jamaika-Koalition verfolgen zwei Strategien: den emissionsfreien Schienenverkehr und den starken Schienenverkehr als Rückgrat des Umweltverbundes voranzubringen.

Den ersten Schritt haben wir erreicht - ich darf mich ausdrücklich bei Ihnen, Herr Minister Buchholz, bedanken -, indem wir uns gemeinsam mit der XMU-Ausschreibung dafür entschieden haben, 55 Fahrzeuge emissionsfrei im Schienenpersonenverkehr durch unser Land fahren zu lassen. Das spart 26.000 t CO₂ pro Jahr und 10 Millionen € beim Diesel ein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das zeigt: Wir haben das, was wir miteinander vereinbart haben, umgesetzt. Ich darf an dieser Stelle allerdings erwähnen, dass die Idee, mit diesen Triebwagen voranzugehen, schon in der Küstenkoalition auf der Tagesordnung stand; wir haben es schon damals forciert.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Das ist also ein Erfolgsmodell des ganzen Hauses. In diesem Sinne engagieren wir uns für den CO₂-freien Nahverkehr. Vielen Dank für das Engagement! Das Land und die Menschen werden es uns danken.

Damit hat es sich auf Nebenstrecken „ausgediebelt“. Das Ergebnis: weniger Lärm, weniger Schadstoffe, weniger Klimagase.

Meine Damen und Herren, für die großen lokbespannten Züge sind derzeit leider weder Akkumotoren noch Wasserstoffantriebstechniken leistungsstark genug. Dieselloks schaffen 2 bis 3 MW, weswegen unsere Intercitys nach Sylt gleich zwei Lokomotiven brauchen, um den Zug überhaupt fortbewegen zu können.

2 MW - da fangen selbst kleine Triebwagen wie die der Nordbahn überhaupt erst an; kleiner geht es

(Dr. Andreas Tietze)

kaum. Elektrische Lokomotiven haben normalerweise 5 bis 6 MW; sogar über 8 MW sind möglich. Eine E-Lok ersetzt vier Dieselloks. Kilowatt sind einfach besser als PS. Sie dienen auch dem Wohl der Kunden im Bahnverkehr. E-Traktion heißt schnelles Anfahren und - ohne dass wir große Innovationen einführen - bei gleicher Fahrzeit mehr Halte, weshalb auch mehr Fahrgäste möglich sind. Es gibt mehr Platz für die Menschen, die noch Autofahren. Klimarettung geht nur mit der Verkehrswende.

3 kW/h Wind statt 1 l Diesel! 12 Millionen € könnten wir auf der Stelle sparen, wenn wir die gesamte Marschbahn elektrifiziert hätten. 12 Millionen € Cash, meine Damen und Herren! Der Strom an der Strecke ist übrigens abgeschaltet; das ist ja das Irrationale. Wenn wir dort vorbeifahren, sehen wir Hunderte von Windrädern, die still stehen, und wir dieseln fröhlich entlang. Das ist ein Irrsinn, der gestoppt gehört!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas sagen: Nur 1.200 km - 29 %! - unserer Strecken werden elektrisch betrieben. Uns fehlen 300 bis 500 km Oberleitungen. Wollen wir es doch beim Namen nennen: Wir tragen in der Bundesrepublik die rote Laterne. Wir sind das Land mit den wenigsten Oberleitungen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Das waren wir übrigens mit Bayern gemeinsam. Wir sind nach der Deutschen Einheit mit 29 % gestartet; wir hatten dieselbe Elektrifizierungsquote. Die Älteren unter uns werden sich erinnern: Das war die sogenannte NATO-Ersatzdieselreserve, die Schleswig-Holstein und Bayern vorhalten mussten. Bayern liegt bei den Oberleitungen aber mittlerweile bei 60 %. Ein Schelm, wer denkt, dass dies vielleicht an CSU-Verkehrsministern im Bund liegt. Bei der Nachelektrifizierung hieß es jedenfalls in den letzten 25 Jahren im Bund: Bayern first!

Deshalb müssen wir uns alle anstrengen; das ist nicht nur die Aufgabe einzelner Fraktionen in diesem Haus. Ich würde mir sehr wünschen, dass wir alle gemeinsam diesen Missstand endlich aufheben. Diesel muss von unserer Schiene verschwinden. Wir brauchen eine landesweite Elektrifizierungsstrategie. Das ist unser Antrag. Schließen Sie sich alle diesem Antrag an!

Meine Damen und Herren, wir waren immer sehr stark - ich erinnere an die Rader Hochbrücke und andere Verkehrsprojekte -, wenn wir unsere Projek-

te und Forderungen mit der Kraft des ganzen Hauses in Richtung Berlin geschickt haben. Da beißt die Maus keinen Faden ab: Wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner wollen endlich mehr Elektrifizierung auf der Schiene!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir haben auch Ideen für Strecken; wir haben sie auf den Weg gesetzt. Deshalb sage ich noch einmal: Lassen Sie uns den neuen Schatz der E-Traktion heben! Es geht um schnelle, starke E-Züge, weniger Emissionen, mehr Kapazität, bessere Anbindung für die Pendlerinnen und Pendler sowie für die Touristen. Wir müssen gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern endlich liefern.

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege - -

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Lassen Sie uns die Elektrifizierungsstrategie gemeinsam voranbringen! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Vogel.

Kai Vogel [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Rasmus Andresen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte fünf Gäste! Das Ziel, die Elektrifizierungsquote von derzeit 60 % auf 70 % bis 2025 im Bundesgebiet anzuheben, ist wahrlich ein ehrgeiziges. Jetzt gilt es, diesen ehrgeizigen Zielen Taten folgen zu lassen, und die Ziele sind bei unserer Ausgangssituation in Schleswig-Holstein mehr als ehrgeizig. Denn Schleswig-Holstein ist seit Jahren das Schlusslicht bei der Elektrifizierung unserer Bahnstrecken. Aus der Historie gewachsen, eine Dieselreserve vorhalten zu müssen, ist eine geringere Elektrifizierungsquote zwar nachvollziehbar, doch müssen wir nun eben deutlich nachziehen.

Erst in der sozialdemokratischen Regierungszeit ab 1988 wurde in Schleswig-Holstein die Elektrifizierung in den Blick genommen. Wir können uns alle noch daran erinnern, wie wir in Altona jedes Mal warten mussten, wenn die E-Loks mühsam abge-

(Kai Vogel)

pant und die Diesel-Triebfahrzeuge angespannt wurden. Jeder, der mit der Bahn nach Schleswig-Holstein fuhr, merkte, dass er in der Steinzeit der Bahn angekommen war.

1995 gab es die erste Elektrifizierung auf der Strecke von Hamburg-Altona nach Kiel, 1996 folgte die Strecke nach Flensburg, 1998 von Elmshorn nach Itzehoe, erst 2008 die Strecke von Hamburg nach Lübeck beziehungsweise Travemünde, und das war es dann. Gut, es gibt noch die drei Strecken, auf denen die S-Bahn fährt. Die größeren Strecken sind allerdings alle weiterhin dieselbetrieben.

Diskussionen über eine gewünschte Elektrifizierung der Marschbahnstrecke scheitern immer wieder an der Argumentation der Bahn, dass hier viel zu wenig Zugverkehr stattfindet. Für die Verbindung nach Sylt wird ausgeführt, dass es keine entsprechenden Waggons gebe. Man muss nur einmal Richtung Eurotunnel blicken, wo von Calais nach Dover völlig problemlos auch unter einem Fahrdracht Fahrzeuge transportiert werden. Bei der Strecke von Kiel nach Lübeck mussten wir bisher immer hören, dass es in Plön wegen der Enge zwischen Bahnhof und See und im Bereich der Waldgebiete Schwierigkeiten gebe und so weiter. Es gab vonseiten der Bahn eigentlich immer nur Argumentationen, warum eine Elektrifizierung nicht möglich ist.

Ungeachtet dessen bietet die Elektrifizierung viele Vorteile. Andreas Tietze hat eben darauf hingewiesen -: Der CO₂-Ausstoß könnte massiv gesenkt werden, da viel Diesel eingespart werden kann.

Auf allen elektrifizierten Strecken könnten zusätzliche Halte realisiert werden, weil die elektrisch betriebenen Züge deutlich schneller beschleunigen können und damit die notwendige Zeit für zusätzliche Haltestationen vorhanden wäre. Endlich könnten wir Glückstadt, aber auch andere Bahnhöfe auf der Strecke der Marschbahn wieder mit regelmäßigen Halten an das Bahnnetz anbinden.

Auch bei der Fahrzeugbeschaffung würde das Land profitieren. Weil fast nur noch Schleswig-Holstein mit Dieselnügen unterwegs ist, gibt es nur noch ganz wenige Anbieter von Triebfahrzeugen. Dies stellt sich bei elektrisch betriebenen Fahrzeugen auch kostengünstig attraktiver dar. Der Antrag der Koalition, in Berlin immer wieder Druck auszuüben, macht Sinn; inwiefern er hilft, müssen wir abwarten.

In Berlin sind das Verkehrsministerium und das Finanzministerium gefordert, den Worten im Koalitionsvertrag Taten folgen zu lassen.

(Beifall Lukas Kilian [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

- Vielen Dank. - Über Förderprogramme und eine mögliche Kofinanzierung hatten wir bereits beim Digitalpakt eine Diskussion. Auch wir haben uns einhellig dafür ausgesprochen, dass eine Kofinanzierung insbesondere zulasten der finanzschwächeren Bundesländer ginge. Dies trifft natürlich auch auf eine mögliche Kofinanzierung im Bereich der Elektrifizierung zu. Hier wäre Schleswig-Holstein am schlechtesten beraten, da wir im Vergleich zu allen anderen Bundesländern pro Kopf den deutlich höchsten Investitionsbedarf haben, weil wir als Schlusslicht starten.

Alles in allem müssen wir konstatieren: Die Vereinbarung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene macht Sinn, da die Elektrifizierungsquote gerade in Schleswig-Holstein massiv steigen muss. Den Antrag aus dem Landtag unterstützen wir, weil ein stetes Erinnern bei unseren Fraktionen und Regierungsvertretern in Berlin sicherlich immer wieder die Sinne schärft, dass dort etwas im Koalitionsvertrag zur Elektrifizierung aufgeschrieben wurde. Wir werden dies für unsere Sozialdemokraten in Berlin gern erfüllen; wenn es auch alle anderen so erledigen, kommen wir in Sachen Elektrifizierung hoffentlich einen guten Schritt weiter. - Vielen lieben Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Lukas Kilian das Wort.

Lukas Kilian [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich den Worten meiner Vorredner anschließen: Wir müssen unsere Schiene unter Strom setzen. Es macht keinen Sinn, im Land der Energiewende mit Dieselloks zu fahren, wenn zeitgleich das Windrad nebenan abgeschaltet wird und der ökologisch sinnvolle Strom dafür nicht genutzt werden kann. Selbst Kohlestrom böte einen Vorteil gegenüber Dieselloks. Bei einem mit Kohlestrom fahrenden Güterzug werden 20,2 g CO₂ pro Tonnenkilometer ausgestoßen, bei einem Dieselnzug 33,8 g CO₂ pro Tonnenkilometer, bei einem Ökostromzug nichts.

Lassen Sie uns deswegen für die Elektrifizierung in diesem Land kämpfen. Das ist so ähnlich wie bei

(Lukas Kilian)

der steuerlichen Forschungsförderung für kleine und mittelständische Unternehmen: Der Bund plant etwas, und wir müssen aufpassen, dass wir etwas vom Kuchen abbekommen.

(Beifall CDU, SPD und Christopher Vogt [FDP])

Es ist wichtig, dass der Bund etwas plant. Wenn man sich einmal die Elektrifizierungsgrade unserer europäischen Nachbarländer anschaut: In der Schweiz sind 100 % der Schienenstrecken elektrifiziert, in Belgien 86 %, Niederlande 76 %, Schweden 75 %, Österreich 72 % und Italien 71 %. Es ist doch schön, wenn man in Deutschland italienische Verhältnisse fordern kann und damit einen erheblichen Vorsprung gewinnen würde.

In den Jahren 2007 bis 2016 sind deutschlandweit nur 3 % der Strecken elektrifiziert worden. Lieber Andreas Tietze, Sie haben gerade ausgeführt, dass Bayern einen erheblichen Sprung gemacht hat. Das stimmt. Das liegt nicht nur daran, dass es einen CSU-Bundesverkehrsminister gibt, sondern auch daran, dass das Bundesland Bayern seine Hausaufgaben gemacht hat. Ich möchte jetzt nicht darauf verweisen, dass die Grünen da noch nicht an der Regierung beteiligt waren. Auch andere Parteien haben durchaus erkannt, dass man frühzeitig mit eigenen Projekten in Berlin aufschlagen und deutlich machen muss, dass man die Elektrifizierung im eigenen Bundesland haben will.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Aktuell ist im Bundeshaushalt viel zu wenig Geld eingestellt, um die Elektrifizierung voranzubringen. Für 2019 waren es gerade einmal 5 Millionen €. Das reicht für die Elektrifizierung einer Strecke von 3 km bis 4 km. Das bringt nicht furchtbar viel, das ist nicht der Satz, den wir vorsehen.

Anfang des Jahres hat Bundesverkehrsminister Scheuer angekündigt, insgesamt 10 Milliarden € in die Elektrifizierung zu stecken. Unsere Bundesregierung hat angekündigt, in diesem Jahr ein Klimaschutzgesetz auf den Weg zu bringen. Bei einem Klimaschutzgesetz mit Köpfchen wäre durchaus eine gute Idee, die Elektrifizierung in ein solches Gesetz aufzunehmen. Das trüge einen erheblichen Teil zur Reduktion von CO₂ in unserem Land bei.

Die Hausaufgaben müssen auf Bundesebene gemacht werden. Schleswig-Holstein ist mit einer Elektrifizierungsquote von 29 % deutlich abgeschlagen. Deswegen brauchen wir mehr Strecken, die elektrifiziert werden. Da geht der Dank an den Verkehrsminister, aber auch an die Vorgängerregie-

rung, die mit der XMU-Ausschreibung begonnen hat. Wir haben jetzt die Möglichkeit, mit den Fahrzeugen, die uns geliefert werden, nicht nur dort zu elektrifizieren, wo die gesamte Strecke unter einem Fahrdrabt gefahren werden muss, sondern unser Land durch das Kombinationsmodell aus Pantograf und Akku mit sogenannten Elektrifizierungseinseln deutlich besser aufzustellen, was die Elektrifizierung angeht. Wir brauchen hier eine Strategie.

Ich würde mich freuen, wenn Sie alle unserem Antrag zustimmen. Das ist Klimaschutz mit Köpfchen und eine Verkehrswende, der wir in diesem Hause hoffentlich alle guten Gewissens zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Kai Richert das Wort.

Kay Richert [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mobilität ist Ausdruck persönlicher Freiheit und ein Grundbedürfnis unserer modernen Gesellschaft. Keiner von uns kann sich vorstellen, nicht mehr reisen oder andere Städte besuchen zu können. Auch wenn sich die Art der Fortbewegung vor allem in den Ballungsräumen verändert, der Wunsch nach Reisen ist in unserer Gesellschaft nach wie vor sehr stark.

Dazu kommt: Viele Menschen arbeiten nicht mehr in ihrem direkten Wohnumfeld, sondern pendeln oft über beachtliche Entfernungen. Diese Fahrten, in den Urlaub, zur Arbeit, zum Shoppen oder einfach nur, um Freunde oder Verwandte zu besuchen, so sicher und komfortabel wie möglich zu machen und gleichzeitig die negativen Effekte auf eine gesunde Umwelt entscheidend zu verringern, ist das Ziel der Jamaika-Koalition.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns von der FDP und unsere Koalitionspartner ist eines der wichtigsten Verkehrsmittel die Bahn. Je voller die Straßen werden, umso mehr wird das Reisen oder Pendeln mit der Bahn attraktiv. Wir von Jamaika tun viel dafür, das Reisen mit der Bahn im schönsten Bundesland der Welt sicherer und komfortabler zu machen. Wir drängen auf den Ausbau von Bahnstrecken und gehen auch schon einmal in planerische Vorleistung. Wir kümmern

(Kay Richert)

uns um die Erhöhung der Kapazitäten. Wir klemmen uns dahinter, dass die Bahn pünktlicher und zuverlässiger wird. Wir sind ständig dabei zu prüfen, ob das Angebot noch besser werden kann.

Leider haben wir in Schleswig-Holstein dafür keine gute Infrastruktur. Am prominentesten sind wohl die Probleme auf der Marschbahn, aber auch in den anderen Netzen ist die Infrastruktur größtenteils einfach alt. Das sieht man auch am Grad der Elektrifizierung der Bahnstrecken in Schleswig-Holstein, denn damit ist es auch nicht allzu üppig bestellt. Wir haben schon mehrfach darüber gesprochen: Wir sind mit 29 % das Schlusslicht. Über die Gründe gibt es verschiedene Theorien, eine haben wir jetzt gehört. Ob die wahr ist, wissen wir nicht, aber Fakt ist: Schleswig-Holstein ist ungenügend elektrifiziert, und das wollen wir gern ändern.

Elektrifizierter Bahnverkehr hat nämlich mehrere Vorteile gegenüber der sogenannten Dieseltraktion. Elektrozüge sind stärker und können schwerere Lasten ziehen. Elektrozüge beschleunigen schneller. Elektrozüge sind verbrauchsärmer, und Elektrozüge sind auch emissionsärmer. Man kann den Bahnverkehr auf zwei Arten elektrifizieren, entweder über Oberleitungen oder über einen Speicher im Zug, also entweder einen Akku oder ein Speichermedium wie zum Beispiel Wasserstoff. Hier schließen wir gerade das Vergabeverfahren zur sogenannten XMU-Beschaffung - also die Beschaffung von 55 emissionslosen Lokomotiven - ab. Das ist ein gewaltiger Schritt in Richtung Umweltschutz und eine tolle Innovation für unser Bundesland.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Am liebsten hätten wir natürlich ein paar mehr Oberleitungen über unseren Bahnstrecken. Leider ist der Bau von Oberleitungen zur Stromversorgung sehr teuer. Schleswig-Holstein ist ein finanzschwaches Bundesland. Wir freuen uns deswegen sehr, dass die Bundesregierung das Programm „Bund für Elektrifizierung“ angekündigt hat, und wir würden uns auch über eine baldige Realisierung freuen. Wir bitten deshalb die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen.

Schleswig-Holstein hat einen sehr geringen Elektrifizierungsgrad. Das haben wir übrigens mit anderen finanzschwachen Bundesländern gemeinsam. Wir rangieren hier hinter Thüringen und Sachsen auf dem letzten Platz. Besonders hoch ist der Elektrifizierungsgrad im wohlhabenden deutschen Südwesten. Also ist gerade in den finanzschwachen Ländern der Ausbau der Elektrifizierung besonders nötig.

Damit wir - natürlich auch Sachsen und Thüringen - von der Bundesförderung profitieren können, muss das Programm richtig ausgestaltet werden. Das darf nicht in bestehende Programme, zum Beispiel in das Bundes-GVFG, einfach eingegliedert werden, denn diese Programme sind größtenteils auf Kofinanzierung ausgelegt. Das heißt, der Bund gibt zwar etwas dazu, wir müssen aber auch etwas dazugeben. Das könnten wir uns schlicht nicht leisten.

Maßnahmen zur Emissions- und Kostensenkung, Maßnahmen zur Strukturverbesserung dürfen nicht an der Finanzkraft der betroffenen Länder scheitern. Was wäre das denn für eine Hilfe, die sich gerade die Bedürftigen nicht leisten können?

(Beifall FDP, Hartmut Hamerich [CDU], Lukas Kilian [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir möchten, dass das Programm „Bund für Elektrifizierung“ direkte Förderungen vergibt, die nicht von bestehenden Finanzhilfen abhängig gemacht werden und unmittelbar der Verbesserung des Schienenregionalverkehrs dienen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mobilität ist persönliche Freiheit. Wir alle hier wollen den Menschen den Traum von der Mobilität erhalten, den Bahnverkehr für Bürgerinnen und Bürger sicherer und komfortabler machen, und wir alle wollen die Beeinträchtigung der Umwelt möglichst eliminieren.

Wenn wir von den Hilfen des Bundes profitieren wollen - das wollen wir -, dann darf das Geld nicht an Kofinanzierung gebunden sein. Lassen Sie uns daher gemeinsam die Regierung beauftragen, für die zügige Umsetzung des Programms „Bund für Elektrifizierung“ und dafür zu werben, dass die Bedingungen so ausgestaltet werden, dass wir daran partizipieren können.

(Beifall Dennys Bornhöft [FDP] und Jörg Hansen [FDP])

Stimmen Sie dem Antrag zu. Ich habe wahrgenommen, dass Sie alle auch in Ihrem privaten Umfeld und über private Kontakte dafür werben wollen. Ich glaube, das ist es wert. Das Ergebnis wird hoffentlich sein, dass wir die Elektrifizierung hier entscheidend voranbringen. - Vielen Dank.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Für die AfD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Volker Schnurrbusch das Wort.

Volker Schnurrbusch [AfD]:

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit einem Milliardenprogramm will der Bund die Elektrifizierung des Schienenverkehrs voranbringen. Die Prioritäten sind dabei die Elektrifizierung überregional wichtiger Hauptstrecken, von regionalen Personennahverkehrsstrecken, ein neues Ausbauprogramm zur elektrischen Güterbahn und ein Förderprogramm für Züge mit alternativen Antrieben. Angestrebt wird ein Elektrifizierungsgrad von bundesweit 70 statt bisher 60 %. Vor allem die Förderung von Strecken des regionalen Personennahverkehrs ist natürlich voll und ganz im Sinne Schleswig-Holsteins, weshalb auch die AfD-Fraktion den vorliegenden Antrag unterstützt.

Gewundert haben wir uns etwas über die Anspruchshaltung, mit der der Antrag daherkommt, denn eine Einbindung der neuen Förderung in bestehende Förderprogramme wie zum Beispiel das GVFG, also das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, wird darin pauschal abgelehnt. Die Fortführung der Finanzierung nach dem GVFG ohne weitere Befristung über das Jahr 2019 hinaus ist aus unserer Sicht als großer Erfolg anzusehen. Deshalb halten wir es für fragwürdig, wenn diese Finanzierungsvarianten in dem vorliegenden Antrag in den Verdacht einer Förderung zweiter Klasse geraten.

Gerade die besonderen Programme für den Bau und Ausbau schienengebundener Verkehrswege des ÖPNV in Verdichtungsräumen werden für Verkehrsunternehmen und Kommunen auch in Zukunft eine hohe Bedeutung haben. Darauf wies gerade eine Studie im gemeinsamen Auftrag der Bundesländer, des Deutschen Städtetages und des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen hin.

Trotz der zu erwartenden neuen Förderung ist die Gesamtsituation des Schienenverkehrs in Schleswig-Holstein nach wie vor nicht zufriedenstellend. Abgesehen von der niedrigen Quote der Elektrifizierung ist das Hauptproblem des Bahnverkehrs im Vergleich zu anderen Bundesländern die fehlende Qualität der täglich zu erbringenden Dienstleistungen, besonders im regionalen Bereich. Die Quote der unpünktlichen Züge ist deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Seit dem Jahr 2016 reduzierte sich die Pünktlichkeitsquote des Nahverkehrs im Norden von 91 % auf 84,5 %. Neben technisch mangelhaften Zügen sind die erheblichen Engpässe

im Fachpersonal hier unverändert die Hauptursachen für eine geringe Akzeptanz des ÖPNV.

Solange aber die Qualität des bestehenden Angebots im Nahverkehr nicht verbessert wird, werden auch die Fördermaßnahmen nicht voll greifen können. In dieser Woche wurde in den Ausschüssen die Bestellung von 55 neuen Schienenfahrzeugen diskutiert. Wir haben dieser Entscheidung zugestimmt - aus voller Überzeugung. Wir glauben und hoffen, dass die Anschaffung neuer Fahrzeuge dazu beitragen wird, Verspätungen und Ausfälle zu vermeiden.

Aber auch diese batterieelektrisch betriebenen Züge brauchen Strom, um ihre Akkus aufzuladen. Dazu müssen zusätzliche Ladestationen gebaut werden - ein enormer zusätzlicher Aufwand, der nicht anfallen würde, wenn die Elektrifizierung hier im Land schon weiter vorangeschritten wäre.

Der Ausbau von Oberleitungen ist für unser Land eine essenzielle Notwendigkeit, ein längst überfälliger Anschluss an eine moderne Infrastruktur, und deswegen können wir dem Antrag der regierungstragenden Fraktionen zustimmen. - Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Mit einem Elektrifizierungsgrad von 60 % liegt Deutschland zwar über dem EU-Durchschnitt - der liegt bei 54 % -, aber andere Länder machen uns vor, wie es besser geht. Wie schon vom Kollegen Kilian gesagt, ist die Schweiz mit einem Elektrifizierungsgrad von 100 % der Spitzenreiter, gefolgt von Belgien, den Niederlanden, Schweden, Österreich und Italien mit einem Anteil zwischen 71 % und 86 %. Das heißt, diese Länder haben bereits sehr früh Maßnahmen ergriffen, um ihren Schienenverkehr umweltschonend auszubauen.

Die GroKo in Berlin will dieses Problem nun angehen und ihren Koalitionsvertrag entsprechend umsetzen. Dort ist festgeschrieben, dass das Schienennetz bis 2025 zu 70 % elektrifiziert sein soll - ein ambitioniertes Ziel, wie ich meine, aber es ist wohl machbar. Vor allem ist es aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes notwendig, diesen Schritt endlich anzugehen, damit wir vom Diesel wegkommen.

(Flemming Meyer)

Das Programm der Bundesregierung basiert auf vier Säulen. Die erste Säule ist das zentrale Instrument für die Elektrifizierung der überregionalen Strecken. Allein die darin vorgesehenen Aus- und Neubaumaßnahmen des Bedarfs können die Elektrifizierungsquote bis auf 67 % anwachsen lassen. Die dritte Säule ist das Ausbauprogramm für die elektrische Güterbahn. Damit wird das Ziel des Lückenschlusses von nicht elektrifizierten Strecken angestrebt sowie die Schaffung von Ausweichstrecken. Mit der vierten Säule soll eine technologieoffene Förderung für alternative Antriebsformen erreicht werden.

Nun zur zweiten Säule, um die es in dem vorliegenden Antrag geht, die GVFG-Mittel. Mit der zweiten Säule ist vorgesehen, regionale Strecken zu finanzieren sowie die Elektrifizierung auf bisher nicht förderfähige Strecken auszuweiten.

Die dafür zur Verfügung stehenden Mittel sollen über das GVFG an die Länder verteilt werden, und damit wären wir bei dem vorliegenden Antrag. Es ist zwar noch nicht endgültig entschieden, aber sollte so verfahren werden, dann bedeutet das, dass ab 2021 1 Milliarde € pro Jahr für die Elektrifizierung der regionalen Schienenstrecken zur Verfügung gestellt wird, also ein durchaus verlockendes Förderprogramm vonseiten des Bundes.

Die Kopplung der Fördermittel an die GVFG-Mittel bedeutet aber, dass die Länder eine entsprechende Kofinanzierung stemmen müssen. Darin liegt das Problem.

Im Bundesvergleich hat Schleswig-Holstein mit 29 % den geringsten Anteil elektrifizierter Schienenstrecken. Bei uns ist der Bedarf, etwas für die Elektrifizierung zu tun, höher als in anderen Ländern, was zur Folge hat, dass wir insgesamt mehr Landesmittel aufbringen müssen als die Länder, die hier schon weiter sind. Aus Sicht des SSW kann dies so nicht gewollt sein. Wenn der Bund seine Elektrifizierungspläne insgesamt voranbringen will, sollte dies unabhängig von den GVFG-Mitteln passieren.

Wie es jetzt vorgesehen ist, wird das dazu führen, dass gerade die finanzschwächeren Länder Probleme bekommen, die Elektrifizierung der Schienenstrecken voranzubringen. Es wird, wie im Antrag beschrieben, dazu führen, dass es zu Verzögerungen oder Verhinderungen kommt. Wir haben in Schleswig-Holstein den Bedarf, unsere Strecken zu elektrifizieren oder mit innovativen Antriebsformen auszustatten, und wir haben auch den Strom, um die Strecken beziehungsweise die Triebwagen zu ver-

sorgen. Allein die notwendigen Kofinanzierungsmittel machen es schwer, hier zusätzlich etwas zu bewegen.

Wir haben gerade in dieser Woche im Wirtschafts- und im Finanzausschuss beschlossen, dass wir künftig in den Netzen Nord und Ost neue Triebwagen mit innovativem Antrieb fahren lassen wollen. Das heißt, wir bewegen heute schon etwas im Bereich der Elektrifizierung. Gerade was die innovativen Antriebsformen angeht, sehe ich großes Potenzial für Schleswig-Holstein, insbesondere an der Westküste. Wir brauchen uns nichts vorzumachen: Oberleitungen auf der Marschbahnstrecke sind schwer durchgängig machbar, wenn doch, dann nur mit einem gewaltigen und nicht im Verhältnis stehenden Aufwand. Daher plädieren wir dafür, genau zu schauen, wo der Einsatz innovativer Antriebsformen - beispielsweise auch mit Wasserstoff - wesentlich sinnvoller ist. Aus diesem Grund wäre es zielführender, wenn der Bund ein Komplettprogramm auf die Beine stellen würde - ohne Kofinanzierung -, um es dann den Ländern zu überlassen, wie sie ihre Strecken elektrifizieren wollen. - Jo tak.

(Beifall SSW und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, Dr. Bernd Buchholz.

Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich über die Einmütigkeit bei diesem Thema und bedanke mich für die Rücken- deckung aller Fraktion bei dem Versuch, die Elektrifizierung für die Schienenstrecken im Land in Schleswig-Holstein voranzutreiben. Wir haben Nachholbedarf. Wir sind mit 29 % das am schlechtesten elektrifizierte Bundesland. Das ist gesagt worden. Wenn wir das im Bund angestrebte Ziel von 70 % Elektrifizierung erreichen wollten, müssten 500 zusätzliche Streckenkilometer unter Oberleitung gepackt werden. Wer weiß, dass jeder Kilometer ungefähr 1 Million € kostet, weiß, dass das ein 500-Millionen-€-Paket wäre, das in diesem Land zu realisieren wäre.

Genau da liegt eben der Hase im Pfeffer. Obwohl das Finanzierungsmodell für uns zurzeit nicht passend ist - dazu komme ich gleich -, haben wir als Landesregierung in Berlin Strecken wie Kiel-Lübeck, Westerland-Itzehoe, aber auch Neumünster-

(Minister Dr. Bernd Buchholz)

Oldesloe angemeldet. Wir haben immerhin schon einmal 300 km in die Pipeline gegeben, um zu sagen: Die wollen wir unbedingt elektrifiziert haben.

Das Problem - das hat Flemming Meyer eben gerade zu Recht skizziert - liegt in der Art der Finanzierung. Der Bund erklärt, er wolle ein freundliches Programm machen: Bund für Elektrifizierung. Hier im Haus wird auch immer von Kofinanzierung gesprochen. Ich möchte Ihnen einmal skizzieren, was es bedeutet, wenn wir das nach dem Bundes-GVFG finanzieren müssten.

Nach dem Bundes-GVFG ist folgende Finanzierungssystematik vorhanden: Die Planungskosten müssen die Länder komplett allein tragen. Die Planungskosten betragen ungefähr - das wissen wir bei der Deutschen Bahn - 19 bis 20 % der Gesamtkosten. Von der Realisierung müssen 40 % der Baumaßnahmen von den Ländern getragen werden. Die überschießenden Kosten, falls es teurer wird, müssen komplett allein von den Ländern getragen werden.

Was bedeutet das für 100 Millionen €, also 100 km Ausbau? - Das Land muss vorab 20 Millionen € tragen. Von den restlichen 80 Millionen € - 40 % von 80 Millionen € - sind es 32 Millionen €, die das Land tragen müsste. Das macht nach Adam Riese schon 52 Millionen € von 100 Millionen €. Kommt es zu überschießenden Kosten, reden wir noch einmal von 8 Millionen € bis 10 Millionen €, die oben draufkommen. Anders ausgedrückt: Dieses Bundesprogramm besagt: Mindestens 52 % bis 60 % müssen die Länder tragen, und der Rest kommt vom Bund.

Ich kritisiere deshalb Folgendes: Das ist ein Programm, das diejenigen in Anspruch nehmen werden, die finanzstark genug sind, das aus Landesmitteln zu machen. Das werden unsere bayrischen und unsere baden-württembergischen Kollegen sein, die heute schon 500 km für das nächste Jahr angemeldet haben. Wir müssten 150 Millionen € stemmen, die wir schlicht und ergreifend nicht haben.

Deshalb müssen wir dafür sorgen - ich bedanke mich für die Unterstützung -, dass über Bundestag und Bundesrat klargemacht wird, dass dieses Förderprogramm, gibt es kein eigenständiges Förderprogramm für die Elektrifizierung, an Schleswig-Holstein vollständig vorbeigehen würde. Das können wir nicht. Das wollen wir nicht. Deshalb bedanke ich mich herzlich für die Unterstützung. Wir werden über den Bundesrat und alle unsere Möglichkeiten dafür sorgen, dass es zu einem eigenständigen Förderprogramm kommt.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Bis dahin - alle Redner haben das gesagt - wollen wir nicht einfach nur durchs Land dieseln. Am vergangenen Mittwoch haben der Wirtschafts- und der Finanzausschuss einstimmig beschlossen, dass wir auf Fahrzeuge umstellen, die akkubetrieben sind. Alle wissen, dass ich mir gern auch Wasserstofffahrzeuge vorgestellt hätte. Es sind akkubetriebene Fahrzeuge geworden, weil niemand, der wasserstoffbetriebene Fahrzeuge herstellt, geboten hat. Wir werden damit - der Kollege Tietze hat es beschrieben - eine massive Reduktion des CO₂-Ausstoßes in diesem Land erreichen - mit modernen Zügen, insbesondere mit modernen, bundesweit nicht mehr so gängigen Fahrzeugen mit der Maßgabe, dass wir nur noch an bestimmten Stellen Oberleitungen bauen müssen, um dort das Laden der entsprechenden Züge vornehmen zu können.

Ich bedanke mich außerordentlich für die Einstimmigkeit dieses Beschlusses im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Das zeigt, dass wir alle gemeinsam einen Weg gehen, um möglichst emissionsarm mit der Bahn unterwegs zu sein. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und AfD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag mit der Drucksachennummer 19/1442 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 41 auf:

Tätigkeit des Petitionsausschusses in der Zeit vom 1. Januar 2019 bis 31. März 2019

Bericht des Petitionsausschusses Drucksache 19/1482

Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abgeordneten Hauke Götttsch.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und SSW)

Hauke Götttsch [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident! - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute stelle ich Ihnen den Tä-

(Hauke Götttsch)

tigkeitsbericht des Petitionsausschusses des ersten Quartals 2019 vor.

Lassen Sie mich kurz zu den Zahlen des Berichts ausführen. Im ersten Quartal 2019 sind beim Petitionsausschuss 103 neue Petitionen eingegangen. Er hat in diesem Zeitraum 109 Petitionen abschließend behandelt. Ich freue mich über die gute Erledigungsquote des Ausschusses, die unsere effektive Arbeit unterstreicht.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Ausschuss hat weiterhin im Berichtszeitraum eine Anhörung durchgeführt. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich bei den Mitgliedern des Ausschusses, dass wir dieses Pensum konzentriert, effektiv, aber auch mit der nötigen Sorgfalt schaffen können.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die weiteren Zahlen möchte ich Ihnen nicht nennen. Sie ergeben sich aus dem Bericht, der Ihnen vorliegt.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist aber schade!)

- Wir haben noch mehr gearbeitet.

Auf der Landespressekonferenz am 21. März dieses Jahres habe ich darüber hinaus zusammen mit meiner Stellvertreterin, Frau Ünsal, die Möglichkeit genutzt, über die vielfältige Arbeit des Ausschusses zu berichten. Ein besonderes Anliegen ist mir, auf Enttäuschungen bei Online-Petitionen hinzuweisen, die sich in der Vergangenheit im Zusammenhang mit privaten Initiativen auf Internetportalen ergeben haben. Die Mitzeichnung auf privaten Portalen im Internet führt in keinem Fall zu einem parlamentarischen Verfahren. Offenbar ist der Eindruck entstanden, die Online-Portale arbeiten mit Landesparlamenten zusammen. Das ist aber nicht der Fall. Sowohl in der Bevölkerung als auch in der medialen Berichterstattung wird das „Mitklicken“ auf privaten Online-Portalen oftmals mit dem parlamentarischen Petitionsverfahren verwechselt.

Unser Petitionsverfahren in Schleswig-Holstein ist modern und bürgerfreundlich ausgestaltet. Die Bürgerinnen und Bürgern können sich beispielsweise online über ein Formular an uns wenden. Von dieser Möglichkeit wird bereits in 35 % der Fälle Gebrauch gemacht.

Bei uns in Schleswig-Holstein kann man zudem als eines der wenigen Bundesländer eine öffentliche

Petition einlegen. Ich kann nur jedem interessierten Bürger dazu raten, sich mit den Anliegen direkt an den Ausschuss zu wenden - denn wir sind das Original!

(Vereinzelter Beifall)

Um den Ausschuss wieder näher an die Bürger zu bringen, ist aktuell mit gutem Erfolg am 13. Mai 2019 eine Bürgersprechstunde in Eckernförde mit der Frau Abgeordneten Waldinger-Thiering abgehalten worden. Eine weitere Bürgersprechstunde hat am letzten Wochenende am Tag der offenen Tür im Landeshaus stattgefunden, von der einige Bürger Gebrauch gemacht haben. Der Ausschuss plant, in dieser Legislaturperiode in regelmäßigen Abständen weitere Bürgersprechstunden abzuhalten. Die nächste Bürgersprechstunde findet am 16. September 2019 in Eutin statt.

Des Weiteren haben wir am Tag der offenen Tür des Landtags zwei Petitionsausschusssitzungen, eine mit Jugendlichen und eine mit Erwachsenen, nachgestellt, um den Bürgerinnen und Bürgern unsere Arbeit näherzubringen - und das mit riesigem Erfolg.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Einen Fall aus dem Berichtszeitraum möchte ich Ihnen gern vorstellen: Ein Petent hat sich wegen der Berechnung seiner Jubiläumsdienstzeit an den Ausschuss gewandt. Der Petitionsausschuss hat Verständnis für den Unmut des Petenten, dass die Berechnung seiner Jubiläumsdienstzeit nicht schon nach der Übernahme erstellt worden ist, sondern eine Berechnung erst sechs Jahre später zu ungünstigeren Konditionen erfolgte. Nach Auffassung des Ausschusses kann es nicht zulasten des Petenten gehen, dass durch die verzögerte Berechnung nunmehr die Zeiten des Petenten bei der Bundeswehr keine Berücksichtigung mehr finden. Das Ministerium hat den Ausschuss unterrichtet, dass das zuständige Amt angewiesen worden ist, den in der Jubiläumsverordnung festgesetzten Betrag - entsprechend einer Zahlung in Höhe von 307 € - an den Petenten zu veranlassen. Damit konnte der Ausschuss dem Petenten vollumfänglich helfen. - Auch in kleinen Dingen sind wir groß.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

In diesem Zusammenhang möchte ich einen ganz großen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Petitionsausschussbüro richten. Dort wird sehr fleißig, intensiv und effektiv gearbeitet. Wir

(Hauke Götttsch)

bekommen immer eine gute Zuarbeit und kompetente Antworten. - Herzlichen Dank, es macht wirklich Spaß, mit Ihnen zusammenzuarbeiten!

(Beifall)

Abschließend bitte ich Sie, von der Erledigung der Petitionen aus dem ersten Quartal 2019 Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. - Ich wünsche Ihnen als Petitionsausschussvorsitzender eine schöne Sommerzeit und hoffe, dass wir uns alle hier wieder gesund und munter nach den Ferien sehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Wortmeldungen zu dem Bericht gibt es nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und die Erledigung der Petitionen zu bestätigen. Wer der Ausschussempfehlung folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 45 auf:

Mehr Hilfen für wohnungs- und obdachlose Bürgerinnen und Bürger

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 19/1531

Ich erteile das Wort dem Herrn Berichterstatter des Sozialausschusses, dem Abgeordneten Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Ich verweise auf den Umdruck 19/2562, in dem der einstimmige Beschluss des Sozialausschusses festgehalten ist.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank. - Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer die Gespräche und die Kontakte erlebt hat, der weiß,

wie wichtig es ist, dass wir uns für obdachlose, wohnungslose, bedürftige Menschen engagieren.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Der weiß auch, dass es hilfreich ist, dass dies überhaupt geschieht und vonseiten des Landtags an solches Signal ausgesendet wird.

Ich möchte einen besonderen Dank an Herrn Landtagspräsidenten Klaus Schlie und sein Team für den Empfang im Februar und für den Abend hier am Dienstag richten. Das war großartig. Herzlichen Dank!

(Beifall)

In diesen Dank möchte ich auch diejenigen einbeziehen, die ehrenamtlich oder hauptamtlich - zum Teil schon seit langer Zeit - unterstützende Arbeit leisten, die Diakonie und andere Verbände. Danke für die Berichterstattung beispielsweise bei Hempels, die hilfreich ist, und für das gute Essen der Landtagskantine. Außerdem hat uns alle der Einsatz der Barber Angels beeindruckt - welchen Zuspruch das gefunden hat und wie gut das abgelaufen ist. Auch dafür vielen herzlichen Dank!

(Vereinzelter Beifall)

Wir können etwas bewegen, wenn wir wollen. Die Bürger empfinden dies auch so. Ich denke, es ist wichtig, dass wir durch unsere Schwerpunkte und Inhalte deutlich machen, mit welchem Stil und mit welcher Glaubwürdigkeit bestimmte Themen von uns angegangen werden.

Unser Beschluss im Sozialausschuss fiel einstimmig, auch dafür danke ich sehr herzlich. Wichtige Punkte sind - ich möchte das kurz hier erwähnen -: Statistische Erhebungen müssen möglichst länderspezifisch erfolgen, damit wir noch genauer festhalten können, was die notwendigen Maßnahmen sind und welche Folgerungen zu ziehen sind. Die Mittel im Haushalt sind hier im Land nahezu verdoppelt worden. Wir haben ein ganz leichtes Absinken der Obdachlosenzahlen. Ich glaube, dass das mehr eine Momentaufnahme ist. Das Problem ist sicherlich immer noch in großem Umfang vorhanden. Es gilt, die Möglichkeiten zum Bau bezahlbarer Wohnungen zu erweitern. Das Ziel, das sich durch den ganzen Ausschussbeschluss zieht, ist völlig klar: Jeder sollte ein Dach über dem Kopf haben, und dafür sollten wir uns einsetzen, etwas dazu beitragen und dabei helfen.

(Vereinzelter Beifall)

Das kann durch verschiedene Instrumente geschehen: die Mietschuldübernahme, die Verfügbarkeit-

(Werner Kalinka)

machung von nicht genutztem Wohnraum, Betroffene und Vermieter in Kontakt bringen, bevor das Kind in den Brunnen gefallen ist, mehr Prävention. Das sind nur einige Beispiele.

Bei den Gesprächen ist eines deutlich geworden - was die meisten von uns auch schon vorher gewusst und geahnt haben -: Von dem Problem Obdachlosigkeit kann jeder betroffen sein. Das geht quer durch alle Berufs- und Altersschichten. Das ist nicht ein Spezifikum einer bestimmten Altersstruktur. Ganz besonders deutlich ist auch geworden: Häufig sind es ganz kleine Probleme, die immer größer werden und am Schluss unlösbar erscheinen. Wir können nur allen zurufen: Es gibt kein Problem, bei dem am Ende nur die Sackgasse steht, bei jedem Problem gibt es auch eine Möglichkeit, zumindest zu einer Teillösung zu kommen oder eine bestimmte Hilfe zu erhalten!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Wolfgang Baasch [SPD])

Das ist eine ganz wichtige Botschaft, die bei den Betroffenen ankommen muss.

Die Anlaufstellen leisten sehr gute Arbeit. Sie helfen dabei, Behördenkontakte sicherzustellen und zum Beispiel bei fehlenden Papieren zu unterstützen - was gar nicht so selten ein Thema ist.

Ein Weiteres wurde auch ganz deutlich: Wer im jüngeren Alter schon Probleme hatte, beruflich oder finanziell, dessen Einkommen nicht so groß war, der hat später Folgeprobleme. Das ist ein Kreislauf, der immer wieder sichtbar wird, wenn man mit den Älteren spricht, die bei den Treffen dabei waren.

Bei mir ist sehr fest haften geblieben - es gab viele Gespräche, die ohne Barrieren direkt zwischen uns über alle möglichen Themen geführt worden sind -: Keiner der Betroffenen erwartet von uns Wunder, aber ein offenes Ohr zu haben und wo es geht zu helfen, das ist das, worüber sie sich unheimlich freuen. Das ist an beiden Abenden immer wieder ganz deutlich geworden. Hier können wir etwas leisten.

Ein weiterer Aspekt: Es ist wichtig, dass wir das Schufa-System auf Bundesebene auf Transparenz und Überprüfbarkeit hin analysieren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das ist ein wichtiger Punkt, denn da werden häufig weitreichende Folgen ausgelöst.

Da sich meine Zeit dem Ende zuneigt - zu diesem Punkte heute -,

(Heiterkeit CDU)

möchte ich zusammenfassend sagen: Wir als Anwalt der Bürger stellen uns ganz besonders auf die Seite der Menschen, die es schwer haben, die es nicht so einfach haben. Dies geschieht im Konsens aller. Das ist großartig. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Wolfgang Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein gutes Zeichen, dass im Schleswig-Holsteinischen Landtag bei der Frage „Wohnungslosigkeit vermeiden - wohnungs- und obdachlose Bürgerinnen und Bürger stärker unterstützen“ mit einer Sprache gesprochen wird. Für diese Gemeinsamkeit gilt mein Dank an alle für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Deswegen liegt uns heute auch eine Beschlussvorlage des Sozialausschusses vor, in der wir nicht nur auf die besondere Lebenssituation von wohnungslosen Menschen hinweisen, sondern mit konkreten Handlungsschritten auch uns selbst zum Handeln auffordern. Dies gilt sowohl für das Parlament als auch für die Landesregierung.

Warum werden Menschen in Deutschland wohnungs- und obdachlos? Die bekannten Antworten sind der Verlust des Arbeitsplatzes, Trennung, Scheidung, Privatinsolvenz, psychische Erkrankungen, Suchterkrankungen und auch Schicksalsschläge wie Todesfälle. Seit Jahren kommt noch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum dazu.

All diese Erklärungen haben wir in Gesprächen mit Betroffenen wie auch in Gesprächen mit Beratungsstellen, Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Betreuern wohnungsloser Menschen erfahren.

Für viele wohnungslose Menschen ist das Leben auf der Straße der letzte Ausweg in einer verzweifelten Lebenssituation. Wohnungslose Menschen brauchen Hilfe. Sie haben fast immer Geldsorgen, sind überschuldet und haben eine negative Schufa-Auskunft. Ein großes Hindernis ist dabei wirklich, die eigene Zukunft zu planen und wieder in die ei-

(Wolfgang Baasch)

gene Verantwortlichkeit und Selbstständigkeit zu kommen.

Wohnungslose Menschen brauchen Unterstützung und Beratung in ihrer speziellen Lebenssituation sowie bei ihren ganz individuellen Lebensbedürfnissen. Sie benötigen spezielle Hilfen bei Suchterkrankungen, bei Überschuldung - und wenn es einfach nur darum geht, eine eigene Postadresse einzurichten; Postadressen sind nämlich notwendig, wenn es darum geht, den Kontakt mit Behörden wie beispielsweise der Agentur für Arbeit aufrechtzuerhalten. Sie brauchen auch einen Zugang zur regulären Gesundheitsversorgung, denn viele von ihnen haben keine Krankenversicherung mehr.

Darum ist es gut, dass es neben Beratungsstellen für Wohnungslose gezielte Beratungsstellen für wohnungslose Frauen, für wohnungslose Männer und auch für junge Erwachsene gibt. Es ist gut, dass es Initiativen für betreutes Wohnen wie für Wohnungslose, aber auch Kontaktläden und Tagestreffs gibt. Kontaktläden und Tagestreffs dienen Menschen als Anlaufpunkt und geben ihnen die Möglichkeit, in Solidarität wieder etwas nach vorne zu kommen. Hier bedarf es auch einer Stärkung und einer Verstärkung, vor allem einer Sicherung der finanziellen Förderung. Auch das sollten wir uns als Handlungsauftrag für die Haushaltsberatungen mitgeben.

(Beifall SPD)

Natürlich ist eine wesentliche Ursache neben den ganz persönlichen Notlagen der Betroffenen vor allem der anhaltend hohe Druck auf dem Wohnungsmarkt. Da immer mehr Sozialwohnungen aus der Bindung fallen und zusätzlich immer weniger Sozialwohnungen gebaut werden, nimmt die Zahl der bezahlbaren Wohnungen ab. Damit wächst die Zahl der wohnungslosen Menschen.

Die Wohnung, das Zuhause ist von existenzieller Bedeutung für jeden von uns. Für das Gefühl, sein Zuhause zu haben und zu wissen, wo man hingehört, sind die eigenen vier Wände grundlegend. Darum muss ausreichend Wohnraum geschaffen werden. Ich finde, es bedarf eines gesetzlichen Anspruchs auf die Sicherung eines bezahlbaren Wohnraums in unserer Gesellschaft.

(Beifall SPD und SSW)

Nach unserem Grillfest am Dienstag mit Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind oder in der Obdachlosigkeit leben, ist es mir auch ein persönliches Anliegen, ein herzliches Dankeschön an diejenigen zu sagen, die gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten organisiert und uns den ganzen Abend

über in den unterschiedlichsten Funktionen - Werner Kalinka hat es aufgezählt - begleitet haben.

(Beifall)

Es gilt aber auch, ein großes Dankeschön an all diejenigen zu sagen, die sich für die Menschen darüber hinaus engagieren. Werner Kalinka hat die Vereine und Organisationen, die hier beteiligt waren, die ansonsten aber auch landesweit tätig sind, aufgeführt.

Ich will an dieser Stelle ganz besonders und explizit den Verein Hempels aufführen, der mit seinem Straßenmagazin seit über 20 Jahren vorbildliche Arbeit in der Unterstützung von wohnungslosen Menschen leistet - und zwar nicht nur mit dem Verkauf des Magazins, sondern zum Beispiel auch mit dem Hempels Trinkraum in Kiel-Gaarden, einem niedrigschwelligen Kontakttreff, den es zu fördern gilt und den wir zu verstetigen versuchen sollten. Ich hoffe, dass uns das in den Haushaltsberatungen auch ein wichtiger Punkt ist.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Herr Kollege!

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ich habe das gesehen, Herr Präsident. - Darum bleibt am Ende die Feststellung, dass unser Beschluss im Sozialausschuss wichtig ist, um die Hilfen für wohnungs- und obdachlose Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Es bleiben aber noch viele Aufgaben, zum Beispiel Wohnungslosigkeit präventiv zu bekämpfen und vor allem dafür zu sorgen, dass die Diskriminierung, die viele wohnungslose Menschen bei der Suche nach Wohnungen erfahren, thematisiert wird. Das kann auch etwas sein, was wir als Thema in das gemeinsame Arbeitsforum, das wir schaffen wollen, aufnehmen. Ich würde es jedenfalls begrüßen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter das Wort.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Obdachlosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern immer ein strukturelles Problem.

(Lasse Petersdotter)

Ich bin davon überzeugt, dass uns eine langfristige und wirkungsvolle Antwort auf dieses Problem nur dann gelingen wird, wenn wir diese Erkenntnis verinnerlichen. Der Obdachlosen- und Wohnungslosenempfang im Februar war ein wichtiger Ort für diese und viele weitere Erkenntnisse in dieser Richtung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich muss ehrlich sagen, dass ich eine gewisse Skepsis hatte, als ich von der Idee gehört habe. Ich habe mich gefragt: Wird man es schaffen, auf Augenhöhe und in der richtigen Ansprache die Menschen zu erreichen, die wir wirklich erreichen wollen?

Nach dem Empfang kann ich sagen: Man hat es geschafft. Es war ein voller Erfolg für alle Beteiligten. Wie alle anderen möchte ich mich dem Dank sowohl an das Team der Verwaltung, das das organisiert hat, bis hin zum Landtagspräsidenten anschließen, mich aber auch bei den zahlreichen Initiativen und Organisationen, der Stadtmission, der Diakonie, dem Paritätischen und vielen anderen mehr bedanken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Weder der Empfang noch der Beschluss des Sozialausschusses sind allerdings nach meiner Auffassung der Höhepunkt oder gar das Ende des politischen Prozesses, der vor uns liegt. Wir stehen am Anfang einer neuen und hoffentlich auch anderen politischen Kultur in der Wohnungslosenspolitik - eine politische Kultur, in der es nicht um Bemitleiden oder Belächeln geht, sondern um Verstehen.

Es gibt noch viel zu verstehen und auch sehr viel einzugestehen, denn vieles wissen wir nicht. Wir wissen viel über die Lebensrealität wohnungsloser Menschen in Deutschland schlichtweg nicht. Wir wissen nicht, wie viele es genau in den jeweiligen Bundesländern sind. Kein Bundesland ist wesentlich weiter als Schleswig-Holstein. Berlin hat sich auf den Weg gemacht, aber auch dort gibt es mehr Fragezeichen als Punkte.

Es geht aber auch um eine klare Richtung im Beschluss des Sozialausschusses, um ein klares Bekenntnis zu Housing first und zu bezahlbarem Wohnraum. Es geht um das Verstehen, dass Obdachlosigkeit jeden treffen kann. Damit meine ich jeden von uns und jeden in unserem Umfeld. Obdachlosigkeit geht häufig schnell. Wir hatten alle in den Gesprächen die Situation, in der wir uns ge-

dacht haben: Scheiße, das war der Punkt, an dem es losging?

Man fragt sich: Wie schnell fallen die Dominosteine um, wenn eine Person mit welcher Begründung auch immer hochverschuldet ist, die Stromrechnung plötzlich nicht mehr bezahlen kann, dann plötzlich die Miete nicht mehr bezahlen kann, das Konto womöglich gepfändet wird oder die Krankheit Ursache für all das war?

Wenn man aus der Wohnung geflogen ist, hat man es ohne Adresse, ohne Konto, ohne Job - und das in einem angespannten Wohnungsmarkt - massiv schwer, wieder in eine Wohnung zurückzufinden.

Dazu gehört auch, dass Obdachlosigkeit kein alleiniges Thema der Wohnungspolitik ist, sondern vor allen Dingen auch ein sozialpolitisches und über alle Politikfelder hinaus wirkendes Thema. Es geht eben um viel mehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU, FDP und SSW)

Eingangs habe ich gesagt, dass Obdachlosigkeit kein individuelles Versagen, sondern ein strukturelles Problem ist. Es geht aber immer um individuelle Lebenswege. Es geht - das ist auch in dem Beschluss des Sozialausschusses enthalten - um Maßnahmen, und mit diesen Maßnahmen nähern wir uns tatsächlich dem Problem, aber auch der Lösung an - aber auf beiden Ebenen. Es bleibt in meiner Auffassung aber weiterhin ein Anfang.

Als nicht fachpolitischer Sprecher, aber als ein dem Thema sehr zugeneigter Politiker möchte ich vorweg noch den Hinweis geben, dass ich bestimmte Begriffe, die ich in dieser Rede gesagt habe, im Parlament nicht unbedingt noch mal wiederverwenden werde. Ich habe das mitbekommen.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Zum anderen möchte ich noch auf ein Phänomen hinweisen, das in der Debatte um Wohnungslosenspolitik leider immer wieder unter dem Radar landet. Das ist, dass Wohnungslose Kinder haben und dass diese Kinder kaum Strukturen haben, auf die sie zugreifen können. Sie sind in der Schulpflicht. Sie sind in der Klasse neben allen anderen Kindern mit ganz anderen Voraussetzungen, mit ganz anderen Lasten in ihrem Scout-Rucksack und in der Regel ist es eben kein Scout-Rucksack. Für diese Probleme müssen wir, glaube ich, eine Struktur schaffen, die einen stärkeren Blick auf die Kinder von Wohnungslosen wirft. - Vielen Dank.

(Lasse Petersdotter)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Vizepräsident Rasmus Andresen:

Vielen Dank, Herr Kollege. Ich werde beobachten, ob Sie Ihren Ankündigungen Taten folgen lassen und in Ihren Redebeiträgen bestimmte Wörter nicht mehr verwenden. - Jetzt hat aber zunächst der Kollege Dennys Bornhöft für die FDP-Fraktion das Wort.

Dennys Bornhöft [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine der wichtigsten Aufgaben unseres Sozialstaats ist es, dafür Sorge zu tragen, allen Bürgerinnen und Bürgern eine Existenz- und Lebensgrundlage zu gewährleisten. Und diese Aufgabe wird nie vollständig zu erfüllen sein, da wir uns immer wieder mit neuen Herausforderungen konfrontiert sehen, die Existenzen in unserem Land erschweren.

Daher freuen wir uns besonders, dass bei einem so wichtigen Thema hier und heute alle demokratischen Fraktionen gemeinsam ein gutes Maßnahmenpaket auf den Weg bringen werden.

Wir leben in einem der reichsten und wohlhabendsten Länder der Welt. Dennoch gibt es leider weiterhin Menschen in unserer Gesellschaft, die obdachlos sind oder keine eigene Wohnung haben. Dabei darf man nicht vergessen, dass das Dach über dem Kopf ein Grundrecht ist.

Obdachlosigkeit kann sehr viele Ursachen haben, und jeder Verlauf macht betroffen und wirft die Frage auf, wie es in unserer Gesellschaft überhaupt so weit kommen konnte, ohne jetzt andere Begriffe dafür zu verwenden.

Da ist es enorm wichtig, in einer bundesweiten Erhebung die Ursachen und Probleme von Obdachlosigkeit besser zu analysieren. Auf dieser Grundlage müssen dann bei uns im Land auch ganz konkret maßgeschneiderte Lösungen entwickelt werden. Darauf haben wir uns im Sozialausschuss auch verständigt.

Eine der Ursachen - vielleicht die schwerwiegendste -, kein Obdach zu finden, ist uns aber schon bekannt. Das ist und bleibt leider der Wohnungsmangel in unseren Städten und in Ballungsräumen. Wir können hier lang und breit in verschiedenen Sitzungen und in Ausschüssen weiter darüber debattieren, wie wir den Wohnungsmangel bekämpfen. Das ha-

ben wir in der gestrigen Plenarsitzung gemacht. Wir werden aber am Ende zum logischen Schluss kommen, dass wir schlicht und einfach mehr Wohnungen bauen müssen. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum muss dringend ausgeweitet werden.

(Vereinzelter Beifall AfD)

Der erschreckende Trend wird sich sonst weiter fortsetzen. Immer mehr Personen oder auch Familien werden von Wohnungs- und Obdachlosigkeit betroffen sein, wenn wir da nicht gegensteuern.

Dafür müssen auch etwaige Baukostentreiber identifiziert und, so sie nur politischer oder verwaltungstechnischer Natur sind, kritisch hinterfragt werden. Es müssen bei den jeweiligen Akteuren - häufig sind das auch die Kommunen - auch die jeweiligen politischen Mehrheiten gegeben sein, Flächen für günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Aus meiner kommunalpolitischen Erfahrung weiß ich leider, dass es wiederkehrend vermeintlich höhere politische Ziele gibt, als neuen Wohnraum zu schaffen.

Ziel der Empfänge, die wir hier hatten, war es, beim Austausch auch etwas für die eigene Arbeit mitzunehmen. Aus den Erfahrungen der Selbstbefassung im Sozialausschuss und in vielen Gesprächen mit den Verbänden nehme ich mit, energischer auf den einen oder anderen kommunalen Entscheidungsträger zuzugehen und für die Ausweisung entsprechender Flächen zu werben.

Aber auch wenn wir sofort mit dem Bau sozialen Wohnraums anfangen würden, würde es einige Zeit dauern, bis genügend Wohnraum vorhanden ist. Deshalb ist das Modell „Housing First“, welches in Skandinavien bereits Erfolge vorzuweisen hat, so enorm wichtig, um mehr bestehenden Wohnraum für Menschen in Not zur Verfügung zu stellen. Denn dieses Modell zeigt deutlich, dass ein wertschätzender Umgang mit Betroffenen und freiwillige Angebote immer mehr Erfolg haben werden als jene Projekte, die hohe Auflagen und Verpflichtungen haben und die Hilfsbedürftige letztendlich unter Druck setzen.

(Beifall FDP)

Noch einen konkreten Punkt aus dem Antrag: Gefühlt hat jeder schon einmal, denke ich, negative Erfahrungen mit der Schufa gemacht, zum Beispiel aufgrund von Fehlern bei der Zuordnung von Daten und hinterlegten Berechnungen beim Scoring. Ich selbst habe das einmal vor ein paar Jahren gehabt. Da hat die Sparkasse mir über Nacht ein Kinderkonto zugeschrieben, und ich hatte keinen Dispo-

(Dennys Bornhöft)

mehr. Mir sind sämtliche Lastschriften - seien es 7 € bei Lidl, sei es die Stromrechnung, alles - geplätzt. Ich bekam direkt negative Schufa-Einträge. Es hat eine Weile gedauert, das wieder tatsachenentsprechend zu klären.

Das zeigt aber auch, dass die Schufa-Abfrage nicht nur bei größeren Anschaffungen wie dem Kauf eines PKWs, eines Hauses oder auch bei der Miete greift. Selbst bei Handytarifen in zweistelligen Euro-Bereichen pro Jahr kann es zu einem neuen Scoring kommen. Das ist häufig als Betroffener schwer nachzuvollziehen, gerade wenn es zu negativen Bewertungen kommt. Wir plädieren dafür, dass es hier deutlich mehr Transparenz gibt und dieses System sich selbst noch etwas mehr hinterfragt und offener für die Kunden und die Nutzer wird.

Schließen möchte ich hier mit einem ganz herzlichen Dank an den Landtagspräsidenten, an das Team um den Landtagspräsidenten, an den Sozialausschussvorsitzenden, Werner Kalinka, und die jeweiligen Mitarbeiter für die tatkräftige Unterstützung bei diesem Thema, für die beiden Empfänge, die wir hatten, für den Austausch, den wir machen konnten, und - ich denke, dafür spricht auch, wie die heutige Debatte verlaufen ist, und dieser gemeinsame Antrag - für die Wertschätzung, die wir insgesamt für dieses Thema haben konnten.

Ich möchte auch ausdrücklich allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern der Obdachlosenhilfe in Schleswig-Holstein danken. Ich freue mich auf die weitere gemeinsame Arbeit zu diesem Thema. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Claus Schaffer.

Claus Schaffer [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Das Thema „Wohnungsnot, Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit“ betrifft leider immer mehr Menschen in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein. Das ist besorgniserregend. Insbesondere die Entwicklung bei jungen Menschen, bei Familien und die Zunahme bei Frauen muss uns hier ein Auftrag sein, uns näher damit zu beschäftigen und schleunigst Gegenmaßnahmen zu entwickeln. So hat sich die Zahl der Hilfesuchenden in den Beratungsstellen in den vergangenen Jahren stetig erhöht.

Wir müssen uns fragen, welche Ursachen dahinterstecken. Wir hörten es bereits: In den meisten Fällen ist es ein sehr langer Leidensweg, der nicht selten mit sozialen oder familiären Einschnitten, mit physischen oder psychischen Erkrankungen einhergehend. Verlust des Arbeitsplatzes, eine Trennung, Verschuldung und oft auch eine ausgeprägte Suchtproblematik sind Aspekte einer häufig geschilderten Leidenshistorie.

Neben diesen individuellen Ursachen gibt es seit Jahren ein grundsätzliches und sich stetig verschärfendes Problem für diesen Bereich. Das ist die Entwicklung des Wohnungsmarktes. Verknappung bezahlbaren Wohnraums, steigende Immobilienpreise, Privatisierung, Deregulierung führen zu steigenden Mieten - mittlerweile nicht mehr nur in den Ballungsräumen. Bezahlbarer Wohnraum ist inzwischen auch für die sogenannte Mittelschicht zur Mangelware geworden, und das gilt für Städte und das flache Land gleichermaßen. Die politischen Entscheidungen der vergangenen Jahre sind nicht einfach mal eben so innerhalb kurzer Zeit zu korrigieren. Das gilt insbesondere für den weitgehenden Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau. Nach den aktuellen Zahlen gibt es in Deutschland immer weniger Sozialwohnungen. In den meisten Bundesländern ist der geförderte Wohnraum rückläufig. Lediglich Baden-Württemberg, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern bauen mehr Sozialwohnungen. In Schleswig-Holstein wird dieser Trend nun hoffentlich umgekehrt.

Derzeit fallen aber noch immer mehr alte Sozialwohnungen aus der Mietbindung heraus, als neue gebaut werden. Was uns noch fehlt, ist eine strategische Verknüpfung der Auswirkungen dieser Marktentwicklungen mit den Bereichen Soziales und Teilhabe, die sich vor allen Dingen in gemeinsamen Strategien auf kommunaler und Landesebene zur Armutsvermeidung wiederfinden müssen.

Wir müssen folglich die individuellen Ursachen mit den objektiven Ursachen, also dem Rückgang der Sozialwohnungen, zu einem Gesamtpaket verknüpfen, um den Betroffenen wirksam helfen zu können. Wir brauchen wirksame Instrumente, um Korrekturen vorzunehmen und ein gewisses Grundniveau an Wohnungssicherheit für alle wohnungssuchenden Menschen in Schleswig-Holstein bieten zu können. In erster Linie sind hier die Kommunen in der Pflicht, den Menschen, die ein Obdach benötigen, entsprechend zu helfen.

Es gibt aber noch mehr Möglichkeiten der Hilfeleistung und auch der Prävention. Die Landesprogramme zum sozialen Wohnungsbau und auch die

(Claus Schaffer)

Unterstützung der Kommunen beim Bau von bezahlbarem Wohnraum können verbessert werden. Selbiges gilt auch für die generationsübergreifende Quartiersentwicklung. Auch die Jobcenter müssen sensibilisiert werden, um Sanktionen oder unbillige Härten zu vermeiden, die am Ende zum Verlust des Dachs über dem Kopf führen können.

Wenn Menschen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse geraten, wird auf Dauer eine finanzielle Eigenständigkeit nicht zu erreichen sein. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, vor allem aber eine stabile Finanzierung von Projekten und Einrichtungen für sozial schwache Menschen.

Auch die Frage, ob der soziale Wohnungsbau das alleinige Allheilmittel ist, gehört mit aufs Tableau. Wir sollten uns hier breiter aufstellen. Die Fehlbelegung von Sozialwohnungen infolge veränderter Anspruchsvoraussetzungen beim Mieter liegt zuweilen bei einem Drittel des Wohnungsbestands. Wir sollten daher auch darüber nachdenken, ob die Subventionen, die in den sozialen Wohnungsbau gesteckt werden, vielleicht vermehrt als Wohngeld ausgegeben werden. Damit ließen sich der Empfängerkreis erweitern und die Höhe der Miete anheben, bis zu der ein Wohngeld gezahlt wird. Die Kontrolle ist hier auch wesentlich einfacher als bei Sozialwohnungen. Bei einer Fehlbelegungsabgabe für eine Sozialwohnung ist das ungleich schwieriger, als das beim Wohngeld der Fall ist.

Meine Damen und Herren, Obdach- oder Wohnungslosigkeit ist ein wirtschaftliches und soziales Problem zugleich. Es ist aber wirklich immer eines, das vor allem den Menschen betrifft, und das dürfen wir bei aller politischen Auseinandersetzung mit diesem Thema nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall AfD)

Genau dafür waren sowohl der Empfang im Februar als auch der jetzt kürzlich erfolgte Empfang genau der richtige Weg. Die Gespräche mit den Menschen haben genau dieses Thema und genau diese Problematik wieder in das persönliche Bewusstsein zurückgeführt, und das hat auch mich betroffen. Ich bedanke mich für die Organisation und bei allen Menschen, die das unterstützt haben. Ich schließe mich insofern dem Dank der Vorredner an. - Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Aus Sicht des SSW ist der vorliegende Antrag aller demokratischen Parteien nur konsequent. Wir können nicht dulden, dass in unserer Wohlstandsgesellschaft Menschen leben, die nicht wissen, wo sie schlafen sollen.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Martin Habersaat [SPD])

Deshalb unterstützen wir natürlich auch den längerfristigen Einsatz des Landtags für Obdach- und Wohnungslose und die angestrebte Kooperation mit Trägern und Kommunen. Ich freue mich ehrlich darüber, dass wir gemeinsam mehr für diese Menschen tun wollen. Aber um hier wirklich Fortschritte zu erzielen, müssen alle staatlichen Ebenen enger zusammenarbeiten.

Gerade wohnungslose Menschen werden oft in verschiedensten Lebensbereichen ausgegrenzt. In Zeiten, in denen Wohnraum knapp ist, haben sie kaum Chancen, eine Wohnung zu finden. Damit bleibt ihnen in aller Regel der Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt. Auch die Gesundheitsversorgung ist dann für viele nicht mehr bezahlbar, und wer erst einmal ganz ohne Unterkunft auf der Straße lebt, muss nicht nur verbale, sondern auch körperliche Gewalt und Diskriminierung fürchten. Eine Wohnung ist für Menschen von zentraler Bedeutung, wenn sie diesen Teufelskreis durchbrechen wollen.

Ich denke, die Empfehlungen des Sozialausschusses machen gleichzeitig deutlich, wie vielfältig die Herausforderungen bei der Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit sind. Es fängt schon damit an, dass es bis heute keine wirklich belastbaren Zahlen zum Thema gibt. Hieran muss sich dringend etwas ändern, denn nur wenn wir wissen, wie viele Menschen auf der Straße oder in Notunterkünften leben, und nur wenn wir wissen, aus welchen Gründen Menschen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bedroht sind, können wir ihnen auch wirkungsvoll helfen. Daneben müssen aber auch der Bau bezahlbarer Wohnungen vorangetrieben und die Informationsmöglichkeiten für Betroffene und Vermieter verbessert werden.

Als Sozialpolitiker bin ich natürlich der Meinung, dass man bei diesem Thema immer noch mehr tun kann, aber im Gegensatz zu manch anderem Vorschlag, der hier in der Vergangenheit diskutiert wurde, geht es heute immerhin um eine Verstärkung der Hilfen. Das ist unheimlich wichtig.

(Flemming Meyer)

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und Beifall
Dennys Bornhöft [FDP])

Darauf habe ich immer wieder hingewiesen. Wir müssen Wohnungs- und Obdachlosen nicht nur Angebote machen, die sie in ihren Lebenswirklichkeiten erreichen, sondern wir müssen durch unsere sozialpolitischen Maßnahmen auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sie ein sinnerfülltes Leben in Würde führen können. Da ist es nun einmal extrem wichtig, diese Menschen möglichst schnell in eine Wohnung zu bringen. Nur so können wir sie in die Gesellschaft integrieren. Das schaffen wir nicht, indem wir ihnen im Winter einen Container vorsetzen.

Bei aller Einigkeit und unserem gemeinsamen Antrag muss eines klar sein: Wenn wir dauerhaft verhindern wollen, dass Menschen auf der Straße leben, brauchen wir umfassende Veränderungen in der Wohnungs- und Sozialpolitik. Es ist und bleibt Fakt, dass es an sozialem und bezahlbarem Wohnraum fehlt. Im Vergleich zur Jahrtausendwende gibt es über eine Million Sozialwohnungen weniger. Und es gibt weiterhin viel zu wenig Klein- und Kleinstwohnungen. Vor diesem Hintergrund kann man zumindest seine Zweifel daran haben, dass die Ablehnung unseres Wohnraumschutzgesetzes oder die Abschaffung der Mietpreisbremse die richtigen Signale waren. Aus Sicht des SSW müssen wir in Sachen Wohnungsbau jedenfalls noch deutlich mehr tun.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Aber auch die Armutsrisiken werden noch längst nicht wirkungsvoll genug bekämpft. Die Kinderarmut ist auf einem beschämend hohen Niveau. Auch atypische und prekäre Beschäftigungsformen nehmen noch zu und damit auch Spätfolgen wie die Altersarmut. Gleichzeitig sind viele Sozialleistungen schlicht und einfach zu gering, um vor Armut zu schützen. Deshalb reicht es aus unserer Sicht nicht, immer mal wieder an Symptomen herumzudoktern. Ich glaube, wir brauchen tiefgreifende Reformen.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Bund und Land müssen für diese wichtige Aufgabe noch mehr Geld in die Hand nehmen als bisher. Das zahlt sich schon mittelfristig aus, und das nicht nur menschlich, sondern auch finanziell. - Jo tak.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Es ist in den Redebeiträgen ein bisschen angeklungen: Wir alle haben uns über eine - manche mögen sagen - sehr ungewöhnliche Aktion gefreut, die am 9. Februar in diesem Jahr für ein bisschen Aufsehen gesorgt hat. 125 obdachlose Frauen und Männer tranken und aßen gemeinsam auf Einladung des Landtagspräsidenten. Als ehrenamtliches Servicepersonal bedienten Damen und Herren Landtagsabgeordnete, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie Kooperationspartnerinnen und -partner diese Gäste.

Die Wiederholung war mit Ansage geplant, und sie fand am Dienstag dieser Woche statt. Die Idee zu diesem - ich sage einmal - Aufeinandertreffen hatten der Vorsitzende des Sozialausschusses Werner Kalinka und der Landtagspräsident Klaus Schlie. Für mich war es ein Zeichen des Respekts gegenüber wohnungs- und obdachlosen Frauen und Männern - ein Zeichen und eine Geste dahin gehend, wie man sich in dieser Gesellschaft begegnet. Wie nimmt man Menschen an?

Der Kollege Petersdotter hat gesagt, er war am Anfang sogar skeptisch, wie eine solche Begegnung aussehen mag. Wer gedacht hat, da prallen Welten aufeinander, der wurde - so glaube ich - bei diesen beiden Veranstaltungen eines Besseren belehrt. Herr Landtagspräsident, ich hatte mit Ihnen gemeinsam das große Vergnügen, auf dem Konzert gegen die Kälte zu sein. Da wiederholte sich diese Form von Begegnung. Es war eine Begegnung zwischen Menschen. Es war eine Begegnung mit viel Respekt füreinander. Ich glaube, man kann sagen, es ist gut, dass das von allen Beteiligten als Auftakt für langfristiges und noch verstärkteres Engagement in der Sache gewertet wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist nämlich ein wachsendes Problem in unserer Gesellschaft. 8.000 bis 12.000 Menschen in Schleswig-Holstein haben keine eigene Wohnung. Genaue Angaben dazu gibt es bisher nicht. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales arbeitet derzeit an einer bundesweiten Wohnungslosenstatistik.

(Minister Dr. Heiner Garg)

Die Situation für wohnungslose Menschen und für von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen zu verbessern, ist eine Gemeinschaftsaufgabe, und innerhalb der Landesregierung sind konsequenterweise auch ganz unterschiedliche Häuser damit befasst. Darüber hinaus sind es die Kommunen, die insoweit in einer besonderen Verantwortung stehen.

Eine wichtige Aufgabe für uns alle ist es, die Zusammenarbeit und die Abstimmung aller Beteiligten zum Wohle der Betroffenen nicht nur stetig im Blick zu haben, sondern auch konsequent weiter zu verbessern. Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen befinden sich in einer extrem schwierigen Lebenslage. Gerade im Umgang mit diesen Menschen zeigt sich, welchen Sinn Gesellschaft eigentlich für Gerechtigkeit hat. Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen und ist zentrale Voraussetzung für gesellschaftliches Miteinander. Wohnungslosigkeit zu vermeiden ist deshalb von höchster Priorität. Gerade in Zeiten von Wohnraumknappheit ist es wichtig, Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind, so zu unterstützen, dass sie ihre Wohnung gar nicht erst verlieren. Das Innenministerium hat daher bereits vielfältige Anstrengungen unternommen, die Situation von wohnungs- und obdachlosen Menschen zu verbessern.

Sich um Wohnungen für obdachlose Menschen zu kümmern, gehört zum Kernbereich kommunaler Selbstverwaltung. Das Innenministerium unterstützt die Kommunen dabei, neuen Wohnraum zu schaffen. Mit dem Wohnraumförderungsprogramm stellt die Landesregierung bis 2022 Mittel für Neubau und Modernisierung von 6.400 Wohnungen bereit. Insgesamt investiert das Land Schleswig-Holstein 788 Millionen €. Das ist immerhin schon das höchste Investitionsvolumen, das je in Schleswig-Holstein für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wurde.

Das Innenministerium hat erst zu Beginn dieses Monats die Mittel für den Neubau von Mietwohnungen deutlich erhöht. Jeder Quadratmeter mietpreisgebundener Wohnraum wird jetzt mit bis zu 375 € bezuschusst. Das ist - mit den zinsfreien Darlehen der Investitionsbank - ein äußerst attraktives Angebot für Investoren.

Die Landesregierung hat im Haushalt 2019 die Mittel für die Förderung von Beratungsstellen um 40 % - von 592.000 € auf 1 Million € - erhöht. Ich sage nach wie vor: Das war ein richtiger Beschluss. Damit wird nämlich die Basis für eine Weiterentwicklung des Beratungsangebots in Schleswig-Holstein deutlich stärker.

(Beifall FDP)

Die Landesregierung fördert die Schulden- und Insolvenzberatung. Gerade Mietschulden - das wurde in den Debattenbeiträgen deutlich - sind ein unglaubliches Hemmnis bei der Wohnungssuche.

Gemeinsam mit der Energiewirtschaft, der Wohlfahrtspflege und den Kommunen hat das Innenministerium den Leitfaden „Stromsperrungen verhindern“ entwickelt. Betroffene und ihre Familien erhalten nützliche Hinweise, wo sie sich in einem solchen Fall beraten lassen können.

Mein Haus erarbeitet gemeinsam mit anderen Ressorts und den Kommunen geeignete Konzepte, um Wohnungslosigkeit für besonders gefährdete Personengruppen von vornherein zu verhindern. Entwickelt werden soll beispielsweise ein landesweites Übergangsmangement für Haftentlassene, um diese besser von vornherein mit Wohnraum versorgen zu können.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie auch mich mit einem Dank schließen: Ich danke all denjenigen, die nicht immer im Fokus stehen, nämlich den Menschen, die sich Tag für Tag für die wohnungslosen Menschen und - oft gemeinsam mit ihnen - für deren Interessen einsetzen. Sie leisten jeden Tag großartige Arbeit für diese Gesellschaft. - Ihnen sage ich danke fürs Zuhören.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Mit der Drucksache 19/1531 haben die Mitglieder des Sozialausschusses dem Landtag einen Entschließungsantrag mit der Bitte um Übernahme und Zustimmung vorgelegt. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig. Damit ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 A auf:

Das einige Europa bleibt das Ziel!

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/1567

(Präsident Klaus Schlie)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe. - Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hartmut Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind knapp vier Wochen her. Die befürchteten Ergebnisse sind - zum Glück! - nur teilweise eingetreten. Trotzdem haben die Kräfte, die im Schwerpunkt auf nationalstaatliche Lösungen drängen, an Kraft gewonnen. Diese Kräfte wollen im Kern kein starkes Europaparlament; sie wollen es lieber abschaffen. Sie wischen die erfolgreiche Politik der EU mit einem Federstrich beiseite. Der große wirtschaftliche Erfolg für alle EU-Staaten, die Freizügigkeit innerhalb Europas und vor allem die längste Friedensperiode - über fast drei Generationen! - werden fahrlässig ignoriert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und vereinzelt SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Herausforderungen für ein geeintes Europa sind weiter gewachsen. Die Welt und diejenigen, die diese Welt gestalten, ja bestimmen wollen, werden mehr. Und sie werden stärker. Es sind nicht die Kämpfer für Freiheit und Demokratie, nicht die Kämpfer für sozialen Ausgleich und Wohlstand für alle. Klimapolitik und Terrorismus, Digitalisierung, Globalisierung, Flüchtlingsströme und Armut wird niemand mehr national steuern können.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Daher unser heutiger Appell aus diesem Haus: Wir wollen Europa weiter gemeinsam gestalten und dabei alle Staaten mitnehmen. Wir müssen die Werte der Freiheit und der Demokratie, des Wohlstands mit sozialer und umweltpolitischer Balance verteidigen. Wir wollen dieses Projekt, welches uns Frieden beschert hat, für unsere Kinder bewahren und in die nächsten Generationen tragen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir bekennen uns mit tiefer innerer Überzeugung zu einem einigen Europa. Daran wollen wir kontinuierlich arbeiten. Nur ein einiges Europa kann in Zukunft im internationalen Spiel der Kräfte eine bedeutende Rolle spielen. Das wiederhole ich bewusst. Ich habe es hier schon mehrfach gesagt; denn ich glaube, es ist wichtig.

Möglicherweise haben sich einige gefragt: Worin liegt die Eilbedürftigkeit dieses heutigen Antrags? Sie liegt darin, dass dies die erste Landtagstagung nach der Europawahl ist und wir eine Sommerpause vor uns haben. Es ist wichtig, diesen Appell nach draußen zu senden.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Gestatten Sie mir zum Abschluss ein persönliches Wort - das darf ich sicherlich im Namen meiner Fraktion, aber auch im Namen des GAK Europa sagen -: Lieber Rasmus, ich bedanke mich recht herzlich für die konstruktive und fruchtbare - nicht furchtbare, fruchtbare - Zusammenarbeit.

(Heiterkeit)

Es war eine Zusammenarbeit im Sinne der Förderung der europäischen Politik für uns in Schleswig-Holstein. Du wirst jetzt als neu gewählter Abgeordneter des Europaparlaments in diesem Sinne weiter wirken. Dafür wünsche ich dir alles Gute. Ich freue mich auf weiterhin gute Zusammenarbeit. Das Ansehen, weiterhin im Verteiler des GAK zu sein, werden wir sicherlich befolgen können; wir werden auch andere Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein einbinden. Ich wünsche dir für die Zukunft alles Liebe, alles Gute und uns weiterhin einen guten Draht zueinander. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

(Dr. Ralf Stegner [SPD] begibt sich mit einem Präsent zum Rednerpult)

Das ist keine Demonstration, auch kein Stofftier, Herr Präsident. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD „tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen“. Dieser Text ist knapp 100 Jahre alt. Es ist ein Abschnitt aus dem Heidelberger Programm der SPD von 1925. Heute würde man manches anders formulieren; die Botschaften und Forderungen bleiben aber aktuell.

(Dr. Ralf Stegner)

Die Sozialdemokratie steht uneingeschränkt zur europäischen Integration, zum Zusammenwachsen der europäischen Staaten, zum langfristigen Ziel der Vereinigten Staaten von Europa. Damals war es die Lehre aus dem schrecklichen Ersten Weltkrieg. Es war auch 1945 - nach einem noch grausameren Weltkrieg - richtig. Es bleibt auch heute richtig, nach Jahrzehnten des Friedens, die Europa uns gebracht hat.

Die Nationalisten geben keine Ruhe. Auch wenn die AfD aus taktischen Gründen kurzfristig ihren Gesetzesantrag zurückgezogen hat, bleiben die Gefahren leider konkret. Unabhängig von verschleiern den Formulierungen kennen wir ihr Ziel. Die AfD ist eine nationalistische Partei. Immer größere Teile von ihr vertreten sogar offensiv ein Weltbild, das in völkischem Nationalismus wurzelt. Was sie für Europa wollen, ist nicht vereinbar mit dem, was wir für Europa wollen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Volker Schnurrbusch [AfD]: Bloße Gerüchte!)

Wir ziehen fundamental unterschiedliche Lehren aus der Geschichte, denn wir erinnern uns daran, wohin Nationalismus führt. Ihr Parteivorsitzender träumt davon, auf die Leistungen deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg wieder stolz sein zu können. Mit derselben Ideologie hat die Sozialdemokratie schon 1925 gerungen. Das hat sich nicht geändert. Wohin Ihr Weg führt, daran erinnern uns die Soldatenfriedhöfe in ganz Europa.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Jetzt geht es aber los! Jetzt reicht es aber!)

Ich weiß, dass die AfD an der Stelle gern Nebelkerzen zündet. Sie sprechen selbst nicht von Nationalismus, sondern lieber von einem Europa der Vaterländer. Sie sind so dreist, sich auf jemanden wie de Gaulle zu berufen, vergessen aber: de Gaulle war Demokrat, und er hatte - bei allem, was man an ihm kritisieren kann - Anstand. Ihre Verbündeten sind andere.

Das zeigt sich bei der Fraktionsbildung jetzt im Parlament in Brüssel. Da ist die FPÖ, die Österreich gern auf dem Silbertablett an die Oligarchen verscherbeln möchte. Da sind die Lega oder die Rassemblement National, die einen neuen Namen haben mag, aber immer noch für dieselben gestrigen Positionen steht. Ihre Freunde und Kumpane sind die Straches, Salvini, Le Pen und Wilders. Anständige Demokraten wollen mit solchen Rechtsradikalen nichts zu tun haben, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU - Volker Schnurrbusch [AfD]: Die regieren Länder!)

Der Mord an Walter Lübcke zeigt, dass wir gut beraten sind, rechte Hetzer und ihre Parolen niemals zu verharmlosen. Der widerliche Facebook-Kommentar von heute kann die erschütternde Tat von morgen sein. Der Brandrede folgt der Brandsatz.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Geht es noch um die EU und Europa, oder worum geht es?)

Man muss es in dieser Deutlichkeit sagen: Vertreter der AfD haben mit der Diffamierung von demokratischen Politikern als Volksverräter, mit der wiederkehrenden Ankündigung, Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen, ein Klima geschaffen, das rechte Gewalttäter anfeuert.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist doch nur Hetze!)

Es muss Schluss sein mit der schleichenden Grenzverschiebung des vermeintlich gerade so noch Sagbaren. Das ist Gift für unsere Demokratie. Wir brauchen eine konsequente Ächtung derer, die dieses Gift versprühen.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Gut, dass wir diesen Antrag gestellt haben! Da könnt ihr wieder hetzen!)

Mit Blick auf Äußerungen aus Sachsen-Anhalt dieser Tage füge hinzu: Wer ernsthaft davon spricht - ich zitiere wörtlich -, „das Nationale mit dem Sozialen zu versöhnen“, und deswegen den Schulterchluss mit der AfD sucht, muss den konsequenten Widerspruch seiner gesamten Partei bekommen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wenn Konservative mit Rechtsradikalen paktieren, wird es für Deutschland gefährlich. Wir brauchen klare Kante der Demokraten gegen Rechts. Der guten Ordnung halber füge ich hinzu: Eine Partei, in der ernsthaft über Bündnisse mit der AfD nachgedacht wird, könnte kein Koalitionspartner für die Sozialdemokratie sein.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Ihr macht es lieber mit den Kommunisten!)

Anstelle von solchen Gedankenspielen - damit komme ich zum erfreulichen Teil - brauchen wir den konsequenten Schulterchluss der Demokraten. Die gemeinsame Resolution heute in diesem Landtag gegen Nationalismus zeigt, dass wir auf einem

(Dr. Ralf Stegner)

anderen Weg sind, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Die Fraktion der Rechten im Europäischen Parlament ist nach den Wahlen im Mai 2019 gewachsen, auch die Gruppe derjenigen, die nicht konstruktiv an einem friedlichen Europa mitwirken. Es ist umso wichtiger, dass die progressiven Kräfte gute, junge Leute nach Brüssel schicken, um gegenzuhalten, Europa im sozialen und ökologischen Bereich voranzubringen und das Friedensprojekt Europa zu verteidigen. Es ist eine fordernde und spannende Zeit, in der neue Abgeordnete wie Rasmus Andresen oder Delara Burkhardt nach Brüssel gehen.

Lieber Rasmus Andresen, im Namen der Sozialdemokratie bedanke ich mich herzlich bei Ihnen für die kontroversen Debatten in zehn Jahren - gemeinsam in der Opposition, gemeinsam in einer Koalition und auch in der neuen Rollenverteilung der vergangenen beiden Jahre. Alles Gute für die vor Ihnen liegenden Aufgaben!

Wir haben Ihnen etwas mitgebracht, das einerseits Nervenstärkung ist, andererseits die bunte Ordnung, die wir uns im Parlament wünschen und für die Sie in gewisser Weise stehen, dokumentieren soll. - Alles Gute für Sie und vielen Dank für die gute Zusammenarbeit!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD] übergibt ein Geschenk an Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

(Heiterkeit)

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Für das Protokoll: Ich habe Herrn Dolgner mein Geschenk kurz zum Zwischenaufenthalt gegeben, nicht zum Essen, aber ich teile es gern mit Frau Burkhardt oder der SPD-Fraktion.

(Heiterkeit und Zurufe)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in Brüssel werden in diesen Wochen wichtige Weichenstellungen verhandelt. Es geht nicht nur um die Frage, wer was wird, sondern es geht darum, ob wir es schaf-

fen, gemeinsam europäische Lösungen für Zukunftsthemen wie die Klimakrise, die soziale Spaltung, die Digitalisierung oder auch die Diskriminierung von Minderheiten zu finden. Wenn wir Antworten auf diese Fragen gemeinsam finden, werden - da bin ich mir sicher - Rechtsextreme und Nationalisten in der nächsten Zeit noch weniger erfolgreich sein, als sie es bei der Europawahl gewesen sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Herr Schnurrbusch, auch darüber täuscht Ihr Gesetzentwurf, den Sie inzwischen zurückgezogen haben, nicht hinweg: Die Europawahl war für die AfD, gerade in Schleswig-Holstein, ein komplettes Desaster.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: 7,5 %!)

Sie haben deutlich schlechter abgeschnitten als Ihre Bundespartei, und auch Ihre Bundespartei ist deutlich unter der Erwartung geblieben. Man kann eindeutig sagen, dass Schleswig-Holstein bunt und europäisch tickt und dass für Ihre Politik bei uns kein Platz ist. Das hat sich bei den Wahlen erwiesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Ich war bei vielen Veranstaltungen mit Vertretern Ihrer Partei, die geglaubt haben, wenn man auf Listenplatz 22 steht - sprich 22 % erreicht -, dass man die realistische Chance hat, für die AfD ins Europaparlament einzuziehen. Das haben Sie offenkundig nicht geschafft; es sitzen weniger AfD-Vertreter im neuen Europäischen Parlament, und aus Schleswig-Holstein ist niemand dabei. Das ist ein gutes Signal.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW - Zurufe Dr. Frank Brodehl [AfD] und Volker Schnurrbusch [AfD])

Eine deutliche Mehrheit bei uns will mehr europäische Zusammenarbeit. Die meisten Menschen wollen, dass Nationalstaaten nicht immer Initiativen aus dem Europäischen Parlament blockieren, zum Beispiel bei Steuertransparenz oder Klimazielen.

Wir Grüne sind bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem klaren Programm angetreten und haben gleichzeitig den Wunsch nach Veränderungen in der Europäischen Union gespürt. Ich will nicht lange über das Wahlergebnis reden, aber gestehen Sie es mir zu, dass wir uns natürlich darüber freuen, dass wir sehr erfolgreich gewesen und in

(Rasmus Andresen)

Schleswig-Holstein sogar vor unserem sehr geschätzten Koalitionspartner gelandet sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch alle anderen proeuropäischen Parteien sind zusammen stark geblieben. Das ist mir sehr wichtig. Diejenigen, die mit einer Anti-EU-Agenda angetreten sind - damit meine ich nicht nur die Abgeordneten, die hier sitzen, sondern auch andere -, hatten keinen Erfolg. Bei allen Herausforderungen, die einer Partei am Wahlabend begegnen, ist es ein gutes und starkes Zeichen, dass die Menschen Europa nicht abgewählt, sondern sich für mehr Europa entschieden haben. Darauf können wir alle stolz sein und gemeinsam aufbauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Eine Riesenherausforderung ist es jetzt allerdings, dass ein paar demokratische Spielregeln zu kippen drohen. Es geht um die Debatte über die Frage: Wer wird Kommissionspräsident oder Kommissionspräsidentin?

(Zuruf Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Beifall FDP und SSW)

Als Landtagsabgeordneter und neu gewählter Europaabgeordneter sage ich ganz deutlich, dass ich sehr unzufrieden mit dem bin, was die Staats- und Regierungschefs im Rat gerade veranstalten.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Allerdings! - Zuruf Volker Schnurrbusch [AfD])

Sie interessieren sich gar nicht für das Spitzenkandidatenprinzip, und jeder probiert, seine Parteiinteressen oder nationalen Interessen über demokratische Verfahren zu stellen.

(Dr. Frank Brodehl [AfD]: Haben Sie das anders wahrgenommen? - Volker Schnurrbusch [AfD]: Gemauschel!)

Insbesondere als Parlamentarier aus einem Parlament, in dem wir uns im Vorfeld der Wahlen für die Stärkung des Europäischen Parlaments ausgesprochen haben, sage ich, dass das keine gute Entwicklung ist. Ich hoffe, dass die Staats- und Regierungschefs ihr Verhalten verändern und sich das Europäische Parlament in dieser Auseinandersetzung durchsetzt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW - Volker Schnurrbusch [AfD]: Macron bestimmt nicht! Dem ist das egal!)

Denn vor den Europawahlen haben sich sehr viele Menschen politisch engagiert, sei es in der Klimabewegung, sei es in der Debatte über freies Internet, sei es für Menschenrechte. Wir alle, egal in welchem Parlament man sitzt oder ob man sich zivilgesellschaftlich organisiert, haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese Menschen von der Politik nicht enttäuscht werden. Das kann passieren, aber das darf nicht passieren.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Das ist schon längst passiert!)

Diese Aufgabe haben wir als neu gewählte Abgeordnete. Neben Delara Burkhardt sind es Niclas Herbst und unser ehemaliger Kollege Patrick Breyer, mit dem ich jetzt in einer Fraktion bin. Wer hätte das damals gedacht!

(Heiterkeit und Zurufe)

Wir sollten uns auch - mit etwas Abstand - darüber unterhalten, wie wir die Ebenen besser und enger miteinander verzahnen. Im Deutschen Bundestag gibt es beispielsweise die Regelung, dass im Europaausschuss die Fraktionen aus dem Europäischen Parlament Mitwirkungsrechte haben. Ich will mich nicht selbst einladen, aber will sagen, dass das eine Idee sein könnte.

Ich fände es gut, wenn in den Medien nicht nur vor den Wahlen über europäische Themen berichtet würde, sondern es in unseren Zeitungen - ähnlich wie es Lokal-, Bundes- oder Landesseiten gibt - auch eine Europaseite gäbe. Ich glaube, dass es noch viele gute Ideen von anderen Menschen gibt, über die wir uns gemeinsam unterhalten sollten; ich bin dazu auch in der neuen Funktion bereit.

Ich bedanke mich bei allen hier im Haus, mit denen ich zusammenarbeiten durfte. Es gibt viele Themen, die wir in den letzten Jahren bewegt haben, manchmal strittig, oft gemeinsam, lieber Herr Kollege Stegner. Ich finde, wir haben viel mehr Gemeinsamkeiten, als wir Sachen strittig diskutiert haben. Allen voran möchte ich die Hochschulpolitik nennen, bei der wir es geschafft haben, nach Debatten um Kürzungen bei den Standorten Flensburg und Lübeck inzwischen alle Hochschulen im Land gestärkt zu haben. Das ist ein Verdienst von vielen hier, das freut mich ganz besonders. Ein anderer Punkt, ich hoffe, Sie gestatten mir das, Herr Präsident, -

Präsident Klaus Schlie:

Ich habe nichts gesagt.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

- ist das Thema Minderheiten- und Menschenrechtspolitik. Auch da haben wir eine Entwicklung im gesamten Parlament. Während wir vor zehn Jahren noch kontrovers darüber gesprochen haben, wo eigentlich das Problem liegt, wenn man bei den dänischen Schulen prozentual mehr kürzt als bei anderen, haben wir jetzt einen Konsens in diesen Themenfeldern gefunden. Das ist gut. Ähnliches gilt für andere Minderheiten: Wir haben immer wieder hier mit Beschlüssen deutlich gemacht, dass wir uns für deren Rechte interessieren, und nicht nur das, sondern uns auch aktiv dafür einsetzen. Das ist gut. So kann es weitergehen. Für mich ist das heute kein Abschied. Ich ändere nur meine Rolle. Vielen Dank und auf bald!

(Lang anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, SSW und von der Regierungsbank - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] werden Geschenke von den Fraktionen überreicht)

Präsident Klaus Schlie:

Ich habe jedenfalls den Eindruck: Verhungern und verdursten wird der Europaabgeordnete Rasmus Andresen in den ersten Tagen in Europa nicht.

(Heiterkeit)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Stephan Holowaty.

(Minister Dr. Heiner Garg: Was sind denn das für Pflanzen da? - Zurufe - Heiterkeit)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Stephan Holowaty [FDP]:

Herr Präsident, herzlichen Dank. - Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Es ist äußerst schwierig, jetzt nach dieser so eindrucksvollen Verabschiedung und diesen so eindrucksvollen letzten Worten von Rasmus Andresen als Landtagsabgeordneter wieder fast zur Tagesordnung überzugehen. Aber ganz zur Tagesordnung gehen wir noch nicht über.

Es ist richtig so, dass die AfD ihren Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung zurückgezogen hat. Dem Gesetzentwurf fehlte jegliche Grundlage. Er war schlicht und ergreifend überflüssig. Mit Artikel 23 des Grundgesetzes und dem Frühwarnsystem der Subsidiaritätskontrolle besteht doch schon lange ein Mechanismus zur Absicherung der Subsidiarität in der Europäischen Union. Mit dem Mit-

wirkungsauftrag - das ist ein Mitwirkungsauftrag, also deutlich mehr, als Sie jemals beantragt haben - des Artikel 23 Grundgesetz sind die Bundesländer intensiv eingebunden. Daher war es nur folgerichtig zu sagen: Der Antrag ist so ein Mist, dass man ihn zurückzieht. Insofern war das der erste Schritt.

Wir, die wir diesen Antrag gemeinsam stellen, möchten damit sehr deutlich machen, dass auch und gerade nach der Europawahl die Europäische Union, das Schicksal Europas und die Zusammenarbeit Europas weiter auf der politischen Agenda steht und weiter auf der politischen Agenda stehen müssen. Wir wollen uns auch weiterhin ganz klar zu einem vereinten Europa bekennen.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt in der EU klar verankerte Grundprinzipien, die die Souveränität der Mitgliedstaaten und vor allem auch die Mitwirkung der Regionen in Europa sichern. Der Vertrag von Lissabon, das Subsidiaritätsfrühwarnsystem - darüber habe ich bereits kurz gesprochen. Über den Bundesrat sind die Bundesländer beteiligt, was nach der Wahrnehmung einer Subsidiaritätsverletzung dann allerdings getan wird, wie wir damit umgehen, wenn wir das so feststellen, ist eine Frage der Politik. Gute Politik können Sie am Ende des Tages nicht in die Verfassung schreiben, gute Politik müssen Sie schlicht und ergreifend machen.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und für gute Politik müssen Sie die richtigen Menschen wählen. Bei der Europawahl sind aus Schleswig-Holstein drei - da bin ich mir sehr sicher - ganz engagierte Abgeordnete jetzt nach Brüssel geschickt worden, vier muss man ja jetzt sagen, Patrick Breyer muss man auch noch dazuzählen. Vier engagierte Menschen sind nach Europa geschickt worden, die sich mit Sicherheit alle für das Thema vereintes Europa weiter einsetzen werden. Dazu gehört natürlich auch unser geschätzter Kollege Rasmus Andresen. - Rasmus, ich weiß, dass die Einigkeit Europas eines der ganz großen Ziele ist, bei denen wir uns alle einig sind und für das du dich ganz intensiv in Europa einsetzen wirst. Deshalb wünschen auch wir von der FDP-Fraktion und ich ganz persönlich dir die nötige Energie, die richtige Energie, das Durchhaltevermögen an deinem neuen Platz im Europaparlament in deiner neuen Rolle. - Ich bin mir sicher, dass sich Rasmus Andresen auch stets an die Themen gerade hier aus Schleswig-Holstein und unserer Region erinnern wird.

(Stephan Holowaty)

Ich möchte zum Abschluss sagen: Ich wünsche dir persönlich alles Gute. Wir sehen uns hoffentlich wieder. Denk vor allem bitte immer an das beste Bundesland der Welt,

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und gründe auch gerne in Brüssel den größten Schalke-Fanclub, den ein Parlament hat. - Danke dir.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Volker Schnurrbusch.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Haben wir geändert! Ich hätte zu dem Antrag gesprochen!)

- Oh, Pardon, Jörg Nobis.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Am Ende dieser Plenarwoche reden wir nun zu einem vermeintlichen Dringlichkeitsantrag der anderen Fraktionen, und es schließt sich ein Kreis. Diejenigen unter Ihnen - ich spreche Sie hier gern persönlich an, Herr Peters -, die hier noch am Mittwoch den aktuellen Bezug und die Zulässigkeit der von uns beantragten Aktuellen Stunde nicht sehen konnten, als es um die rechtswidrige Blockade der „Zuiderdam“ ging,

(Birte Pauls [SPD]: Von Kollegialität haben Sie noch nie was gehört! Mann, mann, mann!)

diejenigen können auf einmal in einem völlig allgemein gehaltenen, mit schneller Feder heruntergeschriebenen Antrag eine Dringlichkeit erkennen.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Serpil Midyatli [SPD]: Spielverderber! - Zurufe Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Bernd Heinemann [SPD])

Woher die Dringlichkeit kommen soll, ist natürlich völlig unverständlich und wurde hier auch überhaupt nicht wirklich begründet.

Keines der Themen, die Sie ansprechen, war zu Antragsschluss nicht auch schon vorhanden. Kein Problem in dieser EU, das es nicht schon vor anderthalb Wochen gegeben hätte.

Deshalb muss ich zunächst erst einmal feststellen: Sie erleben hier und heute den Missbrauch des Parlaments,

(Zurufe - Wolfgang Baasch [SPD]: Halt doch den Mund! - Beate Raudies [SPD]: Dann gehen Sie doch raus! Gehen Sie doch einfach!)

Sie erleben den Missbrauch der Geschäftsordnung des Hohen Hauses durch die EU-Kartellparteien.

(Zurufe)

Letzte Woche in Görlitz musste die CDU die Unterstützung des Blocks von Grün über Links bis hin nach Hollywood noch mobilisieren,

(Lars Harms [SSW]: Dann heul doch!)

um knapp den AfD-Oberbürgermeisterkandidaten Sebastian Wippel zu verhindern.

(Beifall Claus Schaffer [AfD] - Zurufe)

In Italien erfreut sich die Politik der klaren Kante unter Innenminister Matteo Salvini höchster Beliebtheit. Da können wir natürlich schon verstehen, dass Sie nervös werden und es Ihnen ganz dringlich auf den Fingernägeln brennt, sich heute noch einmal des gemeinsamen Ziels eines europäischen Superstaates zu versichern, bevor es in die Sommerpause geht und für Herrn Andresen nach Brüssel. - Gute Reise an dieser Stelle auch von mir.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

So und nur so ließ sich eine Dringlichkeit hier und heute herbeikonstruieren. Aber dann müssen Sie auch eingestehen, wie dringlich die tatsächlichen Probleme in der EU sind. Das Geschachere um den Posten des EU-Kommissionspräsidenten und die Besetzung der Kommission ist wirklich ein erbärmliches Schauspiel, dem tatsächlich dringlich Einhalt geboten werden müsste.

(Tobias Koch [CDU]: Ihr Auftritt ist erbärmlich gerade!)

Der herablassende Umgang mit den Briten - bei allem selbst verschuldeten Unvermögen des britischen Unterhauses - ist zutiefst uneuropäisch. Das Handeln Italiens hat geradezu zu einer Schockstarre der betroffenen Eurokraten geführt, und die wahren Probleme sind zwar dringlich im Sinne einer Problemlösung, aber halt nicht dringlich im Sinne unserer Geschäftsordnung.

Die grassierende Jugendarbeitslosigkeit sei genannt. Die maroden Staatsfinanzen in Südeuropa, vorneweg in Griechenland, aber natürlich auch in Italien, sind seit vielen Jahren ein bekanntes und

(Jörg Nobis)

vor allen Dingen auch ein wirklich dringliches Problem. Bei der Grenzsicherung rügen Sie die vorbildliche Politik des Kollegen Salvini, anstatt eine Regierung in Italien dafür zu loben, dass sie nichts anderes macht, als europäische Verträge einzuhalten.

(Beifall AfD)

Dringlich wäre auch, die immer weiter ausufernde Bürokratie auf europäischer Ebene und die ständige Kompetenzenanmaßung der EU-Kommission zu stoppen. Da Sie an diese zumindest dem Wortsinne nach dringlichen Probleme aber offensichtlich nicht denken, komme ich zurück zum Ausgangspunkt. Sie haben heute diese Debatte, dieses Parlament dazu missbraucht, einmal mehr Allgemeinplätze und Schönwetterphrasen zur EU loszuwerden, und dafür haben Sie hier und heute die Geschäftsordnung gebogen.

(Zuruf Lukas Kilian [CDU])

Die demokratische Fraktion der AfD lehnt Ihren vermeintlichen Dringlichkeitsantrag selbstverständlich ab.

(Beifall AfD)

Präsident Klaus Schlie:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Nobis, dieses Parlament hat mit der notwendigen qualifizierten Mehrheit die Dringlichkeit dieses Antrags beschlossen. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Der Begriff des Missbrauchs ist unangemessen. Ich dulde ihn auch nicht hinsichtlich der Tatsache, dass dieses Thema, nämlich das einige Europa, ein laufendes und immer wieder dringliches Thema ist. Ich finde, Sie sollten sich dafür entschuldigen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat die Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucherinnen und Besucher oben auf der Tribüne! Die Dringlichkeit unseres Antrags möchte ich einmal dem Parlament und allen, die heute zuhören, mit Spaß erklären:

(Heiterkeit)

Wir Demokraten fanden es unendlich schade, dass die AfD plötzlich doch keine Lust mehr auf ihren Gesetzentwurf hatte. Wir sind nämlich der Mei-

nung, in der ersten Landtagstagung nach der Europawahl ist es wichtig, dass wir uns gemeinsam über das, was vielleicht und hoffentlich nach der Konstituierung des Europaparlaments passieren muss, unterhalten.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir sind uns darüber einig, dass wir ganz viele Aufgaben meistern müssen und vor einer großen Herausforderung in Europa, in der Europäischen Union stehen. Sie als AfD kommen immer wieder mit Ihren populistischen Äußerungen zu genau den Themen, bei denen Sie meinen, dass Sie damit irgendwo landen können.

(Volker Schnurrbusch [AfD]: Im Europaparlament!)

Sie sollten irgendwann einmal anfangen - aber das steht Ihnen vielleicht auch nicht in Ihr Parteibuch geschrieben - zu sagen, dass wir alle gemeinsam einen Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit haben. Wir alle gemeinsam haben geschaut, wie wir auch jungen Arbeitslosen in Spanien und in Griechenland helfen können. Wir haben ihnen Ausbildungsplätze - unter anderem in Schleswig-Holstein - angeboten, damit wir genau diese Arbeitslosigkeit senken können. Wir in Deutschland haben nämlich die geringste Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen.

Das ist eine Möglichkeit, um jungen Menschen in der EU eine Perspektive zu geben, damit sie dann zurückgehen und ihr Land mit aufbauen können.

Abgesehen von der Dringlichkeit möchte ich noch einmal dich ansprechen, Rasmus. Wir haben zusammen im gemeinsamen Arbeitskreis der Küstenkoalition gearbeitet. Du kommst aus der Minderheit, das ist richtig. Ich möchte einmal für meine Minderheit und für die Friesen und die Sinti und Roma sprechen. Wir sind hier in Schleswig-Holstein. Da habt ihr alle dazu beigetragen, dass das ein Pfund ist, mit dem ihr wuchern könnt. Wir als Minderheiten sind die Brückenbauer in Europa. Wir konnten zeigen, dass, wenn man gute Minderheitenpolitik macht, das gleichbedeutend mit Friedenspolitik ist.

(Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Den Minderheiten Rechte zu geben, dass sie ihre eigene Sprache benutzen dürfen, dass sie sich in den Parlamenten engagieren dürfen, dass sie politische Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen dürfen, das ist wahre Teilhabe und zeigt, dass genau

(Jette Waldinger-Thiering)

so echt gelebte Demokratie geht. So geht auch Friedenspolitik.

Insofern ist Schleswig-Holstein Vorreiter. Wir haben immer wieder Besuch zu diesem Thema, wir tauschen uns aus. Ich glaube, darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Rasmus, ich gebe dir auch noch mit auf den Weg: Du weißt - Minority SafePack -, wir als Minderheit hätten gern einen eigenen Kommissar für Minderheiten. Ich glaube, das wird schwierig umzusetzen.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Regele das einmal, Rasmus! - Nichtsdestotrotz darf man auch hier in der Bütt mit Spaß Wünsche äußern und mit der Hoffnung, dass sie vielleicht umgesetzt werden.

Ich möchte einmal die jungen Menschen, die am 26. Mai 2019 auch in Schleswig-Holstein die Wahl mitentschieden haben, nennen. Es waren viele junge Menschen, die zur Wahl gingen. Plötzlich hatte die EU eine Bedeutung. Die Themen der EU standen ganz oben auf der Hitliste der jungen Menschen, die zum Teil zum ersten Mal wählen konnten. Insofern glaube ich, dass das Anrühige weg ist, dass sich die Meinung, keiner hat mehr Bock auf Europa, keiner hat mehr Lust auf die EU, komplett gewandelt hat. Das ist großartig und zeigt, dass wir alle gemeinsam ein vereintes und einiges, friedvolles Europa haben wollen.

(Lang anhaltender Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich kann noch ganz, ganz viel sagen. Ich möchte mit einem abschließen, Rasmus: Du willst im GAK Europa der Jamaika-Koalition bleiben. Ich kann dir sagen: Für den SSW bleibst du auch erhalten. Wir werden in Zukunft in der EFA eine Fraktion bilden. Ich gehe stark davon aus, dass wir uns, wenn wir nach Brüssel fahren, treffen werden. Wir treffen dich. Wir treffen Niclas. Ich glaube, das wird gut werden.

(Birte Pauls [SPD]: Wir treffen Delara! - Weitere Zurufe - Heiterkeit)

- Ja, die treffen wir auch. Dann treffen wir auch noch Patrick Breyer. - Kære Rasmus, tusind tak for det gode samarbejde. På gensyn og du bør ikke glemme os.

(Lang anhaltender Beifall SSW, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung, Dr. Sabine Sütterlin-Waack, das Wort.

Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor wenigen Wochen war die Wahl zum Europäischen Parlament, eine Wahl, die auf ein viel größeres Interesse gestoßen ist als in der Vergangenheit. Kein Wunder: Klimawandel, Brexit, die internationale Lage - das waren diesmal die Themen, über die diskutiert wurde - und nicht, wie in der Vergangenheit, kleinteilige Einzelthemen oder abstrakte Sonntagsthemen.

Es ging um die Frage: Wollen wir Europa, brauchen wir Europa? - Die Antwort der Wählerinnen und Wähler war: Ja, wir brauchen Europa!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Bei aller berechtigter Kritik an einzelnen Punkten der europäischen Integration war die Botschaft auch: Wir wollen ein besseres Europa. Beides gehört zusammen, das Bekenntnis zu einem starken Europa und der Wunsch nach einem besseren, leistungsfähigeren Europa. Dafür hat die übergroße Mehrheit gestimmt.

In Deutschland sind die Europäer die große Mehrheit.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Diejenigen, die Europa offen oder nicht so offen zurückbauen wollen, sind es nicht.

Es kommt jetzt darauf an, diesen Schwung für Europa zu nutzen - nicht, indem wir weiterhin europapolitische Sonntagsreden halten, sondern indem wir darüber streiten, wie Europa die großen Zukunftsherausforderungen gemeinsam gestalten kann. Dazu gehören natürlich die ganz konkreten Gefahren wie die des Klimawandels. Dazu gehört aber auch die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in der Welt, aber auch in Europa selbst. Dazu gehört auch die Frage, wie ein solch starkes, rechtsstaatliches und demokratisches Europa in Zukunft aussehen muss.

Dies alles hat nichts zu tun mit einem Superstaat. Das ist eine viel zu bürokratische, eine viel zu polemische Betrachtungsweise. Nein, es ist die Frage, wie die europäische Demokratie verfasst sein soll,

(Ministerin Dr. Sabine Sütterlin-Waack)

die sich aus vielen Quellen, aus vielen Denkrichtungen, aus vielen Kulturen und aus vielen Nationen speist.

Die Landesregierung wird sich auch weiterhin aktiv für eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit einsetzen, für eine demokratischere und sozialere Union, die sich als handlungsfähig gegenüber den aktuellen Herausforderungen erweist, die wir nicht auf nationaler und schon gar nicht auf regionaler Ebene bewältigen können, denn dies ist im Interesse unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger.

Es ist gute politische Tradition in Schleswig-Holstein, dass wir alle - na ja: fast alle - uns einig sind im Bekenntnis zu Europa und uns über den besten Weg dorthin gelegentlich einmal streiten. Deshalb ist es gut, dass in Zukunft gleich vier Abgeordnete aus Schleswig-Holstein im Europäischen Parlament sitzen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich freue mich besonders, dass darunter auch zwei Abgeordnete sind, die viele Jahre in diesem Parlament gute Arbeit geleistet haben.

(Zuruf: Drei!)

- Drei! - Allen vieren spreche ich die herzlichsten Glückwünsche aus. Aber dir, lieber Rasmus Andresen, spreche ich ganz besonders herzlichen Glückwünsche aus und wünsche dir alles, alles Gute für die neue herausfordernde Arbeit. Du hast schon gesagt, dass du uns gelegentlich treu bleiben wirst,

(Heiterkeit)

indem du ab und zu mal in den GAK kommen wirst. Ich werde dich mit deinen kritischen Fragen auf jeden Fall auch dort vermissen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Als Europaministerin möchte ich allen Europaabgeordneten eine kritische Zusammenarbeit anbieten. Wir beide haben das schon besprochen. Ich würde mich freuen, wenn wir so bald wie möglich darüber weiter ins Gespräch kommen könnten. - Vielen Dank!

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich gehe davon aus, dass wir in der Sache abstimmen. Wer dem vorliegenden Antrag Drucksache 19/1567 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der AfD. Damit ist der Antrag angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich zu dem jetzt ins Europaparlament wandernden Abgeordnetenkollegen Rasmus Andresen auch noch ein paar Sätze sage. Ich habe Rasmus Andresen als einen - das ist ein Begriff, den ich bitte, umfassend zu verstehen - unangepassten, jungen und dynamischen Politiker kennengelernt - Herr Andresen, ich bleibe einmal beim Sie -, bunt innen und außen, Homo Politicus durch und durch, und zwar von der dänischen Sozialisation des Politischen über Flensburg, Kiel bis jetzt nach Brüssel: engagiert, kompetent, eloquent - in all den Bereichen, die heute genannt worden sind. Das gilt aber vor allem für die Bereiche Minderheitenpolitik und Menschenrechte. Ich glaube, das hat Sie ganz besonders geprägt.

Gerade in Ihrer Funktion als Vizepräsident haben wir besonders eng zusammengearbeitet. Es gab viele - auch in diesem Parlament -, die meinten, wir seien sehr gegensätzliche Persönlichkeiten. Ich fand es eine ausgesprochen herausragend gute, sehr sympathische Zusammenarbeit. Ich fand, dass der Vizepräsident Rasmus Andresen - ich erlaube mir auch einmal diese Wertung - diese Sitzungen sehr, sehr konsequent, aber auch immer mit dem nötigen Esprit geleitet hat. Auch dafür herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Lieber Kollege Andresen, lieber Rasmus, Ihnen, dir und den ehemaligen Landtagskollegen Niclas Herbst und Patrick Breyer, aber natürlich auch Delara Burkhardt herzlichen Glückwunsch zur Wahl ins Europäische Parlament und viel Erfolg auf dem weiteren Weg und bei der Arbeit für ein noch einigeres Europa! Das sichert uns Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlstand. - Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und von der Regierungsbank)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Richtergesetzes (Landesrichtergesetz - LRiG)

(Präsident Klaus Schlie)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/1543

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 19/1543 in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

Freie Theater im Land unterstützen - Förderstrukturen modernisieren

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1540

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden zu diesem Punkt geben Sie bitte zu Protokoll.

Ich schlage vor, über den Antrag Drucksache 19/1540 in der Sache abzustimmen. - Es gibt keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Wer dem Antrag in der Drucksache 19/1540 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von FDP, CDU und AfD. Damit ist das einstimmig so beschlossen und der Antrag angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 46 auf:

Gesunde Ernährung und Wertschätzung von Lebensmitteln an Schulen voranbringen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1344

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Die Reden zu diesem Punkt geben Sie bitte ebenfalls zu Protokoll.

Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 19/1344, dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig der Fall.

Wir kommen nunmehr zur Sammeldrucksache:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Drucksache 19/1549 (neu)

Die Voten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten, für die eine Gesamtabstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 19/1549 (neu). Ich weise noch auf eine Änderung zu Tagesordnungspunkt 26, Bericht über den Umweltzustand der Schlei und die Pläne der Landesregierung zur Verbesserung der dortigen Wasser- und Umweltqualität, hin. Hier hat sich die Landesregierung mit den Abgeordneten des SSW dahingehend geeinigt, zur 25. Tagung des Landtags schriftlich zu berichten. - Ich sehe keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

Voraussetzung für die Abstimmung insgesamt ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter ihr widerspricht. - Das ist offensichtlich der Fall. Kommen wir jetzt zur Abstimmung: Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 19/1549 (neu) mit der soeben vorgebrachten Änderung zu TOP 26 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so bestätigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weise darauf hin: Der Beginn der nächsten Tagung des Landtags ist am Mittwoch, dem 28. August 2019, um 10 Uhr. Ich wünsche Ihnen allen angenehme Ferien und gute Erholung. Wir sehen uns frisch, munter und gesund nach den Sommerferien wieder. Ihnen alles Gute!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:07 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Freie Theater im Land unterstützen - Förderstrukturen modernisieren

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/1540

Anette Röttger [CDU]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Mit dem Auslaufen der Richtlinie für die institutionelle Landesförderung der privaten und freien Theater in Schleswig-Holstein zum Ende des laufenden Jahres steht nun eine Verlängerung der Richtlinie an, die dann eine Laufzeit von vier Jahren umfasst.

Wir haben in Schleswig-Holstein neben unserem Landestheater und den großen Häusern in Kiel und Lübeck eine bunte und vielfältige Theaterlandschaft. Nicht nur in Lübeck bereichern die kleinen Häuser wie das Theater Combinale, das Figurentheater, das Marionettentheater, die Taschenoper und viele andere mehr das kulturelle Angebot.

Im ganzen Land verteilt finden wir große und kleine Theaterangebote, Niederdeutsche Bühnen, sowie Improvisations- und Amateurtheater, die nicht nur für Unterhaltung sorgen, sondern ganz erheblich zur kreativen und kulturellen Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich beitragen. Für viele von ihnen steht in den nächsten Jahren ein Generationenwechsel an, und es ist heute bereits erkennbar, dass es schwer geworden ist, die Nachfolge zu sichern. Bevorzugt zieht es junge Theatermacher nach Berlin oder in andere große Städte. Ein Grund dafür ist die bestehende Förderstruktur in Schleswig-Holstein.

Der Anspruch der CDU ist und bleibt es, das kulturelle Angebot der freien Theater zu erhalten. Es geht uns bei der Verlängerung der Förderrichtlinie also zum einen um die Stärkung der bereits etablierten freien beziehungsweise privaten Theater, zum anderen aber um die Förderung der Kinder- und Jugendkultur im Sinne einer kulturellen Bildung. Und es geht auch um die Möglichkeit der Förderung unkonventioneller Konzepte, Projekte und um alternative Bühnenkunst. Letztere kommen in der derzeit geltenden Förderrichtlinie zu kurz.

Wir wollen die freien Theater im Zuge des Generationswechsels unterstützen und Anreize dafür schaffen, dass sich auch junge und innovative Grup-

pen für ein Kulturangebot hier bei uns im schönen Schleswig-Holstein entscheiden.

Ihnen wollen wir eine Aufnahme in die Förderung ermöglichen, damit diese sich zumindest zu Beginn ihrer Arbeit bzw. nach der Neuausrichtung auf eine stabile Grundlage stellen können, ohne dass es zu finanziellen Engpässen kommt.

Dis bisherige Förderlogik setzte zu sehr auf die Förderung von Spielstätten und Infrastruktur. Dies allein wird neuen, jungen und innovativen Bühnen und Gruppen nicht mehr gerecht. Wir bitten mit unserem Antrag die Landesregierung daher, die Förderkriterien um folgende Punkte zu ergänzen:

Erstens. Gefördert werden sollen auch neue und junge Bühnen und Gruppen für einen kurzen Zeitraum, damit sich diese mit ihren neuen Konzepten vorstellen und etablieren können.

Zweitens. Zudem soll es eine neue Projektförderung einzelner Projekte geben können.

Drittens. Es soll eine Aufführungsförderung geben, damit einzelne Aufführungen gezielt gefördert werden können und auch in anderen Teilen des Landes gezeigt werden.

Über die Vergabe der Fördergelder entscheidet dann ein Fachgremium.

Theater ist und bleibt wesentlicher Bestandteil unseres kulturellen Angebotes und bereichert unser aller Leben. Theater führt zusammen und leistet einen wesentlichen Beitrag für den kulturellen Zusammenhalt. Theater bringt uns zum Lachen oder zum Weinen, macht uns nachdenklich oder stellt uns Fragen. Theater spricht seine ganz eigene Sprache. Wir sind stolz auf dieses Angebot und jedes Mal neugierig, wenn wir ins Theater gehen. Darauf wollen wir auch in Zukunft nicht verzichten. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident!

„In den letzten Jahrzehnten ist das Interesse an Hungerkünstlern sehr zurückgegangen. Während es sich früher gut lohnte, große derartige Vorführungen in eigener Regie zu veranstalten, ist dies heute völlig unmöglich. Es waren andere Zeiten.“

Soweit Franz Kafka in seiner Kurzgeschichte über die brotloseste aller Künste. Heute sind viele

(Martin Habersaat)

Schauspielerinnen und Schauspieler davon nicht weit entfernt, vor allem, wenn sie nicht auf den großen Bühnen oder in Kino-Blockbustern, sondern an freien Theatern auftreten. Wir haben in den letzten Tagen den Rücktritt des Lübecker Theaterdirektors Christian Schwandt mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen müssen. Wenn aber schon die hoch subventionierten Bühnen auf Landesebene geltend machen, dass das bisherige Finanzierungsmodell über den kommunalen Finanzausgleich und über örtliche Zuschüsse hinten und vorne nicht ausreicht, um den Betrieb zu gewährleisten, kann man sich unschwer vorstellen, wie die Situation der Theater in freier Trägerschaft ist.

Der laufende Haushalt hat für die Förderung der privaten und freien Theater einen Zuwachs von 285.000 € auf 335.000 € gebracht. Davon entfallen 100.000 € auf Projektförderungen und 235.000 € auf nicht weniger als acht kleine Bühnen. Für diesen nicht sonderlich eindrucksvollen Betrag gibt es eine Förderrichtlinie, die die Förderung an jede Menge Voraussetzungen knüpft und sie zugleich unter Haushaltsvorbehalt stellt. Zur Qualitätssicherung wird vom Ministerium eine Jury eingesetzt. Es ist unstrittig, dass ein verantwortungsvoller Umgang mit Haushaltsmitteln nicht ohne Bürokratie auskommt. Aber die aktuelle Förderrichtlinie läuft darauf hinaus, vorhandene Infrastrukturen zum Maß aller Dinge zu machen und künstlerische Innovation zu verhindern.

Im Unterschied zu den etablierten großen Bühnen muss die Förderung freier, also nicht öffentlich getragener, kultureller Initiativen vielfältigen Organisationsformen Rechnung tragen, die keine umfangreiche Finanzbürokratie unterhalten können. Es ist daher richtig, die Richtlinie, die ohnehin mit Ende 2019 auslaufen wird, grundsätzlich zu überarbeiten. Die starren Grenzen zwischen institutioneller und Projektförderung sollten dabei überwunden werden, und ich bin davon überzeugt, dass die Jury aus Theaterfachleuten dabei eine wichtige Rolle spielen kann.

Es geht nicht nur darum, die vielbeschworene vielfältige Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein am Leben zu halten, weil das für die kulturelle Grundversorgung der Bevölkerung so wichtig ist und weil es zugleich einen wichtigen Faktor für den Tourismus und damit für die Wirtschaft darstellt, sondern es geht schlicht und einfach auch um das Prinzip der guten Arbeit. Die von mir genannten Haushaltsbeiträge, die für die freien Theater zur Verfügung stehen, tragen dazu bei, dass an den Theatern - an den öffentlichen, aber ganz besonders auch an den

privaten - Arbeitsbedingungen und Einkommensbeiträge vorherrschen, die eine gute Voraussetzung für eine Karriere als Hungerkünstler wären.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Einer spielt und einer schaut zu - das ist Theater. Einer geht und alle sind überrascht - das ist das „unerhörte Ereignis“ der Kündigung des Lübecker Theaterdirektors in dieser Woche. Denn einer muss von seiner Kunst leben. und einer muss sie bezahlen.

Der „Seher“ spielt in der antiken Tragödie eine maßgebliche Rolle. Wer die Kulturszene in Schleswig-Holstein beobachtet, hätte diese „dramatische“ Zuspitzung vielleicht erkennen können. Ist also der Rücktritt des Direktors der Höhepunkt des Dramas, und das tragische Ende steht uns noch bevor? Oder ist er die Wendung der Zustände und der Beginn der Lösung der Probleme?

Ich jedenfalls kann die Reaktion von Christian Schwandt gut verstehen. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: sowohl die zunehmenden Besucherinnen- und Besucherzahlen, die den Erfolg des Theaters Lübeck in den letzten Jahren bemessen, als auch die der Statistik der Kulturausgaben der Bundesländer, in der Schleswig-Holstein seit Jahren den vorletzten Platz einnimmt.

Haushaltskonsolidierung und Schuldenbremse sind im Sinne der Generationengerechtigkeit notwendig. Wenn sie aber dazu führen, dass Strukturen kaputtgespart werden, hat weder die jetzige, noch die zukünftige Generation etwas davon. Als grüne Kulturpolitikerin setze ich mich nachdrücklich für eine bessere Kulturförderung in allen Bereichen ein. Das fängt bei der Soziokultur an und hört bei der Theaterförderung nicht auf. Ich wünsche mir, dass der Aufschrei, der durch den Rücktritt von Christian Schwandt ertönte, nicht ungehört verhallt und wir ein glückliches Ende erleben.

Politik ist die Kunst des Möglichen. Politik in einem Konsolidierungsland wie Schleswig-Holstein ist die Kunst, möglichst mehr aus dem Machbaren zu machen - eigentlich eine unmögliche Aufgabe, aber wenn wir die Katastrophe abwenden wollen, müssen wir uns hier anstrengen und kreativ sein. Das gilt übrigens nicht nur für die Landespolitik, sondern in gleichem Maß für die kommunale Ebene. Insbesondere bei der Finanzierung der Stadt- und des Landestheaters als jeweils kommunale Häuser sind diese gefragt, denn eine Landesförderung haben wir hier nicht, auch wenn das in Lübeck immer wieder gern suggeriert wird.

(Marlies Fritzen)

Der Paukenschlag aus Lübeck ist aber dennoch eine gute Einführung in unsere heutige Debatte, um eine verbesserte Förderung der freien Theater im Land. Neben den Stadttheatern in Lübeck und Kiel sowie dem Landestheater haben wir eine ganze Reihe freier Theater im Land, die mit rund 1.100 Aufführungen jährlich nahezu 100.000 Zuschauerinnen und Zuschauer erreichen. Zum Vergleich: Das Theater Kiel zählte in der Spielzeit 2016/17 in 907 Aufführungen 240.000 Gäste. Wenn wir schon bei Vergleichen sind: Die freien Theater erhalten mit rund 300.000 € jährlicher Landesförderung gerade mal 1 % der Gelder, die über den Vorwegabzug des kommunalen Finanzausgleichs den öffentlichen Häusern zugewiesen werden. Hinzu kommen die Mittel, die die Kommunen direkt an ihre Theater geben. Mag ja sein, dass Vergleiche hinken. Hier wird aber eine Ungleichbehandlung deutlich, die in dieser Größenordnung schlicht nicht akzeptabel ist.

Aber nicht nur Geld spielt eine Rolle. Auch die Förderstrukturen hinken der Realität hinterher. Die freien Theater stehen vor einem Generationenwechsel. Neue Bühnen haben jedoch kaum Unterstützung, sich hier im Land bekannt zu machen und zu etablieren. Experimente und unkonventionelle neue Formate können kaum probiert und entwickelt werden. Junge Künstlerinnen und Künstler finden bei uns keine Aufführungsmöglichkeiten. Deshalb müssen wir die bisherige Förderlogik, die sehr stark auf Infrastruktur und feste Spielstätten ausgerichtet ist, durch neue, flexiblere Instrumente wie Aufführungshonorare, Projekt- und Produktionsfinanzierung und Unterstützung junger Bühnen ergänzen.

Wir können hier keine vorgezogenen Haushaltsbeschlüsse fassen, das ist klar. Aber wir können uns Gedanken machen, wie wir mehr aus dem Möglichen machen, und damit sollten wir mit diesem Beschluss heute anfangen.

Anita Klahn [FDP]:

Herr Präsident! Das Thema Theaterförderung hat seit dem Rücktritt von Herrn Schwandt und den damit zusammenhängenden Umständen hohe Wellen geschlagen.

Zunächst möchte ich grundsätzlich etwas über die Theaterszene in Schleswig-Holstein sagen. Ich denke, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass wir hier im Norden eine vielfältige und umfassende Theaterszene haben, die sich mit dem ohnehin großen Angebot in Deutschland ohne Frage messen kann. Daher herrscht bei den politisch Verantwortlichen große Einigkeit, dass wir mit dafür verantwortlich sind, dass das auch so bleibt.

Dabei sollte sich aber nicht alles allein um die Frage drehen, wer wie viel Geld zur Förderung erhält. Es muss vielmehr sichergestellt werden, die Förderstrukturen so auszugestalten, dass sie zum einen der modernen Theaterszene Rechnung tragen und zum anderen finanziell abgesichert sind.

Vorweg: Ich weiß um die schwierige finanzielle Situation vor allem der freien Theater, als auch der freien Theaterszene, und ich würde es uneingeschränkt begrüßen, wenn hier mehr getan werden würde. Ich erkenne die Leistung der Theaterleute an, aus geringen Mitteln ein tolles Angebot auf die Beine zu stellen und Saison für Saison für ein kulturelles Angebot zu sorgen.

Unabhängig davon betone ich an dieser Stelle, dass ich ein Freund der Methode bin, sich gemeinsam zusammenzusetzen, auszutauschen und zu einem tragfähigen Konsens zu finden. Beispielhaft dafür ist der von den Verantwortlichen der freien Theaterszene angestoßene offene Dialog.

Die politischen Entscheidungen aus so einem Konsens kann man im Nachgang kritisieren, man kann seinen Unmut äußern und Widerspruch ankündigen. Aber mediale Überbietungswettbewerbe oder öffentlich vorgetragene Hinweise auf etwaige Missstände, können meiner Meinung nach keine Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sein.

Kommen wir zurück zu dem Antrag. Ich finde es gut und richtig, sich über die Modernisierung der Theaterförderung Gedanken zu machen. Vorrangig sollte darauf geachtet werden, den Zugang zu Fördermitteln so zu gestalten, dass er für jede Form des Theaters zugänglich ist, damit keine der Theaterformen in diesem Land benachteiligt wird.

Das würde man am ehesten über transparente Förderstrukturen mit durchschaubaren und bürokratiearmen Anträgen erreichen, bei denen keine Einschränkungen gemacht werden und somit von vorneherein nicht bestimmte Gruppierungen ausgeschlossen werden.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Schleswig-Holstein liegt laut der Erhebung des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2015 bei den Kulturausgaben im Vergleich mit den anderen Bundesländern auf dem vorletzten Platz. Oder um es plastisch auszudrücken: Pro Kopf gibt Schleswig-Holstein knapp 69 € aus, während Sachsen 211 € pro Einwohner in Kultur investierte. Tatsächlich, Frau Ministerin Prien, gibt es da nichts zu beschönigen,

(Dr. Frank Brodehl)

wenn die Kultur in Schleswig-Holstein nur ein Nischendasein führt.

Es fehlt nicht an schönen Worten der Politiker, die gern zu Jubiläen erklären, wie sehr sie sich der Bedeutung der kulturellen Bildung bewusst sind. Aber im Haushalt spiegelt sich die verbale Wertschätzung nicht wider. Dabei fordern Sie in Ihrem Koalitionsvertrag 2017 die Stärkung der freien Theater „jenseits der großen Kunst bzw. des Mainstreams“ und versprechen, sich „stärker zu beteiligen“. Allerdings stagnieren im Haushalt die Zuwendungen für die freien Theater. Im Vergleich zum Jahr 2017 sind sie sogar gesunken.

Nun will Jamaika die Förderzusagen auch auf junge Bühnen, neue Gruppen, Projektförderung einzelner Produktionen und eine verbesserte Aufführungsförderung im ländlichen Bereich erweitern und die Förderstruktur überprüfen. Ohne die gleichzeitige Erhöhung der Fördersumme sind diese Forderungen nicht zu stemmen. Mit der Dynamisierung der Mittel für die Theaterförderung werden Sie Ihre im Antrag genannten Ziele nicht realisieren können.

Mit Sorge betrachten wir zudem, dass Sie die „Förderlogik“ durchbrechen wollen, die nach Ihrer Meinung zu sehr auf die etablierten Bühnen setzt. Doch gerade die Figurentheater, die Kinder und Jugendliche an die Kultur heranzuführen und begeistern, sollten weiterhin im Fokus der Landesregierung bleiben und nicht unter einer neuen Schwerpunktsetzung leiden. Das Gleiche gilt auch für das Polnische Theater in Kiel und Die Komödianten. Sie gehören zu den sogenannten „etablierten“ Spielstätten, weil sie sich durch ihr Theaterspiel einen guten Ruf erworben haben. Dies sollte die Landesregierung nicht bestrafen, sondern honorieren.

Solange bei der kulturellen Förderung künstlerische Qualität, Professionalität im Vordergrund stehen und das Theaterangebot für Kinder- und Jugendliche verbessert wird, werden wir Anträge unterstützen. Den Kommunen kann man nur wünschen, dass das Land sich nicht aus der Verantwortung für reichhaltige Kulturangebote ausklinkt und es bei schönen Worten belässt. Land und Kommunen tragen eine gemeinsame Verantwortung, damit das Angebot an Spielstätten und die Qualität gleichbleibt.

Die Diskussion über einen angemessenen Beitrag des Landes zur Kulturförderung, insbesondere der freien Theater, sollten wir im Bildungsausschuss führen. Die AfD beantragt die Überweisung des Antrags in den Bildungsausschuss. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Herr Präsident! Freie Theater sorgen besonders im ländlichen Raum für eine unkonventionelle Aufwertung des kulturellen Lebens. Mit kleinen Bühnen, Puppenspiel oder Tanz sind es die freien darstellenden Künste, die uns bereichern. Deswegen ist es richtig, wenn die Richtlinie für die freien Theater überarbeitet wird. Unsere freien Theater können mehr Planungssicherheit gut gebrauchen.

Wichtig ist uns, dass die Überarbeitung der bisherigen Richtlinie so umgesetzt wird, dass unsere Spielstätten nicht vor einem sich auftürmenden Berg der Bürokratie stehen. Wir würden uns außerdem freuen, wenn dieses Angebot künftig auch mehr in den Regional- und Minderheitensprachen genutzt wird, und werden unseren Teil dazu beitragen, die neuen Möglichkeiten zu verbreiten.

Gesunde Ernährung und Wertschätzung von Lebensmitteln an Schulen voranbringen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 19/1344

Anette Röttger [CDU]:

Herr Präsident! Das EU-Schulprogramm Obst, Gemüse und Milch passt in unsere Zeit. Das zeigt der vorliegende Bericht mit seinem durchweg positiven Resümee. Die Ergebnisse aus Evaluierung und Monitoring aller am Programm beteiligten Akteure kommen zu dem Ergebnis, dass es gut und richtig war, das EU-Schulprogramm zum Schuljahr 2017/2018 an Grund- und Förderschulen in Schleswig-Holstein einzuführen.

Die Zusammenarbeit von Lieferanten und Bildungseinrichtungen funktioniert. Die gute Resonanz in Hinblick auf eine gesundheitsbewusste Ernährung und Ernährungserziehung sind sehr erfreulich, und es gibt nur kleine Verbesserungsvorschläge.

Das Programm hat zudem an den jeweiligen Schulen weitere Aktivitäten ausgelöst, die sich mit der Herkunft und Erzeugung von Lebensmitteln und anderen Fragen rund um das Thema „gesunde Ernährung“ befassen. Alles das ist gut so, denn eines ist deutlich: Während es für mich zu meiner Schulzeit noch selbstverständlich war, dass der Tag Zuhause am Frühstückstisch mit einem Glas Milch begann, die täglichen Pausenäpfel für unterwegs im Schulranzen dazu gehörten und ich mich mittags auf ein warmes Essen verlassen konnte, wachsen Schulkinder heute vielerorts anders auf.

(Anette Röttger)

Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass der Tag Zuhause mit einem gemeinsamen Frühstück beginnt. Den Snack kauft man sich unterwegs beim Bäcker oder im Kiosk, und oft genug ist es dann eher ein verpacktes und haltbar gemachtes Produkt als ein frisches Stück Obst oder Gemüse.

Essen funktioniert heute immer und überall, meist von der Hand in den Mund, und manch ein Schulkind hat es nicht mehr gelernt, kraftvoll in einen ganzen Apfel zu beißen. Wir wissen, dass sich unsere Ernährungsgewohnheiten frühkindlich ausprägen und dann ein Leben lang erhalten bleiben.

Das EU-Schulprogramm Obst Gemüse und Milch setzt genau hier an und trägt dazu bei, dass Kinder möglichst früh gute Ess- und Ernährungsgewohnheiten entwickeln. Dass dies heute nötiger denn je ist, zeigt sich nicht nur an der steigenden Quote übergewichtiger Kinder. Dabei können ein gesundes Essverhalten und eine gute Esskultur mit viel frischer saisonaler und regionaler Kost unser Leben bereichern und viel Freude bereiten.

Gerade in einer Zeit, in der das Angebot an Lebensmitteln von Tag zu Tag unübersichtlicher geworden ist, viele Menschen unter Bewegungsmangel leiden und eine Fehlernährung zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen gehört, brauchen wir eine Essschule mit einer Rückbesinnung auf unverarbeitete Lebensmittel.

Gemäß dem Motto „Das Gute liegt so nah“ können wir es gerade in diesen Wochen hier in Schleswig-Holstein erleben, wie das Angebot regionaler und saisonaler Lebensmittel sehr verlockend angeboten wird. Denken wir nur an die jetzt reifenden Erdbeeren, den Spargel, den Rhabarber, die Radieschen oder den Salat.

Mit dem Obst-, Gemüse- und einem Milchangebot in den ersten Schuljahren lässt sich das Interesse an einer gesunden Ernährung fast spielerisch entwickeln. Das Wissen und das frühe Erleben einer gesunden Ernährung tragen zur Wertschätzung von Lebensmitteln und einer gesunden Lebensführung bei.

Wir begrüßen sehr, dass weitere Landesmittel zur Verfügung gestellt werden, damit weitere interessierte Schulen in Schleswig-Holstein an diesem EU-Programm teilnehmen können und davon profitieren. Angemerkt sei aber auch, dass der Bedarf mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln nicht vollständig erfüllt werden kann. Daher bleibt es auch Aufgabe des Elternhauses, zu einer gesunden Ernährungserziehung der Kinder beizutragen.

Kai Vogel [SPD]:

Herr Präsident! Am 15. Januar 2019 empfing US-Präsident Donald Trump die Clemson Tigers, den diesjährigen Meister im College Football, aber wegen des Government Shutdown musste die Verpflegung von außerhalb geordert werden. Die Welt konnte sich an Bildern von Stilmöbeln und Kerzenleuchtern im Weißen Haus erfreuen, auf denen sich gigantische Berge einzeln verpackter Hamburger, Pommes Frites und Pizzen stapelten. Donald Trump erklärte das Fastfood zum Lieblingsessen aller Amerikaner, wobei ich Schwierigkeiten habe, mir Hochleistungssportler vorzustellen, die sich hauptsächlich von Fast Food ernähren. Sie verstehen meine Irritation, dass der Bericht der Landesregierung auf eine Studie des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund eingeht, die sich ausgereicht DONALD-Studie nennt. Nun bezieht sich der Name der Studie offensichtlich nicht auf den US-Präsidenten. Sie bezieht sich vielmehr auf Milchprodukte als Lieferanten von Kalzium und Vitamin D. Weitere Untersuchungen führen in die Tiefen der Verhaltensforschung: Da wird untersucht, welche Obst- und Gemüsesorten Kinder richtig bestimmen können, welche sie mögen und welche nicht, und wenn ja, in welcher Darreichungsform.

In der Bilanz produzierte die EU-Landwirtschaft für dieses Programm also um 127.000 kg Obst, 58.000 kg Gemüse und 92.000 l Milch, die an 28.000 Schülerinnen und Schüler ausgegeben wurden. Die vorhandenen Mittel wurden im ersten Jahr des Programms bei Weitem nicht ausgeschöpft, vor allen Dingen bei der Milch mit nur 58 %. Das hat sich im laufenden Schuljahr verbessert, in dem sich wesentlich mehr Schulen beworben haben, aber zum größten Teil nicht berücksichtigt werden konnten. Unsere damaligen Bedenken, dass das Programm einen hohen Verwaltungs- und Arbeitsaufwand mit sich bringt, haben sich bestätigt. Es ist jetzt die missliche Lage eingetreten, dass man einen Bedarf geweckt hat und ihn jetzt nicht befriedigen kann. Laut Bericht wären 500.000 € zusätzlich erforderlich, um allen Schulen, die sich für eine Teilnahme beworben haben, die erforderlichen Lebensmittel zukommen zu lassen. Es war unserer Auffassung nach ein Fehler, überhaupt in dieses Programm einzusteigen, das nach unserer Einschätzung in erster Linie der Entlastung der landwirtschaftlichen Produzenten in der EU dienen sollte, statt die gesunde und vielfältige Ernährung im Zusammenhang mit Ganztagsangeboten an Schulen im Zusammenwirken von Land und Kommunen fachgerecht zu lösen.

(Kai Vogel)

Da man nun einmal in dieses Programm eingestiegen ist, sollte die Landesregierung diese nicht besonders hohe Finanzlücke so schließen, sodass die Schulen, die sich für eine Teilnahme beworben haben, auch bedient werden können, aber keine weiteren Bewerbungsverfahren einleiten.

Der Bericht sollte zur abschließenden Beratung in den Bildungsausschuss und in den Agrarausschuss überwiesen werden.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Als bildungspolitische Sprecherin freue ich mich sehr über die guten Resultate, die der Bericht schon nach der relativ kurzen Laufzeit des Programms vorzuweisen hat. Mein Dank geht an den Umweltminister und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in seinem Hause, aber gleichermaßen an die Bildungsministerin und das Team im Bildungsministerium und an das Sozialministerium für seine Mitwirkung.

Das ist auch das Besondere an diesem Programm. Es ist gelungen, eine fruchtbare Zusammenarbeit ressortübergreifend gut zu organisieren. Dabei hat es anfänglich Widerstände und Bedenken gegeben. Der Minister ist schon kurz darauf eingegangen. Wir haben uns als grüne Landtagsfraktion, schon seitdem ich dabei bin, seit Ende 2009, dem Beginn der 17. Wahlperiode, für die Teilnahme Schleswig-Holsteins am Schulobstprogramm der EU eingesetzt.

Damals gab es zwei getrennte Programme, das Schulmilchprogramm, an dem Schleswig-Holstein partizipiert hatte, und das Schulobstprogramm, bei dem dies nicht der Fall war. Es gab Widerstände und Bedenken - nicht, weil die Sache grundsätzlich abgelehnt wurde, sondern weil der bürokratische Aufwand als zu hoch eingeschätzt wurde.

Ganz unbegründet waren diese Bedenken nicht. Wir sind trotzdem an dem Thema drangeblieben. Unsere Kolleginnen und Kollegen aus anderen grünen Landtagsfraktionen, in Ländern, die am Schulobstprogramm beteiligt waren, haben uns motiviert. Sie haben von Erfolgen in ihren Ländern berichtet und gesagt, es kommt nicht so sehr auf die verteilten Äpfel an, wobei natürlich auch dies zu begrüßen ist. Aber das ist nicht die Hauptsache, sondern vielmehr das, was sich drum herum entwickelt.

Wir sehen es jetzt auch bei uns. Die EU hat inzwischen die Programme zusammengeführt zu einem Schulprogramm „Milch, Obst und Gemüse“. Zweimal in der Woche 100 g Obst und Gemüse und 250 ml Milch mag in Bezug auf Ernährungsfragen rein quantitativ wenig erscheinen, aber es wird da-

mit viel mehr erreicht, als nur der Verzehr dieser Mengen.

Das liegt an dem pädagogischen Begleitprogramm - aber nicht nur. Es lebt natürlich in erster Linie durch das Engagement und der Ideen vor Ort an den Schulen. Es hat etwas in Gang gesetzt. Es ist ein Kristallisationspunkt, um den herum sich mehr und mehr Aktivitäten entfalten, um unseren Kindern eine gesunde Ernährung nahezubringen und ein Bewusstsein über Herkunft, Qualität und Zubereitung gesunder Lebensmittel zu vermitteln. Auch der bewusste Umgang mit Lebensmitteln im Hinblick auf Lebensmittelverschwendung ist dabei ein Aspekt.

Wir wissen, wie dringend solche Maßnahmen sind. Wir kennen die Zahlen über Fehlernährung, über das nicht vorhandene Wissen bezüglich der Herkunft der Lebensmittel. Die berühmte lila Kuh ist sicherlich als Bild schon etwas in die Jahre gekommen, aber leider immer noch aktuell. Wir kennen die erschreckenden Zahlen über Kinder, die ganz ohne Frühstück und ohne vollwertige Pausenmahlzeit zur Schule geschickt werden.

Die Maßnahmen, die sich um dieses Programm entfaltet haben und weiter entfalten, werden nicht auf die Schule begrenzt bleiben, sondern wirken hinein in die Familien. Es ist natürlich nicht die Lösung aller Probleme, aber es ist doch deutlich mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Zuletzt noch ein Wort zur finanziellen Ausstattung. Mein Wunsch als bildungspolitische Sprecherin ist es natürlich, dass keine Schule, die teilnehmen möchte, abgewiesen werden muss. Das ist gelungen. Minister Jan Philipp Albrecht hat erfreulicherweise gerade berichtet, dass alle Schulen, die teilnehmen wollen, im kommenden Schuljahr an dem Programm teilnehmen können.

Anita Klahn [FDP]:

Herr Präsident! Bundesweite Gesundheitsstudien belegen, dass immer mehr Kinder und Jugendliche vielfältige gesundheitliche Probleme durch Übergewicht haben. Nach einem Bericht unseres Sozial- und Gesundheitsministeriums waren im Schuljahr 2017/18 im Landesdurchschnitt knapp 6 % der einzuschulenden Jungen übergewichtig und 5,1 % adipös. Bei den Mädchen waren 6,6 % übergewichtig und 4,8 % adipös. Damit steigt das Risiko, an Diabetes zu erkranken. Als besonders kritischer Zeitraum für die Entstehung von Übergewicht wird der Wechsel vom Kindergarten in die Schule gesehen. Die Gründe hierfür sind schnell erkennbar: Weniger

(Anita Klahn)

Bewegung, mehr süße Snacks und zuckerhaltige Getränke.

Immer mehr Kinder frühstücken Zuhause nicht, bekommen gar kein oder wenn, dann ein ungesundes Frühstück mit in die Schule. Obst und Gemüse sind immer seltener in den Brotdosen zu finden. Apfel, Banane, Gurke und Paprika kennen die meisten. Bei Johannisbeeren und Kohlrabi sind es deutlich weniger. Und wer hat schon mal Mangold gegessen? Welches Kind interessiert sich freiwillig für gesunde Ernährung, wenn Pizza, Hamburger und Cola locken? Diesen Kreis zu durchbrechen und Kinder für eine gesunde Ernährung zu begeistern, ist das Ziel des EU-Schulobstprogramms. Die Idee, den Schulkindern Obst und Gemüse sowie Milch kostenfrei zur Verfügung zu stellen und parallel im Unterricht Kenntnisse über Erzeugung und Herkunft zu vermitteln, hat sich bewährt.

In Schleswig-Holstein haben im Schuljahr 2017/18 insgesamt 143 Grundschulen und Förderzentren und damit fast 28.000 Kinder an dem Schulobstprogramm teilgenommen. Im Jahr 2018/2019 konnte diese Zahl sogar auf 146 Einrichtungen ausgeweitet werden. Die Schulen werden ein- oder zweimal pro Woche mit Produkten beliefert. Die Anlieferung erfolgt in der Regel in Form von Schulkisten, die dann durch die Schule auf die Klassen verteilt werden müssen. Die Anzahl verschiedener Obst- und Gemüsesorten, die durch die Lieferanten angeboten werden, liegt bei Obst zwischen 5 und 28 Sorten und bei Gemüse zwischen 2 und 20 Sorten. Die Kinder lernen so ihnen bisher unbekannte Obst- und Gemüsesorten kennen. Die gemeinsame Zubereitung und das gemeinsame Essen fördern den sozialen Zusammenhalt, und nebenbei werden die Kinder für eine gesunde Ernährung sensibilisiert.

Die Fortführung des Programmes sollte auf Basis einer Evaluierung stehen. Denn auch was gut ist, kann noch besser werden.

Dr. Frank Brodehl [AfD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste! Die AfD setzte sich mit ihrem Antrag „Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch“ bereits im November 2017 dafür ein, dass gesunde Ernährung und Wertschätzung von Lebensmitteln in unseren Schulen verstärkt gefördert werden. Der vorliegende Bericht der Landesregierung bestätigt nun, dass die teilnehmenden Schulen am Förderprogramm, insbesondere die Schüler, dieses Programm positiv bewerten.

Über 80 % der Kinder finden es „sehr gut“, dass eine Verteilung von Obst, Gemüse und Milch stattfindet; fast 75 % bewerten die angebotenen Produkte mit „sehr gut“. Folgerichtig wird das Schulprogramm, das von der EU und dem Land Schleswig-Holstein gefördert wird, nicht nur weitergeführt, sondern auch aufgestockt.

Dem Bericht über die „Untersuchung der Kinder- und Jugendärztlichen Dienste in Schleswig-Holstein“ durch das Sozialministerium zufolge waren im Landesdurchschnitt 5,9 % der einzuschulenden Jungen und 6,6 % der einzuschulenden Mädchen übergewichtig. Die Notwendigkeit einer dauerhaften und verstärkten Förderung wird durch diese Zahlen deutlich.

Allerdings werden im Landeshaushalt 2019 gerade einmal 50.000 € an zusätzlichen Mitteln bereitgestellt. Das ist im Hinblick auf negativen gesundheitlichen Folgen einer ungesunden Ernährung nicht ausreichend.

Damit das Schulprogramm Obst, Gemüse und Milch auch nachhaltig wirkt, sollte zudem der Wunsch der Eltern nach einem verstärkten Angebot begleitender pädagogischer Maßnahmen umgesetzt werden.

Wenn wir bei der Bekämpfung von Übergewicht Erfolg haben wollen, müssen wir auch die Ausgaben für schulsportliche Projekte und die Ausgaben zur Förderung des außerunterrichtlichen Schulsports - wie von der AfD im Haushaltsjahr 2019 gefordert - anheben. Beides - eine ausgewogene Ernährung und sportliche Aktivitäten - tragen dazu bei, dass unsere jüngsten Schüler gesund bleiben.

Die positiven Rückmeldungen zum Programm Obst, Gemüse und Milch sollten Ansporn für die Landesregierung sein, dieses Programm nicht nur zu verstetigen, sondern auszuweiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Kindern den Wert von Lebensmitteln und eine gesunde Ernährung nahelegen, ist wichtig. Aus Sicht des SSW macht das genauso viel Sinn, wie den Verzehr von Obst, Gemüse und Milch aus dem regionalen Umfeld zu fördern. Wenn das ganze schon in der Grundschule vermittelt und durch pädagogische Maßnahmen ergänzt wird, ist viel gewonnen. Genau diese Ziele verfolgt das EU-Schulobstprogramm, dem die damalige Küstenkoalition im Jahr 2016 beigetreten ist. Deshalb wundert uns auch nicht, dass die Evaluation dieses Programms zu positiven Ergebnissen kommt.

(Jette Waldinger-Thiering)

Ein anderer Punkt ist für mich dagegen eher überraschend, und zwar die unverändert niedrige Zahl der Mädchen und Jungen, die die empfohlenen fünf Portionen Obst und Gemüse täglich essen. Wenn es darum oder auch um den Verzehr von Milch geht, ist laut Bericht ein Drittel der Kinder in Grundschulen offensichtlich noch immer unterversorgt. Dass noch dazu auch die Bekanntheit und die Vielfalt beim Verzehr verschiedener Sorten deutlich ausbaufähig sind, ist aus Sicht des SSW fast genauso erschreckend.

Es wird zwar im Bericht erwähnt, ist aber auch allgemein bekannt, dass die Zahl von übergewichtigen und adipösen jungen Menschen steigt. Der überwiegende Teil dieser Kinder und Jugendlichen bleibt auch im Erwachsenenalter zu dick. Das steigert nicht nur das Risiko für Diabetes, sondern auch für Herz-Kreislauf-Erkrankungen und viele andere Dinge. Auch besonders kritische Phasen, in denen Übergewicht entsteht, sind bekannt. Diese Phasen liegen nun einmal im Vorschul- und Schulalter der Kinder. Die Weichen werden also früh gestellt. Das ist für uns ein ganz besonders wichtiges Argument dafür, Programme wie dieses fortzuführen und nach Möglichkeit auszubauen. So können wir nicht nur gesellschaftliche Folgekosten verringern, sondern letztlich auch persönliches Leid.

Ich will hier niemandem einen Vorwurf machen. Das Programm ist als Beihilferegelung einer EU-Verordnung angelegt, und die flächendeckende Förderung aller Grundschulen wurde nie in Aussicht gestellt. Im Bericht heißt es daher gleich zu Beginn, dass eine flächendeckende Förderung aus budgetären Gründen nicht ermöglicht werden konnte. Es ist aber Fakt, dass nahezu alle Beteiligten Akteure positive Rückmeldungen geben. Fakt ist auch, dass die Zahl der Schulen zwar wächst, das Interesse aber deutlich größer ist als die zur Verfügung stehenden Mittel. Offensichtlich haben rund 500.000 € gefehlt, um alle Schulen zu berücksichtigen, die sich beworben haben. Aus Sicht des SSW ist das zumindest ärgerlich.

Wir würden uns wünschen, dass unser Land das Programm ausweitet oder durch flankierende Maßnahmen auf die Ziele des Programms hinarbeitet. Es ist keinem Kind und keinem Elternteil zu erklären, warum die einen in der Grundschule gratis Obst, Gemüse und Milch bekommen, die anderen aber nicht. Wenn Sie mich fragen, dann müssen wir noch viel mehr Kinder erreichen. Mit Blick auf das Programm muss die Frage erlaubt sein, ob die Administration nicht vielleicht noch etwas effizienter gestaltet werden kann. Immerhin scheint die Ver-

waltung der Maßnahme fast ein Drittel der Kosten auszumachen. Aber wir sollten uns als Land auch auf den Weg machen und zu diesem Zweck mehr Geld in die Hand nehmen. Noch dazu würde eine Ausweitung die Kosten pro Jahr und Kind weiter senken.

Wenn es um flankierende Maßnahmen geht, kann ich den Blick nach Baden-Württemberg empfehlen. Das Land hat sich gerade auf den Weg gemacht und ein Landeszentrum für Ernährung eingerichtet. Ziel der dortigen Regierung ist es, das Angebot in allen Bereichen der Gemeinschaftsverpflegung zu verbessern. Auch Kindergärten und Schulen profitieren von diesem Landesprogramm. Aus meiner Sicht sollten wir zumindest prüfen, ob wir etwas Ähnliches auf die Beine stellen können. Denn es ist und bleibt wichtig, möglichst viele Kinder zu erreichen und für eine gesunde Ernährung zu begeistern.

Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung:

Herr Präsident! Ich freue mich, dass durch den Landtagsbeschluss aus Dezember 2017 das Thema EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch erneut Thema des Landtages ist. Lassen Sie mich gleich am Anfang sagen: Ich glaube, zu diesem Thema gibt es hier im Landtag wenig Dissens. Das EU-Schulprogramm in Schleswig-Holstein ist eine Erfolgsstory. Mein folgender Bericht wird das bestätigen.

Bei Einführung des Programmes gab es große Vorbehalte. Natürlich war das Anliegen damals so unstrittig wie heute hier im Landtag: Wir wollen, dass unsere Kinder gesund ernährt werden - auch in der Schule. Aber wir hatten auch alle großen Respekt vor dem Verwaltungsaufwand, der mit EU-Förderprogrammen meist verbunden ist.

Zwischenzeitlich ist das Programm etabliert, und die Resonanz in den Schulen ist großartig. Ich selbst bin im März an der Grundschule in Kiel-Holtenau gewesen, um einen persönlichen Eindruck vom Schulprogramm zu gewinnen. Dieser Besuch hat mich in meiner Einschätzung bekräftigt: ein wertvolles Programm!

Mit dem Programm erreichen wir im Hinblick auf gute Ernährung und Ernährungsbildung mehr als mit jeder nationalen Reduktions- und Innovationsstrategie und vielen anderen präventiven Maßnahmen. Ich durfte im Rahmen des von den Landfrauen an der Schule durchgeführten Ernährungsführerscheines mit Kindern ein Frühstück vorbereiten, habe selbst mitgeschnippelt! Schulleitung, Lehrer und

(Minister Jan Philipp Albrecht)

Eltern ziehen in dieser Schule für gute Ernährung an einem Strang. Das ist beispielhaft.

Lassen Sie mich nun über die wesentlichen Erfahrungen und Erkenntnisse aus den nun gut eineinhalb Schuljahren auf Grundlage einer das Programm begleitenden Evaluierung berichten:

Im Schuljahr 2017/18 nahmen knapp 28.000 Schülerinnen und Schüler in 143 Grundschulen und Förderzentren am Programm teil.

Das sind rund ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler der Zielgruppe. Diese erhielten an zwei Tagen die Woche jeweils 100 g Gemüse und Obst sowie gegebenenfalls zusätzlich 250 ml Trinkmilch kostenfrei im Rahmen des Schulfrühstückes angeboten. Die in der Strategie zum Schulprogramm beschriebenen Ziele sind deckungsgleich mit den Zielen der Akteure insbesondere auch der Bildungseinrichtungen.

Das Lieferantenmodell mit Erstattungspauschalen entlastet die Bildungseinrichtungen vom Verwaltungsaufwand. Die gute Resonanz bei den Bildungseinrichtungen insbesondere im Hinblick auf eine gesundheitsbewusste Ernährung, Ernährungserziehung und pädagogische Begleitung des EU-Schulprogrammes ist sehr erfreulich. Das Programm löst darüber hinaus weitere Aktivitäten an den Schulen aus, sich mit dem Thema gesunde Ernährung auseinanderzusetzen. Gerade die pädagogische Begleitung ist ein wichtiger Baustein. Das geht nur mit der Unterstützung des Bildungsministeriums. Danke dafür!

Überhaupt hat die Arbeit, der sich als Steuerungsgruppe gebildeten Interministerielle Arbeitsgruppe zwischen Bildungsministerium, Sozialministerium und meinem Hause zur Weiterentwicklung des Programmes bewährt. Es hat sich aber auch bestätigt, dass das Programm verwaltungs- und arbeitsaufwendig ist. Dabei wurde bereits auf ein IT-gestütztes Verfahren zurückgegriffen. Die Verwaltungs-, Kontroll- und Berichtsverpflichtungen ergeben sich allerdings unmittelbar aus dem EU-Recht, so dass daher für die Landesverwaltung kaum Spielraum für Vereinfachung besteht. Vereinfachungsmöglichkeiten wurden bereits ausgeschöpft.

Die Landeregierung hat sich erfolgreich bei Umverteilungsrunden auf EU- und nationaler Ebene um zusätzliche Mittel für das Schuljahr 2019/20 bemüht. Das Bewerbungsverfahren für Schulen zur Teilnahme am EU-Schulprogramm zum Schuljahr 2019/20 wurde am 20. März 2019 eröffnet - auch diesmal mit sehr guter Resonanz. Die Bewerbungen sind nun ausgewertet.

Eine aktuelle gute Nachricht ist, dass rund 336.000 € umverteilte EU-Mittel zusätzlich für Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen werden. Damit stehen insgesamt 1,45 Millionen € Euro für das Schuljahr 2019/20 bereit. Das sind rund 30 % mehr EU-Mittel. Diese reichen für alle 189 Schulen, die sich beworben haben, aus. Eine Ausweitung des Programmes mit zusätzlichen Landesmitteln ist deshalb zurzeit nicht geplant.

Wir hatten uns zur Aufgabe gesetzt, nach einer Evaluierung für die Folgejahre zu entscheiden, in welchem Maße wir das Programm fortführen wollen. An diesem Punkt stehen wir jetzt. Dabei sehe ich das EU-Schulprogramm als eine finanzielle Aufgabe und Verantwortung, die über den Ressortbereich eines Landwirtschaftsministeriums hinausgeht. Derzeit werden keine frischen Landesmittel benötigt. Das kann sich allerdings mit der Beliebtheit des Programmes zukünftig ändern.